



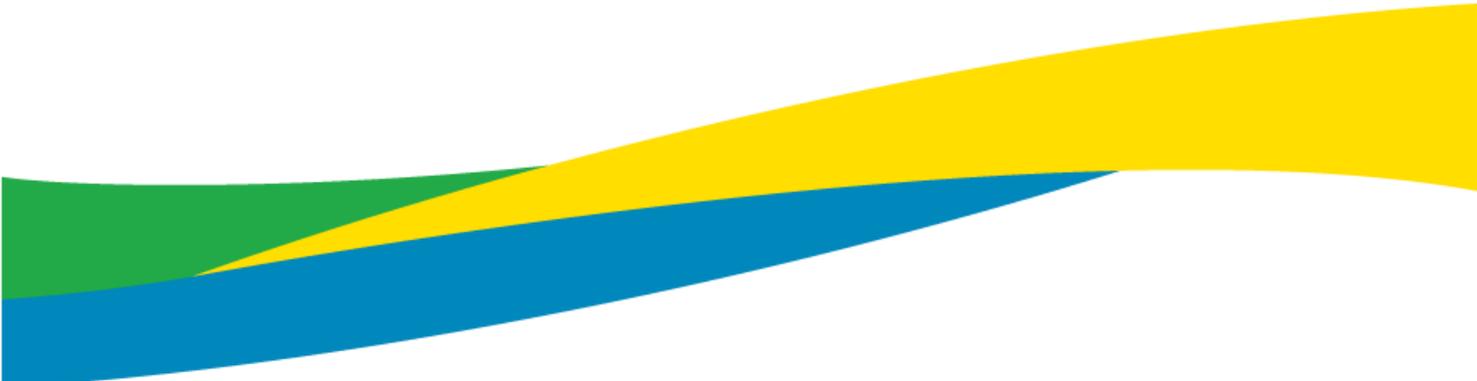
Beteiligungsbericht

des

Landkreises Dahme-Spreewald

für das Jahr 2017

(Anlage zum Gesamtabschluss 2017)

A decorative graphic at the bottom of the page consisting of three overlapping, wavy shapes in green, yellow, and blue, extending from the left edge towards the right.

Herausgeber
Landkreis Dahme-Spreewald

Verantwortlich
Dezernat für Kreisentwicklung, Wirtschaft, Finanzen, Ordnung und Sicherheit
Amt für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Tourismus
Reutergasse 12
15907 Lübben (Spreewald)
Telefon: 03546/20-1357
Telefax: 03546/20-1308
E-Mail: beteiligungen@dahme-spreewald.de

Stand
November 2018 (2. Auflage)

Inhalt

Vorwort	5
Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald einschließlich mittelbarer Beteiligungen	6
Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen.....	7
Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen im Vergleich.....	9

Verkehr

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH	13
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	23

Standortentwicklung und Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH.....	37
Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH.....	47
Wirtschaftsregion Lausitz GmbH.....	55
BADC – Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH	63
I.N.A. Lieberoser Heide GmbH.....	71

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH.....	77
Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH.....	87
Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH	93
Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH	97

Vermögensverwaltung

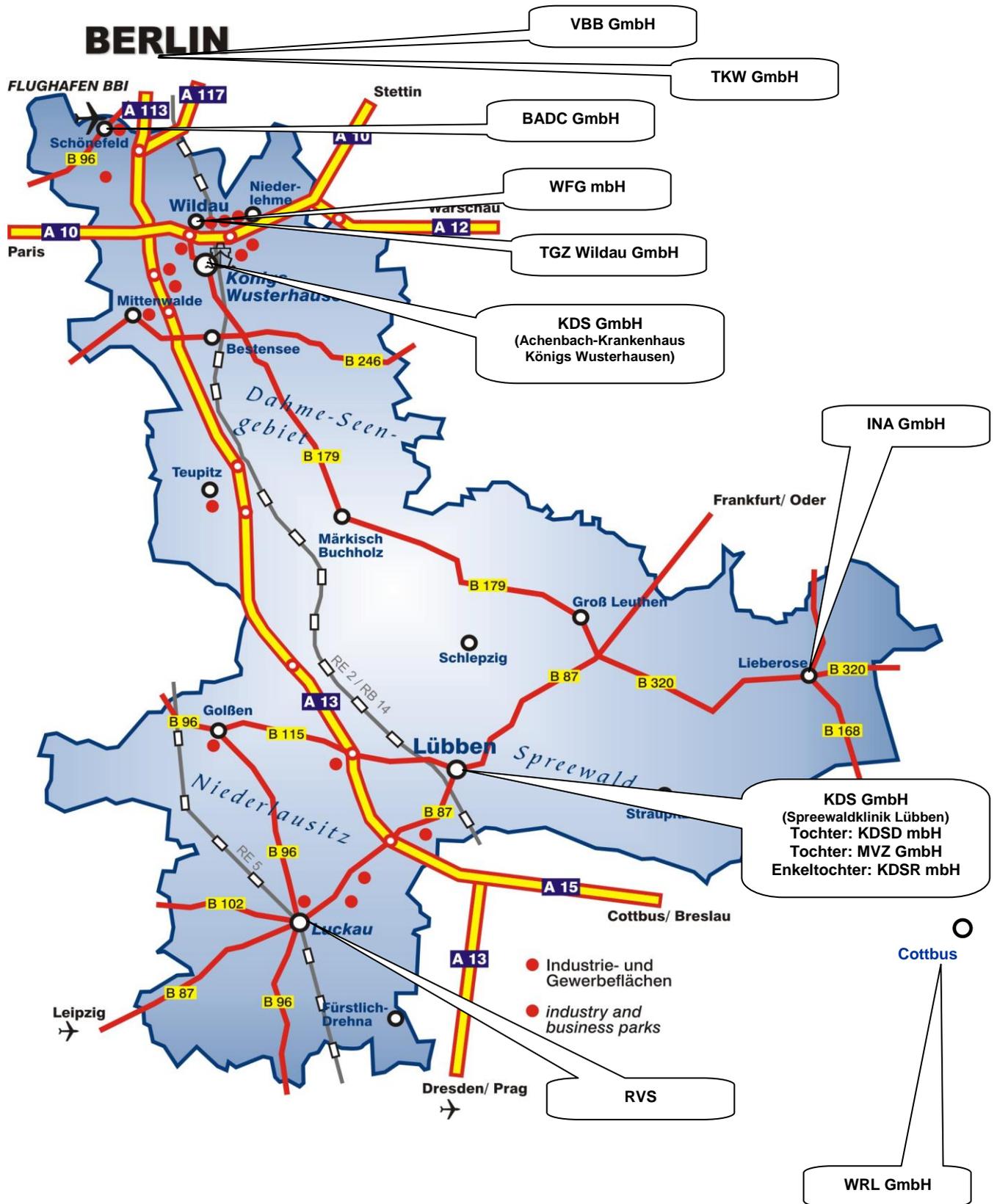
Teltower Kreiswerke GmbH.....	103
-------------------------------	-----

Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ (KAEV).....	111
Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV).....	112
Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald	113

Abkürzungsverzeichnis.....	114
----------------------------	-----

BERLIN



Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2017 haben Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich einen Gesamtüberblick über die ausgegliederten und finanzwirtschaftlich verselbständigten Bereiche des Landkreises Dahme-Spreewald zu verschaffen.

Das Leistungsspektrum der übertragenen Aufgaben der Daseinsvorsorge erstreckt sich dabei auf die Bereiche Verkehr, Standortentwicklung, Wirtschaftsförderung sowie auf das Gesundheits- und Sozialwesen. Die kommunalen Unternehmen haben einen hohen Anteil daran, dass der Landkreis Dahme-Spreewald seinen Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität auf zahlreichen Gebieten ermöglichen kann.

Basierend auf den Anforderungen des § 61 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) werden im Beteiligungsbericht detaillierte Informationen zum Geschäftsverlauf der kommunalen Unternehmen gegeben. Auf der Grundlage der geprüften und festgestellten Jahresabschlüsse 2017 werden Einblicke und Erläuterungen in die jeweilige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Aussagen zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der unmittelbaren Beteiligungen geliefert. Darüber hinaus enthält der Beteiligungsbericht Informationen über die mittelbaren Beteiligungen sowie Aussagen zu den Zweckverbänden, in denen der Landkreis Dahme-Spreewald Mitglied ist. Ergänzend ist er Informationsquelle über die Finanzverflechtungen zwischen dem Haushalt des Landkreises und den kommunalen Gesellschaften.

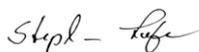
Das Beteiligungsspektrum des Landkreises Dahme-Spreewald wurde mit Gründung der I.N.A GmbH im Oktober 2017 von acht Unternehmen auf neun Unternehmen ausgeweitet. Die Unternehmen sind ausschließlich Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Drei davon befinden sich im Alleineigentum des Landkreises Dahme-Spreewald. Darüber hinaus ist der Landkreis Mitglied in Zweckverbänden und hat Stimmrechte in einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts sind nicht im Beteiligungsportfolio enthalten.

Die Auswertung der Unternehmenszahlen zeigt, dass auch 2017 als ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr zu werten war. Die gesamtwirtschaftlich positive Entwicklung aber auch bilanzpolitische Entscheidungen führten dazu, dass im Jahr 2017 die unmittelbar beteiligten Unternehmen insgesamt 112,6 Mio. EUR Umsatzerlöse erwirtschafteten und somit dem Vorjahresniveau entsprachen. Der kumulierte Jahresüberschuss bzw. -verlust der unmittelbaren Beteiligungen lag im Jahr 2017 bei 7,5 Mio. EUR, so dass im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Erhöhung von ca. 0,6 Mio. EUR erreicht werden konnte. Insgesamt umfasste das Beteiligungsspektrum des Landkreises ein Vermögen im Wert von ca. 214,1 Mio. EUR. Die kommunalen Unternehmen stellten 2017, wie bereits die Jahre zuvor, eine tragende Säule auf dem Arbeitsmarkt mit 1.128 Beschäftigten dar.

Auch zukünftig wird den Unternehmen des Landkreises ein hoher Stellenwert und Verantwortung beigegeben. Mit dem wirtschaftlichen Wachstum des Landkreises aber auch mit dem Strukturwandel in der Lausitz verstärken sich die Anforderungen an die Daseinsvorsorge. Herausforderungen ergeben sich insbesondere auf den Gebieten der Fachkräftesicherung und -gewinnung, der Sicherung der sozialen Infrastruktur (Wohnraum, Bildungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung etc.), der Sicherstellung des öffentlichen Nahverkehrs, dem Breitbandausbau und weiteren wachstumsbedingten Handlungsfeldern.

An dieser Stelle danke ich allen Beschäftigten in den Unternehmen für ihre tägliche engagierte Arbeit und wünsche der interessierten Leserschaft eine aufschlussreiche Einsichtnahme in die Zahlen und Erläuterungen des kommunalen Beteiligungsbesitzes im Landkreis Dahme-Spreewald.

Lübben, November 2018



Stephan Loge
Landrat



Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald einschließlich mittelbarer Beteiligungen

Verkehr	Standort-entwicklung	Arbeit, Gesundheit, Soziales und Sport	Beteiligung/Vermögensverwaltung
(RVS) Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH GF: Herr Richter Eigenbeteiligung: 100 %	(WFG mbH) Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH GF: Herr Janßen Eigenbeteiligung: 100 %	(KDS GmbH) Klinikum Dahme-Spreewald GmbH GF: Herr Kabiersch Beteiligung: 51 %	(TKW GmbH) Teltower Kreiswerke GmbH GF: Frau Hansel Beteiligung: 40,7 %
(VBB GmbH) Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH GF: Frau Henckel Beteiligung: 1,85 %	(TGZ Wildau GmbH) Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH GF: Herr Janßen Beteiligung: 100 %	(KDSD mbH) Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH GF: Herr Kabiersch, Herr Schulte <i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDS):</i> 100 %	
	(WRL GmbH) Wirtschaftsregion Lausitz GmbH GF: Herr Bork Beteiligung: 16,67 %	(MVZ GmbH) Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH GF: Herr Kabiersch <i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDS):</i> 100 %	
	(BADC GmbH) Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH GF: Frau Girschick Beteiligung: 10 %	(KDSR mbH) Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH GF: Herr Kabiersch, Herr Schulte <i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDSD):</i> 100 %	
	(I.N.A. GmbH) I.N.A. Lieberoser Heide GmbH GF: Herr Opitz, Herr Faßmann Beteiligung: 26,67 %		

Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen

Die Kennzahlenanalyse im Beteiligungsbericht 2017 basiert auf der Definition der Kennzahlenberechnung des Rundschreibens des Ministerium des Innern zur Anwendung der Bestimmungen über die Erstellung und den Aufbau der Beteiligungsberichte gem. §§ 82 Abs. 2 S. 2 Nr. 5 bzw. 3 sowie 83 Abs. 4 S. 2 Nr. 5 BbgKVerf i. V. m. § 61 KomHKV vom 22.12.2009. Abweichungen zu den in den jeweiligen testierten Jahresabschlüssen der Gesellschaften ermittelten Kennzahlen sind daher möglich.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Die Anlagenintensität – das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen – ist eine Kennzahl zur Analyse der Vermögensstruktur. Eine hohe Anlagenintensität entspricht aufgrund der Kapitalbindung einem höheren Risiko. Bei einem Dienstleistungsunternehmen (ausgenommen Immobilienbranche) ist eine eher niedrige Quote charakteristisch.

$$\text{Anlagenintensität} = \text{Anlagevermögen} / \text{Bilanzsumme} \times 100$$

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zum Gesamtkapital (Bilanzsumme). Sie ist ein wichtiges Kriterium für die Kreditwürdigkeit bzw. Bonität eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher kann die finanzielle Stabilität des Unternehmens und die Unabhängigkeit gegenüber Fremdkapitalgebern bewertet werden. 30% könnten als Richtwert dienen, wobei bei Wachstumsunternehmen auch Abschläge hingenommen werden müssen. Darüber hinaus kann der Eigenkapitalquote eine erweiterte Aussagekraft zukommen, indem zum bilanziellen Eigenkapital der anteilige Ausweis der Sonderposten, der grundsätzlich Eigenkapitalcharakter aufweist, zugerechnet wird. Dies wurde in Form einer weiteren Kennzahl ergänzend angegeben. Die Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse von 50 % bzw. 100 % erfolgte im Einklang mit der Berechnung des jeweiligen Wirtschaftsprüfers und richtete sich nach dem Erfüllungsstand der mit den Investitionszuschüssen verknüpften Bedingungen.

$$\text{Eigenkapitalquote} = \text{bilanzielles Eigenkapital} / \text{Gesamtkapital} \times 100$$

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Investitionszuschüsse}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$$

Ein Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ergibt sich, wenn ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz vorliegt. Gemäß § 268 Abs. 3 HGB erfolgt der Ausweis des Fehlbetrages als letzte Position auf der Aktivseite. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).

Kennzahlen zur Finanzierung und Liquidität:

Mit der Anlagendeckung II erfolgt eine Gegenüberstellung von Anlagevermögen und langfristigem Kapital. Sie zeigt auf, zu welcher Quote das Anlagevermögen langfristig (durch Eigenkapital, langfristiges Fremdkapital sowie Sonderposten) finanziert wird. Ein Deckungsgrad von 90% bedeutet beispielsweise, dass lediglich 90% des Anlagevermögens langfristig und die restlichen 10% kurzfristig finanziert werden. Da das Anlagevermögen langfristig gebunden ist, sollte es i.d.R. auch langfristig finanziert werden. Gemäß der goldenen Bilanzregel sollte die Kennzahl im Optimalfall über 100 % liegen. Je weiter der Deckungsgrad II über 100% liegt, umso mehr ist neben dem Anlagevermögen auch das Umlaufvermögen durch langfristiges Kapital finanziert und damit eine höhere finanzielle Stabilität des Unternehmens gegeben. Von einer hohen Anlagenintensität und Anlagendeckung kann bei Dienstleistungsunternehmen (ausgenommen Immobilienbranche) nicht ausgegangen werden.

$$\text{Anlagendeckung II} = (\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital} + \text{SoPo}) / \text{Anlagevermögen} \times 100$$

Die Zinsaufwandsquote trägt indirekt zur Beurteilung der Finanzierung bei. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. Eine hohe Zinsaufwandsquote weist auf eine hohe Liquiditätsbindung hin, die meist langfristiger Natur ist. Typische Richtwerte dieser Kennzahl existieren nicht.

$$\text{Zinsaufwandsquote} = \text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} / \text{Umsatzerlöse} \times 100$$

Die Liquidität 3. Grades ist die Gegenüberstellung des gesamten Umlaufvermögens und des kurzfristigen Fremdkapitals. Sie gibt Auskunft über die Solidität der kurz- bis mittelfristigen Finanzposition. Es ist eine Liquidität über 100 % anzustreben. Ein hoher Liquiditätsstand erklärt sich auch dadurch, dass zum Jahresende zum Beispiel noch hohe Zahlungseingänge zu verzeichnen waren, deren Verwendung jedoch erst im Folgejahr erfolgt. Verstärkt wird der Effekt, dass zusätzlich geringe kurzfristige Verbindlichkeiten und hohe kurzfristige Forderungen bestehen.

$$\text{Liquidität 3. Grades} = \text{Umlaufvermögen} / \text{kurzfristiges Fremdkapital} \times 100$$

Der Cashflow zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in der zu betrachtenden Periode an. Die Kennzahl ist ein Ausdruck der Innenfinanzierungskraft und zeigt den umsatzbedingten Liquiditätszufluss bzw. -abfluss an. Für Zwecke der Information der verschiedenen Adressaten über den im Berichtszeitraum erwirtschafteten Erfolg des Unternehmens soll die vereinfachte Form des Cashflows genügen.

$$\text{Cashflow} = \text{Jahresergebnis} + \text{Abschreibungen} \pm \text{Veränderung der langfristigen Rückstellungen}$$

Kennzahlen zur Rentabilität und Geschäftserfolg:

Die Eigenkapitalrentabilität kann als Ausdruck für die Leistungsfähigkeit des im Unternehmen arbeitenden Kapitals interpretiert werden. Die Zinszahl gibt die Verzinsung des im Unternehmen arbeitenden Kapitals an. Gemäß § 92 Abs. 4 BgKVerf soll eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erwirtschaftet werden, soweit der öffentliche Zweck nicht beeinträchtigt wird. Als Richtwert kann eine marktübliche Eigenkapitalverzinsung zugrunde gelegt werden. Die jeweilige Branchenspezifika ist jedoch zu beachten. Zuschussunternehmen sind ebenfalls differenzierter zu sehen, bei ihnen steht ein Kostendeckungspotenzial im Vordergrund. Wird eine höhere Eigenkapitalrendite durch Substitution von Eigen- in Fremdkapital erzielt, steigt die finanzielle Abhängigkeit von Fremdkapitalgebern.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \text{Jahresüberschuss (Gewinn)} / \text{Eigenkapital} \times 100$$

Die Gesamtkapitalrentabilität eines Unternehmens gibt an, wie viel % des Gewinns auf das eingesetzte Gesamtkapital entfällt. Sie errechnet sich aus dem Jahresüberschuss zuzüglich der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, dividiert durch das Gesamtvermögen. Die Gesamtkapitalrentabilität ist ein Maß dafür, wie effektiv das Unternehmen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gearbeitet hat. Im Bereich kommunaler Unternehmen mit Ausrichtung am Gemeinwohl ist eine angemessene positive Gesamtkapitalrentabilität anzustreben. Der Wert der Gesamtkapitalrentabilität sollte über 0 % liegen. Generell gilt: Je höher, desto besser.

$$\text{Gesamtkapitalrentabilität} = (\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}) / \text{Bilanzsumme} \times 100$$

Aufwandsseitig interessiert insbesondere die Bedeutung des Personalaufwandes für den Erfolg des Unternehmens. Die Personalaufwandsquote bildet das Verhältnis von Personalaufwendungen und der Gesamtleistung ab. Erwünscht ist eine möglichst niedrige Quote, da eine hohe Personalaufwandsquote einen hohen Fixkostenanteil bedeutet.

$$\text{Personalaufwandsquote} = \text{Personalaufwand} / \text{Gesamtleistung} \times 100$$

Als Gesamtleistung bezeichnet man die Summe der ersten 3 Posten der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB). Die Kennzahl gibt an, was das Unternehmen insgesamt im operativen Geschäft an Leistungen erbracht hat. Zu den Umsatzerlösen werden die Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (Bestandsveränderung) sowie andere aktivierte Eigenleistungen (z.B. eine selbsterstellte Produktionsmaschine) addiert. Zuschüsse Dritter werden demnach nicht berücksichtigt.

$$\text{Gesamtleistung} = \text{Umsatzerlöse} + \text{Bestandsveränderungen} + \text{aktivierte Eigenleistungen}$$

Kennzahlenanalyse der Beteiligungen im Vergleich

Kennzahl in 2017	Beteiligungsquote über 50 %				Beteiligungsquote unter 50 %				
	WFG	RVS	TGZ	KDS	TKW	INA	WRL	BADC	VBB
	100%	100%	100%	51%	40,7%	26,67%	16,67%	10%	1,85%
Anlagenintensität	83%	65%	82%	35%	15%	0%	6%	2%	11%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	24%	68%	18%	64%	97%	39%	26%	7%	6%
Eigenkapitalquote (mit SoPo)	46%	76%	35%	90%	wird nicht erhoben	98%	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben	16%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Anlagendeckung II	113%	105%	102%	257%	634%	-	461%	346%	152%
Zinsaufwandsquote	7%	1%	5%	0%	0%	-	14%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	271%	145%	106%	340%	2555%	-	124%	105%	105%
Cashflow	1.661 TEUR	1.419 TEUR	280 TEUR	12.161 TEUR	43 TEUR	-	3,3 TEUR	47 TEUR	-13 TEUR
Eigenkapitalrentabilität (ohne SoPo)	5%	1%	21%	7%	4%	0%	0%	48%	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus
Gesamtkapitalrentabilität	2%	1%	5%	4%	4%	0%	0%	3%	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus
Umsatz	2.539 TEUR	7.601 TEUR	505 TEUR	99.973 TEUR	216 TEUR	0 TEUR	1 TEUR	798 TEUR	957 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss) *	3.325 TEUR	7.285 TEUR	640 TEUR	99.710 TEUR	216 TEUR	0 TEUR	1 TEUR	898 TEUR	3.737 TEUR
Personalaufwandsquote	22%	85%	11%	54%	14%	-	25.901%	13%	43%
Anzahl der Mitarbeiter (ohne Fremdfinanzierung)	10	197	0	812	1	3	6	3	96
Jahresüberschuss /- fehlbetrag	355 TEUR	133 TEUR	64 TEUR	6.905 TEUR	43 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	46 TEUR	0 TEUR
Bilanzsumme	32.269 TEUR	14.940 TEUR	1.768 TEUR	156.474 TEUR	1.114 TEUR	191 TEUR	117 TEUR	1.385 TEUR	5.857 TEUR

*EK mit SoPo: WFG mbH, TGZ Wildau GmbH mit Anrechnung 50 % SoPo, KDS GmbH, VBB GmbH mit Anrechnung 100 % SoPo

Die Gesamtbetrachtung des Beteiligungsengagements des Landkreises Dahme-Spreewald zeigt, dass die wirtschaftliche Betätigung auch im Haushaltsjahr 2017 als positiv gewertet werden kann. So kann der künftige Fortbestand jedes einzelnen Unternehmens als nicht gefährdet eingeschätzt werden. Auch wenn der Haushalt des Landkreises Dahme-Spreewald durch Zuschussleistungen an die Unternehmen belastet wird, waren in 2017 keine zusätzlichen Mehrbelastungen erforderlich.

Die Auswertung der Kennzahlenanalyse (S. 9) ergibt, dass die Unternehmen RVS, KDS GmbH und TKW GmbH und die neu gegründete INA GmbH den Zielwert einer Eigenkapitalquote von ca. 30 % erreicht bzw. überschritten haben und somit über eine solide Eigenkapitaldecke, gemessen am Verhältnis zur Bilanzsumme, verfügen. Mit rund 97 % wurde bei der TKW GmbH eine überdurchschnittliche Eigenkapitalquote ausgewiesen. Durch die Erzielung von jährlichen Jahresüberschüssen erhöhte sich sukzessive das Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote der INA GmbH entspricht gründungsbedingt (Oktober 2017) mit 39 % bzw. 98 % dem Zielwert von ca. 30 %. Die Quote ist aber im Wesentlichen auf die geleisteten Stammeinlagen und anteiligen Zuschussleistungen der Gesellschafter zurückzuführen. Diesen standen im Geschäftsjahr selbst noch keine nennenswerten Aufwendungen gegenüber.

Bei den restlichen Beteiligungen konnte die Zielquote per Definition nicht erreicht werden. Da jedoch der Sonderposten bei der TGZ Wildau GmbH und der WFG mbH starken Eigenkapitalcharakter aufweist, würde sich unter Berücksichtigung eines anteiligen Sonderpostens auch bei der WFG mbH und der TGZ Wildau GmbH eine solide Eigenkapitalquote ergeben. Die BADC und die VBB erfüllten die Zielquote strukturell bedingt nicht und sind daher auch nicht als bestandsgefährdet zu bewerten.

Die Regelung des § 92 Abs. 4 BbgKVerf fordert soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird und andere gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen, dass die kommunalen Unternehmen einen Jahresüberschuss erwirtschaften, der mindestens einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals entspricht, um so den Haushalt der Gemeinde bzw. des Landkreises nicht zusätzlich zu belasten.

Im Geschäftsjahr 2017 erzielten alle Beteiligungen des Landkreises Jahresüberschüsse bzw. ein ausgeglichenes Ergebnis. Angesichts der rückläufigen Entwicklung der Kapitalmärkte konnten die wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald dennoch moderate Eigenkapital- und Gesamtkapitalrentabilitätsquoten erzielen. Die Spanne reichte dabei von 1 % bis 21 %. Aufgrund von ausgeglichenen Jahresergebnissen ergaben sich rein rechnerisch für die INA GmbH, die WRL GmbH und die VBB GmbH neutrale Rentabilitätsquoten (0 %). Der für die BADC GmbH errechnete vergleichsweise hohe Wert der Gesamtkapitalrentabilität ist auf das gestiegene Jahresergebnis und dem im Verhältnis dazu stehenden Eigenkapital zurückzuführen.

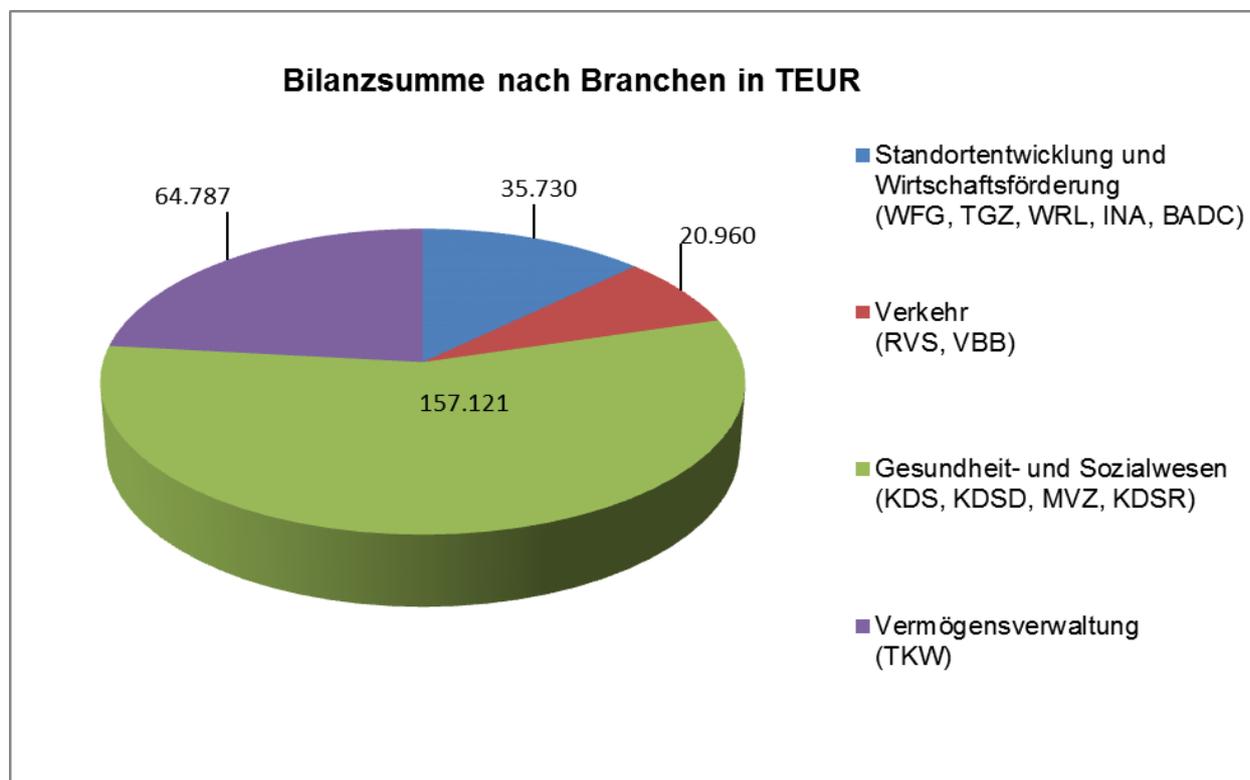
Alle Unternehmen übertrafen in Bezug auf die Kennzahl Anlagendeckung II die angestrebte Quote von mindestens 100 % bzw. nur die TGZ Wildau GmbH lag mit 97 % leicht darunter. Die INA GmbH verfügte gründungsbedingt zum Stichtag über kein Anlagevermögen, so dass eine Quote nicht ermittelt werden konnte. Zusammenfassend war festzustellen, dass das langfristige Anlagevermögen der Beteiligungen weitgehend durch langfristiges Kapital gesichert war. Den mit Abstand größten Wert i. H. v. 634 % wies die TKW GmbH aus, da dem stetig gewachsenen Eigenkapital ein vergleichsweise geringes Anlagevermögen gegenüberstand.

Die Liquidität 3. Grades sollte nach Möglichkeit einen Wert von über 100 ausmachen. Dies wurde von allen Unternehmen des Landkreises Dahme-Spreewald erreicht. Die Liquidität aller Gesellschaften war im Berichtsjahr gesichert. Bei der TKW GmbH bestand eine überdurchschnittlich hohe Liquidität 3. Grades aufgrund des sehr hohen Kassenbestandes in Relation zu den niedrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Berechnung der Personalaufwandsquote erfolgte für 2017 und auch für das Jahr 2016 unter Beachtung des erweiterten Umsatzbegriffes nach § 275 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB (Gesamtleistung). Gesellschafterzuschüsse oder anderweitige öffentliche Einnahmen waren demnach nicht zu berücksichtigen jedoch alle Leistungen, die mit dem operativen Geschäft erzielt wurden. Mit Ausnahme der WRL GmbH erreichten alle Gesellschaften eine angemessene Quote. Der erhöhte Wert der WRL GmbH ist auf das Verhältnis von relativ niedrigen Umsatzerlösen zu den Personalkosten zurückzuführen. Bei der Berechnung der Personalaufwandsquote fanden Fremdfinanzierungen (Arbeitnehmerförderung) sowie Zuschüsse der öffentlichen Hand keine Berücksichtigung. Vor diesem Hintergrund scheinen die Personalaufwandsquote der RVS (85 %) und der KDS (54 %) relativ hoch, sind jedoch branchenüblich.

Insgesamt zeigte sich, dass bei allen Gesellschaften die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Tätigkeit der Gesellschaften entsprechend, geordnet und stabil waren.

Die branchenbezogene Betrachtung machte deutlich, dass aufgrund der anlageintensiven Vermögenswerte der Gesundheitssektor (KDS GmbH und Töchter), gefolgt von der Vermögensverwaltung und der Wirtschaftsförderung das meiste Vermögen aufwiesen.



Wesentliche finanzielle Auswirkungen der Beteiligungsunternehmen auf den Haushalt des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2017

Ein Großteil der Beteiligungen wurde zur Erfüllung ihrer übertragenen Aufgaben auch im Jahr 2017 finanziell durch den Landkreis Dahme-Spreewald unterstützt. Ausnahmen bildeten die Gesellschaften: TKW GmbH, BADC GmbH und die KDS GmbH.

Insgesamt unterstützte der Landkreis im Jahr 2017 seine Beteiligungen finanziell i. H. v. 5.420,3 TEUR (Vj. 2.898,2 TEUR). Bereinigt um den Einmaleffekt, der geleisteten Kapitalerhöhung an die WFG mbH i. H. v. 2.500 TEUR, belief sich die Belastung des LDS-Haushaltes für Unternehmenszuschüsse auf Vorjahresniveau. Die Kapitalerhöhung erfolgte im Rahmen der Finanzierung des „Zentrum für Zukunftstechnologien“ (ZfZ) und ist daher als Investitionskostenzuschuss zu verstehen.

Der höchste Betriebskostenzuschuss wurde an die RVS gezahlt. Insgesamt wurde die RVS vom Land Brandenburg und vom Landkreis Dahme-Spreewald i. H. v. 7.945 TEUR bezuschusst. Für den Haushalt des LDS 2017 stellte dies jedoch keine Mehrbelastung im Vergleich zum Jahr 2016 dar, da erhöhte Ausgleichszahlungen von Auftraggebern aus Nachbarlandkreisen erfolgten.

Das Halten von Geschäftsanteilen an der TKW GmbH stellt keine klassische Beteiligung im Sinne des § 92 BbgKVerf dar. Das Beteiligungsverhältnis entspricht vielmehr einer Vermögensverwaltung nach § 91 Abs. 7 BbgKVerf, wonach jährliche Ausschüttungen aus der Geschäftsbesorgung der durch die TKW GmbH verwalteten Objekte generiert werden können. Dabei handelt es sich um eine Auszahlung der erwirtschafteten Überschüsse der getrennt von der GmbH verwalteten Objekte der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus den Landkreisen Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark. Die Gewinnausschüttung aus Vermietung und Verpachtung belief sich in 2017 auf 366 TEUR.

Von einer finanziellen Unterstützung des Landkreises an seine Beteiligungen ist gemäß den beschlossenen Wirtschaftsplänen weiterhin auszugehen. Mittelbedarfe fanden in der Haushaltsplanung 2019/2020 Berücksichtigung. Die Gründe für den Mittelbedarf sind vielfältig und teilweise dem kommunalen Gesellschaftszweck selbst geschuldet. Für öffentliche Güter existiert oftmals ein unzureichender Markt, so dass

nur durch Eingriffe des Landkreises bzw. des Staates die Versorgung sichergestellt werden kann. Gleichwohl sind die kommunalen Unternehmen in Anlehnung an § 92 BbgKVerf zum effizienten Wirtschaften verpflichtet.

Ein weiterer Grund für den eingeschränkten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sind die hohen Kreditbelastungen aufgrund getätigter Investitionen in kommunale Infrastruktur und den damit verbundenen Abschreibungsaufwendungen (WFG mbH, TGZ Wildau GmbH). Auch die Risiken der nötigen Gewinnung von Projekten und damit verbundene Chancen zu Projektentwicklungen (WRL GmbH) beeinflussen den Erfolg der kommunalen Unternehmen.

Beteiligungen	Leistungs- und Finanzbeziehung	Einnahmen in TEUR	Ausgaben in TEUR
WFG	Betriebskostenzuschuss	0,0	475,0
	Projektmittel (Start to), KKP	0,0	146,3
	Kapitalzuführung	0,0	2.500,0
	Dienstleistungsvertrag Breitband	0,0	34,0
RVS	Betriebskosten- und Investitionszuschüsse	0,0	2.057,00
KDS	keine Finanzbeziehung	0,0	0,0
TGZ	Übernahme Darlehen (Begleichung Kapitaldienst)	0,0	41,0
TKW	Gewinnausschüttungen aus Vermietung und Verpachtung (Geschäftsbesorgung)	366,0	0,0
	Veräußerung aus dem Teltowvermögen	0,0	0,0
INA	Betriebskostenzuschuss	0,0	50,0
WRL	Betriebskostenzuschuss	0,0	50,0
BADC	Betriebskostenzuschuss	0,0	0,0
VBB	Betriebskostenzuschuss	0,0	67,0
Einnahmen/Ausgaben insgesamt	liquide Haushaltsauswirkung für den LDS im Jahr 2017	366,0	5.420,3

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Geschäftsleitung / Niederlassung Luckau Niederlassung Mittenwalde
 Nissanstraße 7 Gewerbestraße 1
 15926 Luckau 15749 Mittenwalde
 Tel.: +49 (0) 3544 / 5001-0 +49 (0) 33764 / 873-0
 Fax: +49 (0) 3544 / 5001-15 +49 (0) 33764 / 873-15
 E-Mail: info@rvs-lds.de www.rvs-lds.de



	2017	2016	2015
Stammkapital in EUR	1.035.366,06	1.035.366,06	1.035.366,06
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in EUR	1.035.366,06	1.035.366,06	1.035.366,06
Datum der Gründung	01.07.1991		
aktueller Gesellschaftsvertrag	10.12.2012		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Organisation und Durchführung des Linienverkehrs nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg (ÖPNV-Gesetz). Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge für den Gesellschafter als Aufgabenträger. Grundlage ist der Nahverkehrsplan des Gesellschafters in der jeweils gültigen Fassung. Die Gesellschaft ist Inhaber der Linienkonzession. Durchführung von Leistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (§ 42 PBefG), wie Sonderformen des Linienverkehrs (§ 43 PBefG) und Mietomnibusverkehr (§ 49 PBefG) für Schülerfahrten im unterrichtsnahen Raum.</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerd-Peter Lehmann (verstorben am 22.10.2017) Herr Siegfried Richter (ab 01.11.2017)</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Herr Wolfgang Starke (Beigeordneter und Dezernent; bis 03/2017) Herr Stephan Loge (Landrat, ab 04/2017) Herr Wolfgang Luchmann Herr Lothar Treder-Schmidt Herr Benjamin Kaiser Herr Marco Kehling Herr Lutz Krause</p> <p><u>Stellvertreter LDS:</u> Frau Carola Köhler (-61.2- SGL; bis 03/2017) Herr Heiko Jahn (Dezernent, ab 04/2017) Frau Nancy Engel Herr Georg Hanke Herr Siegfried Ernst Herr Dr. Michael Kuttner Herr Reinhard Krüger</p>		
Beschäftigte	197		

Bilanz der RVS

Bilanz zum	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	9.802.965	8.597.377	8.039.471
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.838	4.566	15.853
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	4.838	4.566	15.853
II. Sachanlagen	9.798.127	8.592.811	8.023.618
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	1.529.301	1.655.795	1.863.672
2. Fahrzeuge für Personenverkehr	7.870.600	6.573.820	5.817.749
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	316.976	363.195	320.128
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	81.250	1	22.069
III. Finanzanlagen	0	0	0
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	5.243.550	4.297.763	6.543.470
I. Vorräte	207.514	242.530	209.684
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	207.514	242.530	209.684
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	900.042	1.053.508	1.093.930
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	580.625	555.835	515.884
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0
3. Sonstige Vermögensgegenstände	319.417	497.673	578.046
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	4.135.994	3.001.725	5.239.857
C. Rechnungsabgrenzungsposten	56.490	45.174	45.920
Bilanzsumme	15.103.004	12.940.314	14.628.861
Passiva			
A. Eigenkapital	10.331.579	10.199.056	10.027.231
I. Gezeichnetes Kapital	1.035.366	1.035.366	1.035.366
II. Kapitalrücklage	4.661.163	4.661.163	4.661.163
III. Gewinnrücklagen	4.502.526	4.330.702	4.134.248
1. Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBILG	2.030.264	2.030.264	2.030.264
2. Sonderverlustrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBILG	104.379	104.379	104.379
3. Andere Gewinnrücklagen	2.367.883	2.196.058	1.999.604
V. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	132.524	171.824	196.454
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	1.158.012	0	0
C. Rückstellungen	3.059.475	2.158.119	4.058.678
1. Steuerrückstellungen	350.000	0	0
2. Sonstige Rückstellungen	2.709.475	2.158.119	4.058.678
D. Verbindlichkeiten	522.632	557.923	513.514
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	434.347	452.387	411.273
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen	0	0	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	88.285	105.537	102.241
E. Rechnungsabgrenzungsposten	31.306	25.216	29.438
Bilanzsumme	15.103.004	12.940.314	14.628.861

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen hat sich im Berichtsjahr um 1.205 TEUR auf 9.798 TEUR erhöht. Dies erfolgte insbesondere durch getätigte Investitionen in Höhe von 2.420 TEUR, welche die planmäßigen Abschreibungen (1.214 TEUR) kompensieren konnten. Anschaffungen betrafen im Berichtsjahr vor allem 10 neue Kraftomnibusse für den Personenverkehr und Firmenfahrzeuge. Die neuen Kraftomnibusse wurden im Berichtsjahr vom Gesellschafter bezuschusst (1.102 TEUR).

Die Reduzierung des Vorratsbestands um 35 TEUR auf 208 TEUR resultierte vor allem aus den niedrigen Beständen an Dieselmotorkraftstoff und Materialien.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich im Saldo stichtagsbedingt um 25 TEUR auf 581 TEUR. Innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände haben sich die Forderungen gegenüber dem Finanzamt (-225 TEUR) verringert. Die Forderungen gegenüber dem Finanzamt waren im Vorjahr infolge der Umsatzsteuervoranmeldung für das vierte Quartal aufgrund der Rückzahlungen aus der Einnahmenaufteilung besonders erhöht. Des Weiteren haben sich die Forderungen gegenüber Agenturen (+38 TEUR) stichtagsbedingt erhöht.

Der starke Anstieg der liquiden Mittel (+1.134 TEUR, 4.136 TEUR) resultierte insbesondere aus der ausstehenden Rückzahlung der Einnahmenaufteilung an den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg für die Jahre 2016 und 2017.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (56 TEUR) betraf im Jahr 2017 gezahlte Inventar-, Elektro- und Gebäudeversicherungen (43 TEUR) für das Jahr 2018 sowie Wartungs-, Lizenz- und Rundfunkgebühren über den Stichtag hinaus.

Das Eigenkapital erhöhte sich auf 10.332 TEUR. Begründet wird dies durch den Jahresüberschuss in Höhe von 132 TEUR, der im Berichtsjahr dem Eigenkapital zugeführt wurde.

Die Position Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen wurde in diesem Berichtsjahr erstmalig ausgewiesen. Der Sonderposten weist die Anschaffung von zehn Kraftomnibussen (1.069 TEUR) aus.

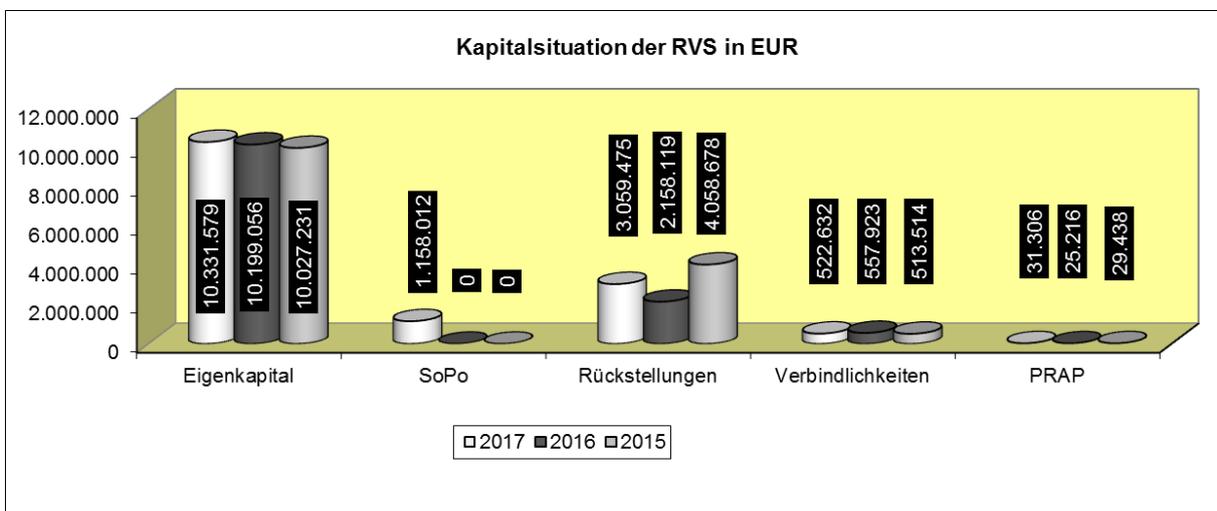
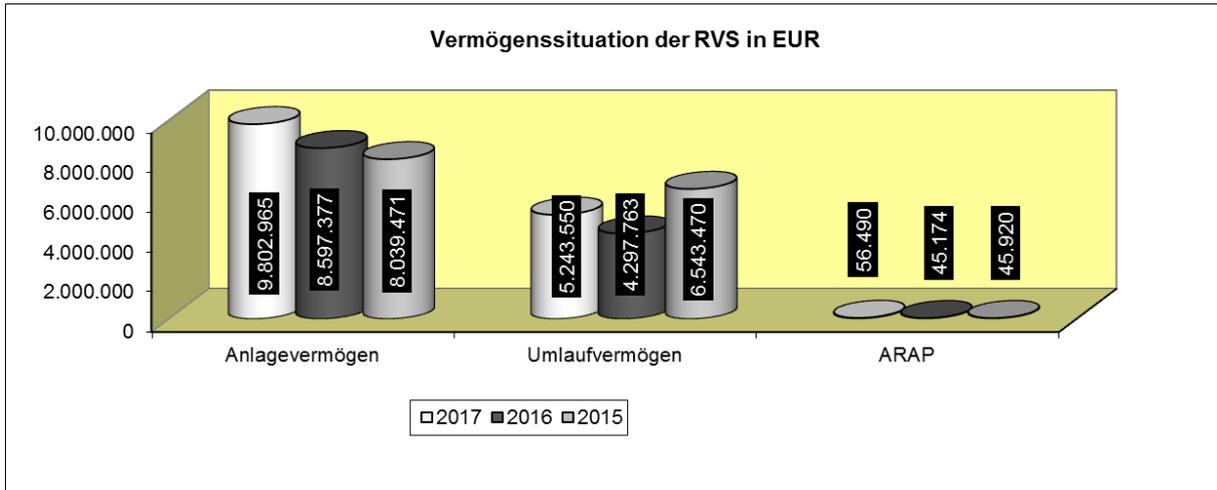
Die Bilanzposition Rückstellungen hat sich um 901 TEUR auf 3.059 TEUR erhöht. Begründet war dies durch die erstmalige Einbuchung der Steuerrückstellung (+350 TEUR). Die Steuerrückstellung wurde auf Grund der Betriebsprüfung für die Jahre 2010 bis 2013 (200 TEUR) und der sich eventuell ergebenden Nachzahlungen für die Jahre 2014 bis 2017 (150 TEUR) gebildet. Die Erhöhung der sonstigen Rückstellungen um 551 TEUR auf 2.709 TEUR war vor allem auf die Zuführung der VBB-Einnahmenaufteilung für das Jahr 2017 mit 500 TEUR zurückzuführen. Gegenläufig reduzierten sich die Rückstellungen für den Haftpflichtverband öffentlicher Verkehrsbetriebe um 52 TEUR.

Im Berichtsjahr bestanden keine Kreditverbindlichkeiten. Neue Kredite wurden nicht aufgenommen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-18 TEUR, 434 TEUR) sind stichtagsbedingt und betrafen im Jahr 2017 hauptsächlich Verbindlichkeiten für bezogene Leistungen (85 TEUR, Reinigung und Wartung), Verbindlichkeiten für Subunternehmer (47 TEUR), Verbindlichkeiten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (192 TEUR, Material und Kraftstoffe) sowie sonstige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (94 TEUR).

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten (88 TEUR) wurden vor allem offene Lohn- und Gehaltszahlungen sowie Provisionen ausgewiesen. Sie reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 17 TEUR.

In der Position passive Rechnungsabgrenzungsposten (31 TEUR) wurden ausschließlich Einnahmen aus Monats- und Jahresfahrkarten (28 TEUR) und Einnahmen aus Firmentickets (3 TEUR) ausgewiesen.



Gewinn- und Verlustrechnung der RVS

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Umsatzerlöse	7.601.109	9.488.237	9.603.137
2.	Sonstige betriebliche Erträge	7.239.923	4.497.103	4.216.917
3.	Materialaufwand	-5.009.598	-3.925.120	-3.893.954
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-3.124.364	-2.767.315	-3.063.472
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.885.234	-1.157.805	-830.482
	Rohergebnis	9.831.435	10.060.220	9.926.100
4.	Personalaufwand	-6.910.898	-6.835.712	-6.546.158
	a) Löhne und Gehälter	-5.598.606	-5.534.679	-5.305.259
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.312.293	-1.301.033	-1.240.898
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.214.654	-1.257.614	-1.220.664
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.173.668	-1.742.739	-1.781.219
	Betriebsergebnis	532.215	224.154	378.060
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.186	39.519	82.604
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-39.135	-80.346	-151.313
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
	Finanzergebnis	-37.948	-40.827	-68.709
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	494.266	183.327	309.351
11.	Außerordentliche Erträge	0	0	2.660.000
12.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-2.761.464
13.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-101.464
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-350.000	0	0
15.	Ergebnis nach Steuern	144.266	183.327	0
16.	Sonstige Steuern	-11.742	-11.503	-11.432
17.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	132.524	171.824	196.454

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr um 1.887 TEUR auf 7.601 TEUR verringert. Dies war hauptsächlich auf die Neuordnung der Position Förderung Ausbildungsverkehr (Vj. 2.590 TEUR) zurückzuführen. Die Erlöse wurden im Berichtsjahr unter sonstige betriebliche Erträge neu abgebildet. Des Weiteren beeinflusste die starke Reduzierung der Umsatzerlöse insgesamt die Positionen Erlöse aus Gelegenheitsverkehr (-48 TEUR, 83 TEUR) und Erlöse aus Werkstatt und Tankstellen für Dritte (-73 TEUR, 700 TEUR). Demgegenüber stehen erhöhte Erlöse aus dem Linienverkehr (+225 TEUR, 6.223 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Erträge waren im Berichtsjahr um 2.743 TEUR auf 7.240 TEUR gestiegen. Dies resultierte hauptsächlich aus der Neuordnung der Ausgleichsleistung des Gesellschafters - der gesamte Gesellschafterzuschuss (+2.790 TEUR, 6.700 TEUR) wurde der Position zugeordnet.

Die Erhöhung beim Materialaufwand um 1.085 TEUR auf 5.010 TEUR erfolgte insbesondere durch die Erhöhung der Aufwendungen für fremde Transportkosten für Nachauftragnehmer (+513 TEUR, 1.671 TEUR) sowie durch den höheren Materialverbrauch von Dieselkraftstoffen (+113 TEUR, 2.427 TEUR). Weiterhin wurden Kosten von 213 TEUR für Reinigung und Reparatur von Bussen im Vorjahr bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Die gestiegenen Personalkosten (+75 TEUR; 6.911 TEUR) resultierten vor allem aus der Erhöhung der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter von 195 auf 197 im Berichtsjahr. Darüber hinaus gab es zum 01.01.2017 eine Tarifierung um 0,6 %.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Berichtsjahr um 569 TEUR auf 1.173 TEUR verringert. Die Reduzierung war hauptsächlich auf die Neuordnung einzelner Aufwendungen (213 TEUR) zurückzuführen – sie wurden im Berichtsjahr neu in der Position Materialaufwand abgebildet. Des Weiteren konnten Einsparungen bei den Ausgaben für Wartung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (-79 TEUR) und Reparaturen an Bauten (-46 TEUR) erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen reduzierten sich im Berichtsjahr um 41 TEUR auf 39 TEUR. Sie betrafen vor allem die Aufzinsung der Vorsorge für die Erlösauskehr aus der VBB-Einnahmenaufteilung für das Jahr 2016 in Höhe von 36 TEUR.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (350 TEUR) betrafen die Bildung einer Körperschaftssteuerückstellung.

Die Position sonstige Steuern (12 TEUR) betraf im Berichtsjahr die Grundsteuer (9 TEUR) und die Kfz-Steuer (3 TEUR).

Analysedaten

Die Anlagenintensität reduzierte im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt und betrug im Berichtsjahr 65 %. Ursächlich hierbei war der starke Anstieg des Gesamtvermögens – insbesondere die Erhöhung der liquiden Mittel um 1.134 TEUR auf 4.136 TEUR. Demnach sind 65 % des Gesamtkapitals im Anlagevermögen gebunden.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich um 11 Prozentpunkte auf 68 %. Ursächlich hierbei war die Erhöhung des Gesamtvermögens um 2.163 TEUR auf 15.103 TEUR - insbesondere durch die erstmalige Ausweisung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen (1.158 TEUR). Die hohe Eigenkapitalquote lässt die Unabhängigkeit und die finanzielle Sicherheit des Unternehmens erkennen. Die Eigenkapitalquote mit Sonderposten beträgt 76 % und wurde im Berichtsjahr erstmalig ausgewiesen.

Durch die Anschaffung von 10 neuen Kraftomnibussen im Berichtsjahr erhöhte sich die Bilanzposition „Fahrzeuge für den Personenverkehr“ um 1.297 TEUR auf 7.871 TEUR. Das Eigenkapital erhöhte sich dagegen nur um 133 TEUR auf 10.332 TEUR. Im Ergebnis sank die Anlagendeckung II von 119 % auf 105 %. Mit einem Wert von 105 % wird deutlich, dass das gesamte Anlagevermögen durch langfristig vorhandenes Kapital gedeckt ist.

Die Zinsaufwandsquote betrug 1 % und war unverändert gegenüber dem Vorjahr. Die Reduzierung der Positionen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen (-41 TEUR auf 39 TEUR) sowie Umsatzerlöse (-1.887 TEUR auf 7.601 TEUR) wirkten sich nicht auf die Kennzahl aus. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an.

Trotz der im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegenen liquiden Mittel (+1.134 TEUR auf 4.136 TEUR) war die Liquidität 3. Grades von 157 % auf 145 % gesunken. Die Senkung der Kennzahl war ebenfalls durch die gestiegenen Rückstellungen (901 TEUR auf 3.060 TEUR) im Berichtsjahr begründet. Die zukünftige Zahlungsfähigkeit des Unternehmens ist gegeben.

Der Cash Flow wurde durch den im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Jahresgewinn (133 TEUR, Vj. 172 TEUR) sowie höheren Abschreibungen (1.215 TEUR, Vj. 1258 TEUR) beeinflusst – der Zahlungsmittelüberschuss betrug am Ende der Periode 1.419 TEUR und reduzierte sich somit zum Vorjahr geringfügig um 54 TEUR.

Die Eigenkapitalrentabilität bringt die Verzinsung des eingesetzten Kapitals durch seinen Einsatz im Unternehmen zum Ausdruck. Bei der RVS ging die Kennzahl im Berichtsjahr bedingt durch den geringeren erwirtschafteten Jahresüberschuss und durch die Erhöhung des Eigenkapitals zurück.

Die Reduzierung der Gesamtkapitalrentabilität war bedingt durch den starken Anstieg des Gesamtvermögens um 2.163 TEUR (15.103 TEUR, Vj. 12.940 TEUR) und die Reduzierung der Fremdkapitalzinsen um 41 TEUR (39 TEUR, Vj. 80 TEUR) sowie des Jahresüberschusses um 39 TEUR (133 TEUR, Vj. 172 TEUR). Die Kennzahl gibt die Verzinsung des im Unternehmen investierten Kapitals an.

Die starke Reduzierung der Umsatzerlöse war hauptsächlich aus der Neuordnung der Position Förderung Ausbildungsverkehr (Vj. 2.590 TEUR) begründet. Die Erlöse wurden im Berichtsjahr unter sonstige betriebliche Erträge neu abgebildet.

Die Personalaufwandsquote reduzierte sich um sechs Prozentpunkte auf 85 %. Ausschlaggebend hierfür waren der enorme Anstieg der Gesamtleistung um 656 TEUR auf 8.141 TEUR sowie der Anstieg der Personalaufwendungen um 75 TEUR auf 6.911 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Von den Gesamterlösen werden demnach 85 % durch Personalaufwand aufgezehrt.

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	65%	66%	55%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	68%	79%	69%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	76%	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	105%	119%	125%
Zinsaufwandsquote	1%	1%	2%
Liquidität 3. Grades	145%	157%	142%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	1.419 TEUR	1.473 TEUR	1.369 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	1%	2%	2%
Gesamtkapitalrentabilität	1%	2%	2%
Umsatz	7.601 TEUR	9.488 TEUR	9.603 TEUR
Gesamtleistung	7.285 TEUR	7.485 TEUR	7.695 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	133 TEUR	172 TEUR	196 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	85%	91%	85%
Anzahl der Mitarbeiter	197	195	194

Geschäftsverlauf 2017

Der öffentlich-rechtliche Dienstleistungsauftrag zwischen dem Landkreis Dahme-Spreewald und der RVS über die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs mit Bussen im Landkreis Dahme-Spreewald für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2026 wurde im Dezember 2016 auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses 2016/122 unterzeichnet. Mit dem Dienstleistungsauftrag stellt der Landkreis Dahme-Spreewald auch weiterhin eine ausreichende Verkehrsbedienung im Kreisgebiet sicher.

Der langjährige Geschäftsführer der RVS, Herr Gerd-Peter Lehmann, ist am 22.10.2017 im Alter von 63 Jahren verstorben. Herr Lehmann war seit Gründung der RVS im Jahre 1991 als Geschäftsführer tätig und hat das Unternehmen mit heute rund 200 Beschäftigten maßgeblich aufgebaut und geprägt. Da er zum Anfang nächsten Jahres in den verdienten Ruhestand gehen wollte, wurde im Sommer des Jahres die Geschäftsführerstelle der RVS zum 01.01.2018 neu ausgeschrieben. Auf Grund des unerwarteten Todes des Geschäftsführers fand am 26.10.2017 eine außerordentliche Gesellschafterversammlung statt. Die Gesellschafterversammlung beinhaltete die Beschlussfassung zur Bestellung des neuen Geschäftsführers. Am 18.09.2017 fanden die Bewerbungsgespräche statt. Herr Siegfried Richter übernahm zum 03.11.2017 die Geschäftsführung der RVS. Herr Richter war lange Jahre bei der VAG Verkehrsgesellschaft

schaft Nürnberg, der ESTW Stadtverkehr GmbH und der ESBG Erlanger Stadtbusgesellschaft mbH in leitender und in geschäftsführender Funktion tätig.

Die RVS erzielte in 2017 Erlöse (ohne Innenumsatz) in Höhe von 14.841 TEUR (Vj. 13.985 TEUR). Die Gesamtkosten (ohne Innenaufwand) betragen vor Zinsen und Steuern 14.309 TEUR (Vj. 13.761 TEUR). Der Jahresüberschuss 2017 wurde mit 132 TEUR (Vj. 172 TEUR) ausgewiesen. Das Jahresergebnis 2017 wurde unter anderem durch die höhere Förderung für Verkehrsleistung vom Gesellschafter (+200 TEUR) sowie durch erhöhte Erlöse aus dem Linienverkehr (+225 TEUR) beeinflusst.

Der Kostendeckungsgrad der RVS betrug vor Zinsen und Steuern und ohne die Mittel zur Förderung von Verkehrsleistungen 56,9 % (Vj. 52,0 %).

Über alle Leistungsarten wurden im Vergleich zum Vorjahr 198.279 Wgkm (+2,6 %) mehr gefahren (7.747.251 Wgkm, Vj. 7.548.972 Wgkm). Im Linienverkehr erhöhte sich die Anzahl der beförderten Personen zum Vorjahr auf 6.402.758 Personen – dies entsprach einem Anstieg um 3,1 % bzw. um +191.922 Personen. Im Geschäftsjahr wurden mit insgesamt 51 Linien 916 Haltestellen bedient.

Zum 01.01.2017 gab es im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg eine Tarifierpassung, die durch den Aufsichtsrat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH in seiner Sitzung am 29.09.2016 beschlossen wurde. Mit verbundweit durchschnittlich 0,56 % war es die niedrigste Anpassungsrate, die bislang im Verkehrsverbund umgesetzt wurde (2016: 1,84 %). Neben Preisänderungen einzelner Tarifpositionen, wurden neue Angebote eingeführt bzw. bestehende Angebote ausgeweitet. So beinhalten zum Beispiel künftig die Tageskarten in Berlin ABC und Potsdam AB die Mitnahme von bis zu drei Kindern bis einschließlich 14 Jahren. Weiter wird der Geltungsbereich für die 4-Fahrten-Karte erweitert. Unverändert bleiben unter anderem die Preise für Schülertickets und Geschwisterkarten sowie Zeitkarten in Berlin AB und alle Fahrausweise für Fahrräder.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 15.04.2015 den Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald 2015 – 2020 beschlossen. Im Berichtsjahr wurden weitere Maßnahmen aus dem Nahverkehrsplan umgesetzt. Dies betraf das gesamte Amt Schenkenländchen mit den Linien 477, 506, 724, 726 und 727.

Die VBB-Einnahmeaufteilung auf Basis der Verkehrserhebung 2013 ist für die Jahre 2013 bis 2015 abgeschlossen. Für diesen Zeitraum waren durch die RVS in die Einnahmeaufteilung die nachfolgenden Zahlungsverpflichtungen zu leisten. Dazu wurden nachfolgende Rückstellungen in den Jahresabschlüssen gebildet:

2013	Zahlungsverpflichtung: 1,5 Mio. EUR	Rückstellung: 1,4 Mio. EUR
2014	Zahlungsverpflichtung: 1,7 Mio. EUR	Rückstellung: 1,6 Mio. EUR
2015	Zahlungsverpflichtung: 1,8 Mio. EUR	Rückstellung: 1,6 Mio. EUR

Im Jahr 2016 fand eine Verkehrserhebung statt, welche die Grundlage der Einnahmeaufteilung für die Jahre 2016 bis 2018 bildet. Die VBB-Einnahmeaufteilung für 2016 bis 2017 soll noch im Laufe des Jahres 2018 abgeschlossen sein. Die RVS hat hierfür Rückstellungen gebildet. Diese belaufen sich für 2016 und 2017 auf insgesamt 1,6 Mio. EUR. Entsprechende liquide Mittel stehen zur Verfügung.

Die Vergütung der Beschäftigten erfolgt seit 01.01.2008 nach dem Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg (TV-N-BB). Der TV-N BB hat bundesweit das niedrigste Einkommensniveau aller Nahverkehrstarifverträge. Der Tarifvertrag für den Nahverkehr hatte eine Laufzeit bis Ende 2016. Nach dem ausgehandelten Kompromiss Anfang des Jahres 2017 werden die Löhne für jüngere und ältere Beschäftigte angeglichen. Die Löhne der Neubeschäftigten, die bislang etwas schlechter bezahlt wurden, werden in zwei Schritten bis Oktober 2018 um 3,9 % erhöht. Die älteren Mitarbeiter erhalten zwei Einmalzahlungen in einem Umfang von 1,9 %. Für Beschäftigte, die seit dem Jahr 2002 eingestellt wurden, gibt es bis zu vier Urlaubstage mehr. Des Weiteren soll es für alle Beschäftigten erstmals ein Urlaubsgeld in Höhe von einem EUR pro Arbeitstag geben. Die RVS hatte im Berichtsjahr 197 Beschäftigte. Die Personalaufwendungen beliefen sich auf insgesamt 6.910.898 EUR.

Im Jahr 2017 wurden 10 Niederflerbusse angeschafft. Die Nettoinvestitionskosten betragen 2.240 TEUR. Es wurden Fördermittel in Höhe von 1.102 TEUR vom Aufgabenträger zur Verfügung gestellt. Durchschnittlich waren 120 Omnibusse im Bestand. Im Geschäftsjahr wurden neun Kraftomnibusse, die vollständig abgeschrieben waren, veräußert. Dabei wurde ein Veräußerungserlös von 153 TEUR erzielt.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Gewinnung neuer qualifizierter Busfahrer/-inner gestaltet sich seit einigen Jahren und auch in diesem Geschäftsjahr äußerst schwierig. Bewerbungen sind weiterhin rückläufig. Der Personalbestand hat sich in Bezug zum Vorjahr nur geringfügig geändert (197 Beschäftigte; Vj. 195 Beschäftigte).

Dadurch müssen noch weitere Leistungen an Subunternehmen vergeben werden, um alle Fahrten zu gewährleisten. Im Berichtsjahr stiegen dadurch die Aufwendungen für fremde Transportkosten für Nachauftragnehmer um 513 TEUR (+44 %) auf 1.671 TEUR. Gemäß dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag über die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Durchführung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Dahme-Spreewald darf die Vergabe an Nachauftragnehmer maximal ein Drittel der öffentlichen Verkehrsdienste betragen. Gegenwärtig wurden 10 % der Gesamtfahrplankilometer an Subunternehmen vergeben. Eine Verbesserung der Situation der Fachkräftegewinnung ist in den Folgejahren nicht absehbar.

Für die Personalgewinnung wurden durch die RVS Maßnahmen erarbeitet, um mögliche Anreize für das Fahrpersonal zu schaffen, u.a.:

Neue Fahrpersonale werden grundsätzlich in die Entgeltgruppe 5 / Stufe 2 eingestuft. Bei vorliegender Berufserfahrung erhalten diese eine Arbeitsmarktzulage von 100 EUR/Monat. Die Zulage wird widerruflich gewährt und ist zeitlich unbefristet. Im Rahmen der Gleichbehandlung wird diese Zulage auf Antrag auch Fahrern gewährt, die bereits länger im Unternehmen sind und sich in der Entgeltgruppe 5 befinden. Eine Erhöhung der Zulage auf 250 EUR/Monat ist angedacht.

Bereits seit 2014 trägt die RVS die Kosten für die gesetzlich vorgeschriebenen Weiterbildungsmodule im Rahmen des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes und gewährt die Teilnahme als Arbeitszeit.

Darüber hinaus wurden Maßnahmen eingeleitet, um den Ruf der RVS als attraktive Arbeitgeberin zu erhöhen. Hierzu zählen die Schaffung so genannter Springer-Funktionen, mitarbeiter- und familienfreundliche Dienstpläne, Modernisierung der Aufenthaltsräume, Einführung einer Gesundheitsvorsorge, eine „Politik der offenen Tür“, Verbesserungen bei der Dienstkleidung, Prüfung von Prämienmodellen etc.

Die Fahrpreise im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) bleiben im Jahr 2018 unverändert. Der VBB-Aufsichtsrat hatte 2014 beschlossen, Tarifanpassungen von der allgemeinen Preisentwicklung abhängig zu machen. Dabei orientiert er sich am VBB-Tarifindex, der die Kostenentwicklung bei den Lebenshaltungskosten, Kraftstoffen und Strom im Verhältnis 83 zu 8,5 berücksichtigt. In Berlin und Brandenburg fahren jeden Tag vier Millionen Menschen mit den Bussen und Bahnen der rund 40 Verkehrsunternehmen im VBB.

Als Grundlage dienen die Angaben des Statistischen Bundesamtes beziehungsweise des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg über den Zeitraum der vergangenen sechzig Monate. Durch die moderaten Entwicklungen bei der Inflation und den Energiepreisen ergibt sich diesjährig ein VBB-Tarifindex von rund null Prozent – und damit keine Grundlage für eine Veränderung der VBB-Fahrpreise.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2017	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 7.945 dav. Kreismittel: 2.057
	2016	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 7.695 dav. Kreismittel: 2.081
	2015	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 7.024 dav. Kreismittel: 1.410

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der RVS.

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

Hardenbergplatz 2

10623 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 25 41 40

Fax: +49 (0) 30 / 25 41 41 12

E-Mail: info@vbb.de

www.vbb.de



**Verkehrsverbund
Berlin-Brandenburg**
Alles ist erreichbar.

Stammkapital in EUR	2017: 324.000	2016: 324.000	2015: 324.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteile in EUR	Anteile in %
	Land Berlin	108.000	33,33
	Land Brandenburg	108.000	33,33
	Stadt Brandenburg an der Havel	6.000	1,85
	Stadt Frankfurt/ Oder	6.000	1,85
	Stadt Cottbus	6.000	1,85
	Landeshauptstadt Potsdam	6.000	1,85
	Landkreis Barnim	6.000	1,85
	Landkreis Dahme-Spreewald	6.000	1,85
	Landkreis Elbe-Elster	6.000	1,85
	Landkreis Havelland	6.000	1,85
	Landkreis Märkisch-Oderland	6.000	1,85
	Landkreis Oberhavel	6.000	1,85
	Landkreis Oberspreewald-Lausitz	6.000	1,85
	Landkreis Oder-Spree	6.000	1,85
	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	6.000	1,85
	Landkreis Potsdam-Mittelmark	6.000	1,85
	Landkreis Prignitz	6.000	1,85
	Landkreis Spree-Neiße	6.000	1,85
	Landkreis Teltow-Fläming	6.000	1,85
	Landkreis Uckermark	6.000	1,85
	Gesellschafteranteile gesamt	324.000	100,00
Datum der Gründung	08.12.1994		
aktueller Gesellschaftsvertrag	01.12.2005		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993.</p> <p>Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzepts und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplanes, ▪ Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, ▪ Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet, ▪ Vergabe der SPNV-Leistungen, ▪ Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der ÖPNV-Bedarfspläne und der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger, ▪ Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfes für den Verbundverkehr, ▪ Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet, ▪ Koordinierung von Fördermaßnahmen der Aufgabenträger, ▪ Abschluss von Kooperations-, Verkehrs- und anderen Verträgen mit Leistungserstellern, ▪ Erarbeitung einheitlicher, qualitativer und quantitativer Standards für die 		

	Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.		
Beschäftigte	insgesamt	95,80	
	davon:		
	Geschäftsführer	1,0	
	Beschäftigte Mitarbeiter	78,58	
	Projektbezogene finanzierte Mitarbeiter	9,0	
	Auszubildende	7,14	
	Praktikanten	0,08	
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u>	Frau Susanne Henckel	
	<u>Gesellschafterversammlung:</u>		
	Vertreter LDS	Herr Wolfgang Starke (Beigeordneter und Dezernent)	bis 03/2017
		Herr Chris Halecker (1. Beigeordneter und Dezernent)	04/2017 bis 09/2018
		Herr Heiko Jahn (Dezernent)	ab 10/2018
	Stellvertreter LDS	Frau Carola Köhler (-61.3-, Sachgebietsleiterin)	bis 03/2017
		Herr Heiko Jahn (Geschäftsbereichsleiter)	04/2017 bis 09/2018
		Herr Christian Jank (-61-, Sachbearbeiter ÖPNV)	ab 10/2018
	<u>Aufsichtsrat:</u>		
	Vertreter LDS	Herr Stephan Loge (Landrat)	
	<u>Beirat der Gesellschaft:</u>		
	Vertreter LDS	Herr Christian Jank (-61-, Mitarbeiter ÖPNV)	ab 09/2016
	Stellvertreter LDS	Herr Carsten Brumme (-36-, Sachgebietsleiter)	09/2016 bis 09/2018
		Herr Heiko Jahn (Dezernent)	ab 10/2018
	<u>Beirat der Verkehrsunternehmen:</u>		
	Mitglied	RVS	

Bilanz der VBB GmbH

Bilanz zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	624.886	733.165	737.067
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	358.138	413.534	386.856
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	223.388	309.534	332.856
2.	geleistete Anzahlungen	134.750	104.000	54.000
II.	Sachanlagen	266.747	319.631	350.211
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	266.747	319.631	350.211
B.	Umlaufvermögen	5.154.375	5.036.724	5.069.599
I.	Vorräte	1.063.631	885.831	634.333
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.693	4.149	4.098
2.	Unfertige Leistungen	1.049.402	867.093	620.240
3.	Waren	10.537	14.589	9.995
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	664.125	711.008	663.803
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	345.670	526.336	271.377
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	36.393	50.499	188.820
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	282.062	134.173	203.606
III.	Kassenbestand	3.426.619	3.439.885	3.771.462
	Kassenbestand u. Guthaben bei Kreditinstituten	3.426.619	3.439.885	3.771.462
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	97.402	87.664	75.742
	Bilanzsumme	5.876.662	5.857.553	5.882.407
Passiva				
A.	Eigenkapital	324.000	324.000	324.000
I.	Gezeichnetes Kapital	324.000	324.000	324.000
B.	Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	8.329	10.750	14.503
C.	Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	616.561	712.308	712.457
D.	Rückstellungen	1.301.181	1.379.788	1.316.967
	Sonstige Rückstellungen	1.301.181	1.379.788	1.316.967
E.	Verbindlichkeiten	3.626.591	3.400.707	3.482.172
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.273.051	988.104	706.615
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	435.139	676.902	413.710
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.176.101	1.099.163	1.266.403
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	742.300	636.537	1.095.444
F.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	30.000	32.308
	Bilanzsumme	5.876.662	5.857.553	5.882.407

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Vorräte stiegen im Berichtsjahr um 178 TEUR auf 1.064 TEUR. In dieser Position wurden der Bestand der Produkte sowie der Bestand des Büromaterials ausgewiesen. Des Weiteren wurden im Berichtsjahr 1.049 TEUR aktivierte unfertige Leistungen ausgewiesen, die aus einem noch nicht vollständig abgeschlossenen Projekt resultieren.

Die Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 181 TEUR auf 346 TEUR resultierte im Wesentlichen aus dem Verkauf von Produkten des VBB (vor allem aus Fahrausweispapier). Die in Relation zu den Umsatzerlösen hohen Forderungen waren auf höhere Umsätze zum Jahresende als Folge des bevorstehenden Fahrplanwechsels zurückzuführen.

Forderungen gegen Gesellschafter (36 TEUR) stammten aus der stichtagsgenauen Abrechnung des Projektes INNOS-START-VBB-2.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen im Berichtsjahr 282 TEUR und erhöhten sich im Bezug zum Vorjahr um 148 TEUR. Die Position beinhaltet u. a. Steuererstattungsansprüche für Umsatzsteuer und Kapitalertragssteuer.

Es wurde zum Jahresende ein Kassenbestand in Höhe von 3.427 TEUR ausgewiesen – die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes in Bezug zum Vorjahr betrug -13 TEUR.

Das Eigenkapital blieb auf Grund des ausgeglichenen Ergebnisses konstant.

Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen sowie Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens: Die Sonderposten entwickelten sich im Berichtsjahr entsprechend dem Anlagevermögen. Den Zugängen in Höhe von 117 TEUR standen Auflösungen in Höhe von 216 TEUR gegenüber.

Die Rückstellungen reduzierten sich im Berichtsjahr um 79 TEUR auf 1.301 TEUR. Sie umfassten vor allem noch vertraglich zu erbringende Leistungen. Die Reduzierung erfolgte durch die Abarbeitung der Abrechnung der SPNV-Verkehrsverträge.

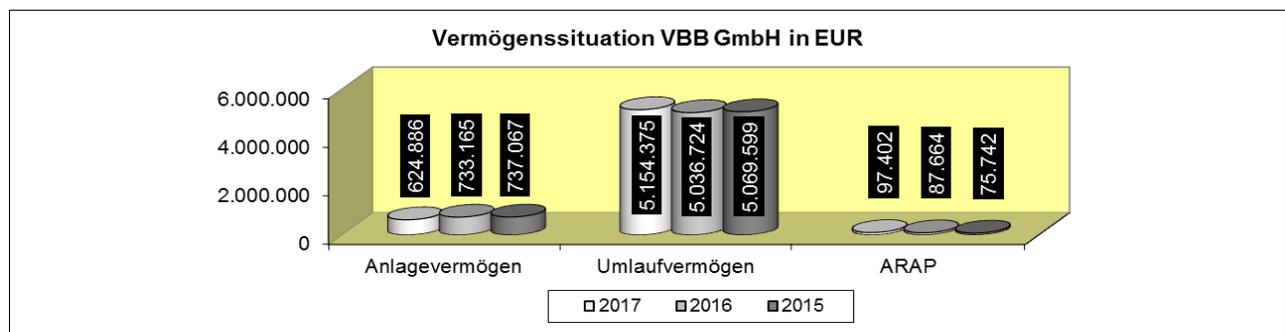
Die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen (1.273 TEUR) resultierten im Berichtsjahr in voller Höhe aus einem Projekt. Sie haben eine Restlaufzeit von über einem und unter fünf Jahren.

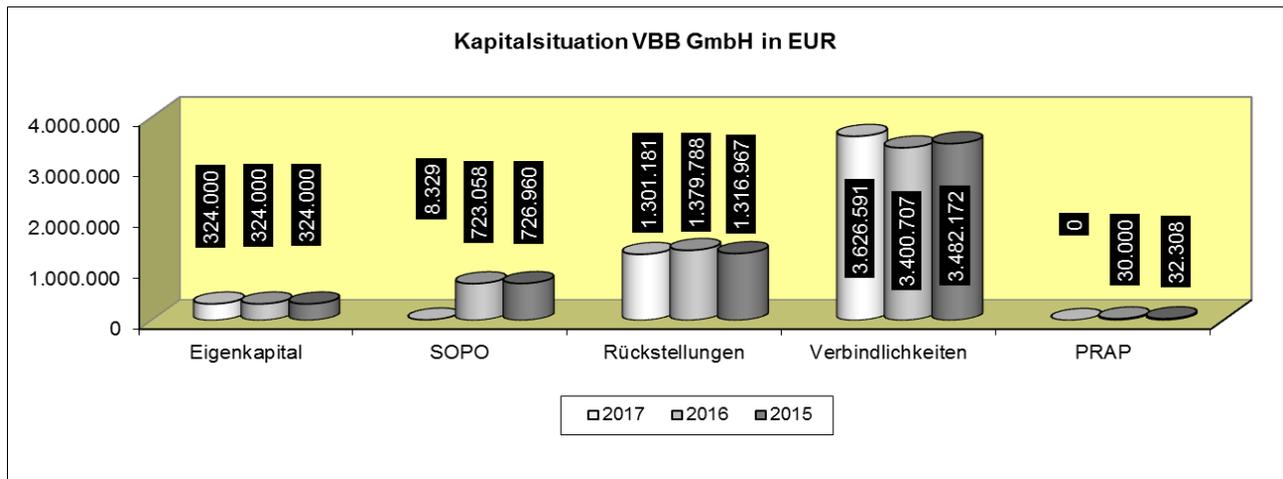
Die Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 242 TEUR auf 435 TEUR war hauptsächlich auf die Bestellung von VBB-Fahrausweispapier zurück zu führen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erhöhten sich um 77 TEUR auf 1.176 TEUR. Die Position umfasste nicht verausgabte Gesellschafterbeiträge, deren Gebundenheit zur Finanzierung laufender Aufgaben und begonnener Projekte gegeben war. Im Berichtsjahr setzten sie sich wie folgt zusammen: Verbindlichkeiten aus Gesellschafterbeiträgen (710 TEUR), Verbindlichkeiten aus dem Vertragsmanagement (279 TEUR), Verbindlichkeiten aus den Akquiseprojekten der Gesellschafter (131 TEUR).

Kreditverbindlichkeiten hatte die VBB GmbH im Berichtsjahr nicht.

Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhten sich ebenfalls im Berichtsjahr um 106 TEUR auf 742 TEUR. Sie beinhalteten im Wesentlichen Auszahlungsverbindlichkeiten für das Projekt VBB-INNOS-START-VBB-2 (534 TEUR), sonstige Verbindlichkeiten aus Sonderprojekten (116 TEUR) sowie Verbindlichkeiten aus Akquiseprojekten von Dritten (25 TEUR).





Gewinn- und Verlustrechnung der VBB GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Umsatzerlöse	957.070	1.014.785	1.123.893
2.	Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	182.309	245.728	225.186
3.	Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen	9.398.456	9.156.322	8.941.138
4.	Sonstige betriebliche Erträge	2.598.099	2.968.292	4.129.750
5.	Materialaufwand	-890.567	-905.667	-1.063.039
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-3.071	-5.345	-3.279
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-887.496	-900.322	-1.059.759
6.	Personalaufwand	-5.654.360	-5.744.194	-5.644.284
	a) Löhne und Gehälter	-4.485.529	-4.576.712	-4.470.469
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.168.832	-1.167.481	-1.173.814
7.	Abschreibungen	-215.575	-206.646	-154.926
	a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-215.575	-206.646	-154.926
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.375.162	-6.523.038	-7.559.506
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.761	8.915	16.829
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-10.476	-13.611	-14.848
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	554	886	195
12.	Sonstige Steuern	-554	-886	-195
13.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft wies ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da sämtliche Aufwendungen durch Gesellschafterleistungen und sonstige Einnahmen finanziert wurden.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich um 58 TEUR auf 957 TEUR. Die Umsatzerlöse wurden hauptsächlich aus dem Verkauf des VBB-Fahrausweispapiers an die am öffentlichen Personennahverkehr teilnehmenden Verkehrsunternehmen erzielt. Darüber hinaus beinhaltete die Position Erlöse aus dem Verkauf von Fahrplanbüchern sowie Erlöse aus der Tarifkommunikation.

Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen: Die Position betrug 182 TEUR und reduzierte sich um 63 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die Minderung resultierte aus einem Projekt.

Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen: Um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Ertragslage der VBB GmbH zu vermitteln, wurde die Position Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen gebildet. Sie betraf mit 6.049 TEUR die Grundfinanzierung durch die Gesellschafter, mit 3.287 TEUR die Finanzierung des Vertragsmanagements (Center) und mit 62 TEUR die Finanzierung aus Akquiseprojekten. Im Berichtsjahr erhöhte sich die Position um 242 TEUR auf insgesamt 9.398 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich im Berichtsjahr um rund 12 %; 2.598 TEUR, Vj. 2.968 TEUR. Sie beinhalteten folgende Erträge: Erträge aus Sonderprojekten (750 TEUR), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (95 TEUR), Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens (216 TEUR), Erträge aus Akquiseprojekten (1.097 TEUR), periodenfremde Erträge (12 TEUR).

Die Materialaufwendungen reduzierten sich um 15 TEUR auf 891 TEUR. Die Position enthielt vor allem Kosten für die Gestaltung und Entwicklung von Fahrplanbüchern und die Beschaffung des Fahrausweispapiers. Diese Aufwendungen stehen in direktem Zusammenhang mit der Erzielung von Umsatzerlösen.

Die Personalaufwendungen reduzierten sich um 90 TEUR auf 5.654 TEUR, dies war hauptsächlich durch die Reduzierung des Personalbestandes begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 148 TEUR auf 6.375 TEUR. Die Position beinhaltete im Wesentlichen den sonstigen betrieblichen Aufwand aus Verbundaufgaben und Aufwendungen für Projekte in 2017 mit 4.386 TEUR, davon Projekte für Verbundaufgaben (2.2230 TEUR), Aufgaben und Projekte des Vertragsmanagements Center (1.461 TEUR), 132 TEUR für VBB-Produkte und 570 TEUR für das Forschungsprojekt INNOS-Start-VBB-2.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen: Aus Miet- und sonstigen Verträgen waren nach aktueller Vertragslage in den maximal fünf Jahren voraussichtlich noch 2.725 TEUR zu zahlen. Das Bestellobligo des laufenden Wirtschaftsplanes und aus Vorjahren betrug zum 31.12.2017 1.315 TEUR. Mittel in Höhe von 88 TEUR waren im Sinne der Risikovorsorge gebunden. Fest verplante, aber noch nicht durch Aufträge gebundene Mittel betragen 22 TEUR.

Analysedaten

Die Anlagenintensität betrug 11 % im Berichtsjahr – die Kennzahl reduzierte sich um zwei Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Die niedrige Anlagenintensität war auf die Abnahme des Anlagevermögens zurückzuführen. Demnach sind nur 11 % des Gesamtkapitals im Anlagevermögen gebunden.

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) (6 %) hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verändert. Eine verbesserte Eigenkapitalausstattung für die Verwirklichung des Gesellschaftszwecks wäre förderlich.

Die Anlagendeckung II erhöhte sich um 9 Prozentpunkte auf 152 %. Die Gesellschafter finanzieren das gesamte Anlagevermögen. Die Erhöhung war darauf zurück zu führen, dass sich das Anlagevermögen und die Sonderposten im gleichen Umfang reduzierten. Das Eigenkapital blieb dabei unverändert.

Die Liquidität des 3. Grades betrug 105 % im Berichtsjahr und war ebenso im Vergleich zu den Vorjahren konstant geblieben.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Berichtsjahr -13 TEUR. Ausschlaggebend war der Abbau des Abrechnungsrückstandes beim Projekt INNOS-Start-VBB-2.

Die Personalaufwandsquote war gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben – sie betrug weiterhin 43 %. Von den Gesamterlösen wurden demnach 43 % durch Personalaufwand aufgezehrt.

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	11%	13%	13%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	6%	6%	6%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	16%	18%	18%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	152%	143%	143%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	105%	105%	105%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	-13 TEUR	-332 TEUR	714 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	957 TEUR	1.015 TEUR	1.124 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	3.737 TEUR	4.229 TEUR	5.479 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	43%	43%	39%
Anzahl der Mitarbeiter	96	99	100

Geschäftsverlauf 2017

Im Kerngeschäft der VBB GmbH wurden im Geschäftsjahr 2017 gemeinsam mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen wichtige Meilensteine erzielt:

- Tarif/Vertrieb:** Im Rahmen des indexbasierten Tarifentwicklungsverfahrens wurde im Jahr 2017 die weitere Entwicklung des VBB-Tarifes forciert. Aufgrund des in diesem Jahr niedrigen Indexwertes lag der Fokus in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen und den Gesellschaftern insbesondere auf der strukturellen Weiterentwicklung des Tarifes. Deren Gegenstand waren die Analyse der Anschluss- und Anstoßtarife und erste Überlegungen zur Fortentwicklung der bestehenden Firmenticketregelungen im Verbundgebiet. Vor dem Hintergrund der geplanten Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg wurde zudem die generelle Weiterentwicklung des VBB-Tarifes, auch mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung von Tarifangeboten und Vertriebsmöglichkeiten, behandelt. Auch nach der Absage der Verwaltungsstrukturreform wird die Untersuchung fortgeführt, um die Struktur des VBB-Tarifes an bestehende und künftige Herausforderungen anzupassen.

Ein großer Erfolg war die Fortschreibung bzw. Neuverhandlung der Berliner und Brandenburger Semesterticketverträge ab dem Sommersemester 2018. In gemeinsamen intensiven Verhandlungen mit den Verkehrsunternehmen und den Studierenden gelang es, eine für alle Seiten annehmbare Lösung zu erreichen. Losgelöst von der Fortschreibung der Semestertickets konnte darüber hinaus unter Beteiligung der VBB GmbH an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde das deutschlandweit erste klimaneutrale Semesterticket (bilanzielle Reduktion von Treibhausgasemissionen, die rechnerisch durch die gefahrenen Personenkilometer im Rahmen des Semestertickets entstehen, durch zusätzliche Einkäufe von Ökostrom durch die Hochschule) eingeführt werden.

Im Rahmen der vertrieblichen Fragestellungen, denen sich die VBB GmbH koordinierend und beratend widmet, wurde das Projekt INNOS weiterhin als ein zentraler Baustein verfolgt: Abonnements können von den Verkehrsunternehmen nun auch elektronisch als VBB-*fahr*Card ausgegeben werden. Technische Möglichkeiten zum Aufbuchen bzw. zur Aktualisierung von Fahrtberechtigungen der Kunden (Aktionsmanagement) auf die VBB-*fahr*Card wurden geschaffen. Überdies wurde im Sinne der Multimodalität ermöglicht, die elektronische Fahrkarte des VBB als Schlüssel zum Berliner Leihfahrradsystem *nextbike* zu nutzen.

Der künftige Umgang mit digitalen Vertriebskanälen blieb Gegenstand der von der VBB GmbH aufrechterhaltenen Diskussion, insbesondere mit den Verkehrsunternehmen. Konkrete Fortschritte wurden beim Handyticket erzielt, das im Jahr 2017 für die Ausgabe von Zeitkarten vorbereitet wurde.
- Einnahmenaufteilung:** Die Daten der Verkehrserhebung 2016 wurden aufbereitet, ausgewertet und plausibilisiert. Erste Abstimmungen mit den Verkehrsunternehmen zu den Daten wurden vorgenommen. Zur Vorbereitung der Verkehrserhebung 2019 wurden die Aktualisierung der Richtlinie für automatische Fahrgastzählssysteme begonnen und die elektronische Datenerfassung bei der BVG getestet.

Die Einnahmenaufteilung für die Jahre 2014 und 2015 wurde abgeschlossen. In diesem Zusammenhang erfolgte die Umstellung der Einnahmenaufteilung für das VBB-Abo 65plus auf ein exakteres, nachfragebasiertes Verfahren.

Neben den bereits dargestellten Verhandlungen zur Fortschreibung der Berliner und Brandenburger Semestertickets (siehe Abschnitt Tarif/Vertrieb), die auch aus der Perspektive der Einnahmenaufteilung begleitet wurde, gelang die Fortschreibung der Berliner Einnahmenaufteilungsregelungen (sog. Trilateraler Einnahmenaufteilungsvertrag) zwischen BVG AöR, S-Bahn Berlin GmbH und DB Regio AG bis zum Ende des Jahres 2020. Die VBB GmbH ist seit Dezember 2017 für die Abrechnung der Einnahmen nach diesem Vertrag verantwortlich.
- Angebotsplanung:** Zur Unterstützung der weiteren Verkehrsplanung im übrigen ÖPNV und im SPNV wurden an den Verknüpfungspunkten im Verbundgebiet mittels Fahrgastbefragungen Erhebungen an diesen Schnittstellen durchgeführt, um Erkenntnisse über das konkrete Mobilitätsverhalten der Fahrgäste zu generieren. Eng verknüpft mit dem Schienenpersonennahverkehr sind die PlusBus-Linien im Land Brandenburg. Mehrere neue Linien wurden mit der konzeptionellen Unterstützung der VBB GmbH im Jahr 2017 eingeführt.

Im Hinblick auf die kontinuierlich steigenden Fluggastzahlen an den Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld überprüfte die VBB GmbH auf Basis des von der Flughafengesellschaft vorgelegten BER-Masterplanes die Anbindungskonzeption des Großflughafens BER und des Flughafenumfeldes. Die Fortschreibung der Anbindungskonzeption erfolgt in enger Abstimmung mit den kommunalen

len Aufgabenträgern sowie den Ländern Berlin und Brandenburg. Die VBB GmbH unterstützt zudem die Weiterentwicklung des airportbezogenen Verkehrsinformationssystems (AIRVIS) zu einem multimodalen Kapazitätsmanagementsystem.

Die Angebotsplanung der VBB GmbH trägt des Weiteren den steigenden Pendlerzahlen in der Region Rechnung: Es wird untersucht, wie die öffentlichen Verkehre im Berliner Umland als Alternative zum motorisierten Individualverkehr gestärkt werden können. Darüber hinaus wurde die Konzeption bereits bestehender ÖPNV-Verbindungen zwischen Berlin und seinem Umland analysiert.

Die Arbeitsgruppe Barrierefreiheit nahm im Jahr 2017 ihre Arbeit auf, um ein einheitliches Vorgehen im Verbundgebiet in Bezug auf die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bis zum Jahr 2022 zu erreichen. Die VBB GmbH koordiniert die aus den Vertreter|innen der kommunalen Aufgabenträger bestehende Arbeitsgruppe.

- Fahrgastinformation:* Zur verbundweiten Umsetzung der Verfügbarkeit von Echtzeitdaten wurden die Leitsysteme verschiedener Verkehrsunternehmen sukzessive an die VBB-Datendrehscheibe angebunden. Zusätzlich wurde die Kopplung mit der Datendrehscheibe der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH umgesetzt. Ein Leitfaden für elektronisches Anschlussmanagement und konkrete Anforderungen an den Datenaustausch zwischen den Betriebsleitsystemen und der VBB-Datendrehscheibe wurden erstellt. Zur Verbesserung der Fahrgastinformation im Störfall wurden die Prozesse zur Übermittlung von Störungsinformationen der Verkehrsunternehmen in die VBB-Systeme vereinheitlicht und beschleunigt. Jedoch offenbarten die starken Stürme im Oktober 2017, die den öffentlichen Verkehr zeitweise zum Erliegen brachten, starke Defizite im Informationsmanagement der Verkehrsunternehmen. Die VBB GmbH setzt sich mit Nachdruck dafür ein, diese Defizite zu beheben. Indessen wurde die VBB-Fahrinfo-App aktualisiert, so dass die Fahrgäste die App besser an ihre persönlichen Ziele im Alltag anpassen können.

Im Tunnel des Bahnhofs Flughafen Berlin-Schönefeld wurden in Abstimmung mit der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH und mit Fluggesellschaften Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrgastinformation zum Ticketerwerb und zu Wegeketten in die Berliner Innenstadt sowie nach Potsdam umgesetzt, um lange Wartezeiten an den Fahrausweisautomaten zu vermeiden. Die S-Bahn Berlin GmbH installierte einen Verkaufcontainer im Tunnel, für den sich auch die VBB GmbH engagiert hat. Der VBB Bus & Bahn-Begleitservice ist unterstützend als Ansprechpartner im Tunnel tätig.

Es wurde begonnen, die Ergebnisse aus dem Projekt m4guide in die VBB-Fahrinfo zu übertragen. Ziel ist es, für Berlin und schrittweise auch für Brandenburg blinden und sehingeschränkten Fahrgästen ein durchgängiges Informations- und Navigationssystem für den öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen.

Zum weiteren Ausbau des bundesweiten Fahrplanauskunftsnetzwerkes DELFI (Durchgängige Elektronische FahrgastInformation) wurden im Projekt DELFIplus die Grundlagen geschaffen. Die Projektergebnisse wurden in die VBB-Fahrinfo eingepflegt.

Unter dem Titel „Colibri“ bzw. „Digital im Regio“ testeten VBB GmbH und DB zukunftsweisende Technologien für Eisenbahnfahrzeuge, wie z.B. verbesserte automatische Zählsysteme, deren Daten zur Ergänzung der Fahrgastinformation genutzt werden können, und ein WLAN-Angebot im Zug. Die getesteten Elemente wurden als Anforderungen für künftige SPNV-Ausschreibungen aufgenommen. Weitere Tests finden im Rahmen des Projektes ProTrain statt.

Der VBB Bus & Bahn-Begleitservice führte seine Arbeit im Jahr 2017 fort. Zur nachhaltigen Entwicklung der Personalakquise wurden Gespräche mit den Senatsverwaltungen für Integration, Arbeit und Soziales sowie Umwelt, Verkehr und Klimaschutz des Landes Berlin geführt.

Das Netzwerk Fahrgastsicherheit diskutierte Empfehlungen und Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV.
- Kommunikation:* Das Layout der Linien- und Streckenflyer im VBB sowie der Medien zur Tarifkommunikation wurde an das im Jahr 2016 überarbeitete Corporate Design der VBB GmbH angepasst und vereinheitlicht. Die Zielgruppenansprache erfolgte durch die Präsenz der VBB GmbH auf den Social-Media-Kanälen Twitter, Facebook und YouTube. Neu hinzugekommen ist die Plattform Instagram, die der Vermarktung des VBB-Freizeitickets dient. Des Weiteren organisierte die VBB GmbH mit regionalen Partnern vor Ort erneut mehrere Veranstaltungen der Reihe „48 Stunden“, um die verschiedenen Regionen Brandenburgs als Ausflugsziel in Verbindung mit dem ÖPNV vorzustellen. Kontinuierlich wird darüber hinaus die Abstimmung mit Verkehrsunternehmen zur VBB-Präsenz in deren Kundenmagazinen vorgenommen.

In Zusammenarbeit mit Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen erzielte das Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement der VBB GmbH folgende zentrale Ergebnisse:

- *ÖPNV-Konzept 2030/Projekt i2030:* Das ÖPNV-Konzept 2030, in dem die SPNV-Korridore im Land Brandenburg analysiert worden sind, wurde fertiggestellt und veröffentlicht. Zuvor wurden unter Federführung des brandenburgischen Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung Zwischenergebnisse mit den kommunalen Aufgabenträgern im Rahmen von vier Regionaldialogen diskutiert und Hinweise aufgenommen. Um an die Ergebnisse aus dem ÖPNV-Konzept 2030 anzuknüpfen, wurde das Folgeprojekt i2030 konzipiert. Ziel des Projektes ist es, die Schieneninfrastruktur für den im ÖPNV-Konzept 2030 identifizierten angebotsseitigen Handlungsbedarf voranzubringen. Der VBB GmbH kommt in diesem Projekt die koordinierende Rolle zwischen den verschiedenen Projektpartnern zu. Sie ist ebenfalls für die Öffentlichkeitsarbeit im Projekt verantwortlich.
- *Fahrrad & ÖPNV:* Das erfolgreiche Pilotprojekt Rad im Regio wurde evaluiert. Die Projektergebnisse wurden als Anforderungen für künftige SPNV-Ausschreibungen in die Vergabeunterlagen aufgenommen.
- *Kundenzufriedenheit:* Zur Sicherung der Vorgaben in den Verkehrsverträgen erfolgte die Erhebung der Kundenzufriedenheit im Regionalverkehr für das Jahr 2017.
- *Bestellung von Verkehrsleistungen:* Die fristgerechte Bestellung von Verkehrsleistungen für das Fahrplanjahr 2018 sowie der reibungslose Ablauf des Fahrplanwechsels im Dezember 2017 wurde mittels umfassender Abstimmungen mit allen Akteuren vorbereitet.
- *VBB-Qualitätsanalysen Netzzustand und Stationen:* Die VBB-Qualitätsanalyse Netzzustand sowie die VBB-Qualitätsanalyse Stationen wurden erstellt.
- *Durchführung von Vergabeverfahren:* Das Vergabeverfahren zum Netz Elbe-Spree – im Kern umfasst es die Linien des aktuellen Netzes Stadtbahn – wurde vorbereitet und im November 2017 gestartet. Im Vorfeld wurden die Regelungen in den Vergabeunterlagen überarbeitet und um zusätzliche Anforderungen – z.B. Elemente aus den Pilotprojekten Rad im Regio und Colibri/Digital im Regio – erweitert.
- Weiterhin wurden die Vorinformationen für die Vergabe des Netzes Lausitz und zur Anerkennung des VBB-Tarifbeschlusses im Fernverkehr veröffentlicht.
- Der Zuschlag im Netz Elbe-Altmark (RB34) wurde an die Hanseatische Eisenbahn GmbH erteilt. Die Leistungen der Linien RB66, RB91 und RB93 wurden an DB Regio AG vergeben.
- Im Zusammenhang mit den Vergabeverfahren zur S-Bahn Berlin wurde der Zuschlag für den direkt vergebenen Interimsvertrag für die Teilnetze Stadtbahn und Nord-Süd (SBI II) an die S-Bahn Berlin GmbH erteilt. Das wettbewerbliche Verfahren zur Vergabe der Teilnetze Stadtbahn und Nord-Süd wurde begonnen.
- *Pünktlichkeitsbilanzen:* Basierend auf den regelmäßigen Meldungen der Verkehrsunternehmen des Regional- und S-Bahn-Verkehrs fanden die Analyse und Auswertung der Kennziffern zur Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit statt. Die Verfügbarkeit von Aufzügen im Tarifgebiet Berlin ABC ist fester Bestandteil der monatlichen Bilanzen, die im Jahr 2017 in ein übersichtlicheres Format überführt wurden.
- *Beschlusskammerverfahren der Bundesnetzagentur:* Auf Initiative der VBB GmbH sind die Länder Berlin und Brandenburg zu verschiedenen Verfahren gegen die DB Station&Service AG und die DB Netz AG hinzugezogen worden. Inhalte waren u.a. die Stationspreise 2018, die Schienennetznutzungsbedingungen 2018 und die Trassenentgelte. Die VBB GmbH hat die Länder umfassend beraten und unterstützt.
- *Verkehre nach Polen:* Die im Jahr 2016 erfolgreich unter der Marke „Kulturzug“ initiierte Direktverbindung von Berlin in die polnische Metropole Breslau (Wrocław) wurde im Jahr 2017 fortgeführt. Der Kulturzug und sein einzigartiges Kulturprogramm sind mit dem Europäischen Kulturmarken-Award ausgezeichnet worden.

- Daneben gab es weiterhin Direktverbindungen von Berlin nach Stettin, Zielona Góra, Kostrzyn und Gorzów.
- *Vertragsmanagement:* Zur Gewährleistung der laufenden Qualitätskontrolle wurde im Rahmen der Vertragsdurchführung ein kontinuierlicher Austausch mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen geführt. Daneben war das Leistungs- und Finanzcontrolling maßgeblich.
- *VBB im FAHRGAST-Dialog:* Seit 2015 unterstützen 40 regelmäßige ÖPNV-Nutzer|innen aus Berlin und Brandenburg im VBB im FAHRGAST-Dialog die Arbeit der VBB GmbH und geben wichtige Hinweise zu aktuellen Entwicklungen im ÖPNV aus Fahrgastsicht. Die Mitglieder unterstützten das Qualitätsmanagement beispielsweise durch den Test neuer Entwicklungen sowie die Beobachtung ausgewählter Verkehrssituationen. Nach dem Ablauf von zwei Jahren wurde das Forum mit 20 neuen Mitgliedern besetzt.
- *Trainer/-innen im VBB:* Den Vertreter/-innen der Verkehrsunternehmen, die in ihren Unternehmen die Mitarbeiter|innen im VBB-Programm Kundenorientierung & Dienstleistungsqualität schulen, wurden regelmäßigen Fortbildungen durch die VBB GmbH angeboten. Diese Trainer/-innen werden so in die Lage versetzt, den Unternehmen eigene Weiterbildungen anzubieten.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die VBB GmbH bildet die Schnittstelle zwischen Verkehrsunternehmen, kommunalen Aufgabenträgern und politischen Akteuren der Länder Berlin und Brandenburg. Sie ist ein wichtiges Bindeglied und nimmt vor dem Hintergrund der derzeitigen verkehrs- und umweltpolitischen Herausforderungen – zu nennen sind hier z.B. Klimaschutz, Elektromobilität, Digitalisierung, wachsende Stadt und zunehmende Pendlerverkehre – eine besondere Position ein.

Umfangreich diskutiert werden derzeit klimapolitische Ziele im Sinne der Luftreinhaltung und damit einhergehend der Ausbau der Elektromobilität. Gerichte haben Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in deutschen Innenstädten geprüft, um die CO₂-Belastung zu reduzieren und die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen. Ein Ansatzpunkt ist hier u. a. der ÖPNV, der im Gegensatz zum motorisierten Individualverkehr oft schon elektrisch unterwegs ist und so eine echte Alternative darstellt. Wo auch im ÖPNV noch Dieselfahrzeuge eingesetzt werden, wie z.B. auf nicht elektrifizierten Eisenbahnstrecken, werden alternative Antriebstechnologien (z.B. Wasserstoff- und Brennstoffzellen) erfolgreich getestet. Durch die Gestaltung der Vorgaben in den Verkehrsverträgen für den Schienenpersonennahverkehr nimmt die VBB GmbH auf diesen Prozess aktiv steuernd Einfluss. Ihr fachliches Know-How nutzt sie zur Beratung von Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen.

Parallel verändert die Digitalisierung die Lebenswelt der Menschen nachhaltig. Dies spiegelt sich in der Erwartungshaltung von Fahrgästen wider: Fahrscheine für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sollen leicht über digitale Kanäle zu erwerben sein, zuverlässige Fahrgastinformationen sollen in Echtzeit minutengenaue Auskünfte zu Routen, Verspätungen, Anschlüssen und Alternativen aufzeigen. Daneben soll über die kostenfreie Verfügbarkeit von WLAN auch außerhalb von Ballungsräumen eine permanent stabile und leistungsfähige Internetverbindung zur Verfügung stehen. Die VBB GmbH hat die Aufgabe, sich dieser Themen anzunehmen und Lösungsmodelle zu konzipieren. Vielfach ist dies bereits gelungen: Tickets können im VBB als Handyticket erworben werden, Abonnements werden elektronisch als VBB-fahrCard ausgegeben. Echtzeitdaten werden in der Regel zuverlässig zentral für alle Verkehrsmittel im Verbund bereitgestellt. Der WLAN-Empfang in Zügen wird getestet. Weitere Entwicklungen werden unablässig angestoßen. Alles in allem leistet die VBB GmbH so einen wesentlichen Beitrag dazu, die Attraktivität des Systems ÖPNV weiter zu erhöhen und für die Zukunft zu rüsten. Auch im Rahmen der klimapolitischen Zielsetzungen ist dies von zentraler Bedeutung.

Die Hauptstadtregion wächst. Allein die Stadt Berlin verzeichnet einen Zuzug von jährlich rund 50.000 Menschen. Gleichzeitig hält das starke Bevölkerungswachstum in den Städten und Gemeinden des Berliner Umlands an. Dieses Wachstum führt auf der einen Seite zu einer Erhöhung des Verkehrsaufkommens in den Städten und bringt auf der anderen Seite eine Ausweitung der Pendleraktivität von und nach Berlin mit sich. Deshalb sind weitere kluge Konzepte zur Förderung der Mobilität in den Städten und zur Schaffung einer sicheren Basis für die Pendlerverkehre gefragt. Die VBB GmbH steht hier als kompetenter Partner zur Erarbeitung dieser Konzepte bereit und dient als Plattform für alle Akteure, um gemeinsame Ansätze zu diskutieren und schließlich umzusetzen.

Das im Jahr 2017 gestartete Projekt i2030 verdeutlicht den Erfolg dieses Ansatzes: Vertreter/-innen der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Deutschen Bahn AG agieren zusammen unter Koordination,

Vermittlung und fachlicher Begleitung der VBB GmbH, um gemeinsame Lösungen für den Ausbau der Infrastruktur in der Verbundregion voranzubringen.

Die tägliche Arbeit der VBB GmbH mit ihren Aufgaben z.B. in den Bereichen Tarif und Vertrieb, Fahrgastinformation, Planung sowie im SPNV-Management wirkt unmittelbar auf die Menschen in der Region und ihre Mobilität. Durch die aktive Gestaltung in diesen Themenfeldern leistet die VBB GmbH einen wichtigen Beitrag zu einer funktionstüchtigen und nachhaltigen Mobilität in Berlin und Brandenburg.

Folgende Themen sind Schwerpunkte der Arbeit im nächsten Jahr:

- *Tarif/Vertrieb:* Die Untersuchung der strukturellen Maßnahmen aus dem Jahr 2017 wird fortgesetzt und in das Tarifentwicklungsverfahren einfließen. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung wird die Weiterentwicklung des VBB-Tarifes hin zur Abbildung auf digitalen Medien ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Auch die gemeinsamen Grundsätze zum digitalen Vertrieb und der Umgang mit digitalen Vertriebskanälen werden weiter diskutiert. Zeitkarten werden als Handyticket angeboten.
- *Einnahmenaufteilung:* Die Einnahmenaufteilung für die Jahre 2016 und 2017 soll im Laufe des Jahres 2018 abgerechnet werden. Die Verkehrserhebung 2019 wird vorbereitet. Die Aufteilung der Einnahmen erfolgt nunmehr zeitnah zur erbrachten Leistung. Dies erhöht die Planungssicherheit der beteiligten Unternehmen.
Der im Jahr 2017 fortgeschriebene Einnahmenaufteilungsvertrag zwischen BVG, S-Bahn und DB Regio ist bis zum Ende des Jahres 2020 befristet. Über die weitere Fortschreibung ist im Jahr 2018 zu entscheiden. Die VBB GmbH begleitet die entsprechenden Verhandlungen zwischen den beteiligten Verkehrsunternehmen sowie den Ländern Berlin und Brandenburg.
- *Kommunikation:* Die zielgruppenspezifische Ausrichtung der Kommunikation, insbesondere über digitale Kommunikationskanäle wird fortgeführt und weiter intensiviert.
- *Planung:* Die Überprüfung der Anbindungskonzeption des Großflughafens BER und des Flughafenumfeldes wird fortgesetzt. Ferner wird die konzeptionelle Untersuchung der ÖPNV-Verbindungen zwischen dem Berliner Umland und der Stadt Berlin weitergeführt. Die Einführung neuer PlusBus-Linien sowie die Koordination der Arbeitsgruppe Barrierefreiheit werden fortgesetzt.
- *Fahrgastinformation:* Die VBB GmbH wirkt aktiv an der Weiterentwicklung des DELFI-Projektes mit. In nächsten Schritten soll der Ansatz „Hybrid-DELFI“, mit dem die bestehende DELFI-Systemarchitektur technologisch auf zukunftssichere Beine gestellt werden soll, weiter umgesetzt werden. Die Integration der im Rahmen des Projektes m4guide erarbeiteten blindegeeigneten Funktionalitäten in die VBB-Fahrinfo-App wird abgeschlossen. Das Routing in der VBB-Fahrinfo wird im Jahr 2018 verbessert, indem z.B. die Aufzugsverfügbarkeit künftig berücksichtigt wird. Das VBB-Fahrinfo-Angebot wird als Web-App neugestaltet und künftig auch multi- und intermodale Suchergebnisse beinhalten. Ein Wohn- und Mobilitätskostenrechner wird auf www.VBB.de zur Verfügung stehen. Zudem ist es Ziel, gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen darauf hinzuwirken, die Verfügbarkeit von Echtzeitdaten im Störfall zuverlässig zu gewährleisten.
- *Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement*
Projekt i2030: Die VBB GmbH koordiniert die Projektarbeit im Projekt i2030 und betreut die Öffentlichkeitsarbeit. Der Projekttitel i2030 wird als Marke etabliert.
Vergabeverfahren: Der Zuschlag im Vergabeverfahren Netz Elbe-Spree soll Ende des Jahres 2018 erteilt werden. Die Vergaben der Netze Lausitz und Prignitz werden begonnen. Die VBB GmbH wird die Vergabeverfahren zur S-Bahn Berlin weiterhin fachlich und organisatorisch begleiten. Die kontinuierlichen Arbeiten im Vertrags- und Qualitätsmanagement werden fortgeführt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2017	Betriebskostenzuschuss: 67*
	2016	Betriebskostenzuschuss: 67*
	2015	Betriebskostenzuschuss: 67*

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung zu Anschaffungskosten.

* Der Landkreis erhält die Mittel vom Land Brandenburg.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Freiheitstraße 120

15745 Wildau

Tel.: +49 (0) 3375 / 52 38 0

Fax: +49 (0) 3575 / 52 38 44

E-Mail: info@wfg-lds.de

www.wfg-lds.de, www.zlur.de



	2017	2016	2015
Stammkapital in EUR	738.000	738.000	738.000
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in EUR	738.000	738.000	738.000
Datum der Gründung	11.05.1992		
aktueller Gesellschaftsvertrag	12.12.2012		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Verbesserung der Struktur des Landkreises Dahme-Spreewald durch die Förderung der Wirtschaft, des Verkehrs, des Tourismus sowie der sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen</p> <p>Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung und der Verbesserung der gemeindlichen Infrastruktur zu beraten und zu unterstützen</p> <p>ansässige und ansiedelnde Unternehmen bei der Beschaffung von Grundstücken, Gebäuden, Krediten, Arbeitskräften, Wohnungen und Fördermitteln zu beraten und zu unterstützen</p> <p>Ansiedlung von Unternehmen und Existenzgründungen zu fördern</p> <p>Grundstücke zu erwerben, zu verpachten, zu erschließen und durch Verkauf oder in sonstiger Weise einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen</p> <p>Unternehmen des Tourismus bei der Werbung und Verbesserung der touristischen Einrichtungen zu unterstützen und dazu mit den Verbänden des Tourismus zusammenzuarbeiten</p> <p>sich an Gesellschaften oder Einrichtungen zu beteiligen oder Dienstleistungen für solche Gesellschaften oder Einrichtungen zu erbringen</p>		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerhard Janßen <u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Herr Stephan Loge <u>Abgeordnete des Kreistages:</u> Ludwig Scheetz Dr. Manfred Sternagel Dr. Michael Kuttner Angela Laugsch		<u>Prokurist:</u> Frau Marion Schirmer <u>Stellvertreter LDS:</u> Herr Wolfgang Starke (bis 03/2017) <u>Stellvertreter:</u> Sylvia Groth Georg Hanke Olaf Damm Falko Brandt

Bilanz der WFG mbH

Bilanz zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	26.858.819	27.647.488	29.154.157
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	10.101	13.966	223
II.	Sachanlagen	26.848.718	27.633.522	29.153.934
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	26.283.441	27.345.699	28.884.158
2.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	253.628	285.261	269.776
3.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	311.649	2.562	0
B.	Umlaufvermögen	5.341.093	2.876.541	3.831.685
I.	Vorräte	1.410.331	1.340.306	1.339.798
1.	Fertige Erzeugnisse und Waren	800.721	801.140	801.140
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	609.610	539.166	538.658
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.317.774	699.865	1.261.803
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	265.373	35.219	130.835
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.104	3.187	1.842
3.	Forderungen gegen Gesellschafter	2.945.324	660.734	1.121.271
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	102.973	725	7.855
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	612.988	836.370	1.230.084
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	69.225	8.809	55.944
	Bilanzsumme	32.269.137	30.532.837	33.041.786
Passiva				
A.	Eigenkapital	7.625.247	4.770.067	4.520.741
I.	Gezeichnetes Kapital	738.000	738.000	738.000
II.	Kapitalrücklage	5.119.136	2.619.136	2.619.136
III.	Gewinnvortrag	1.412.931	1.163.605	808.602
IV.	Jahresüberschuss	355.181	249.326	355.004
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	14.378.166	15.137.519	15.822.805
C.	Rückstellungen	212.761	207.405	227.685
1.	Sonstige Rückstellungen	212.761	207.405	227.685
D.	Verbindlichkeiten	9.968.958	10.381.670	12.466.495
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.881.703	9.458.743	10.028.638
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	501.773	460.583	1.886.487
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	194.875	129.391	222.487
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.999	0	0
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0	7.317	0
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	387.608	325.636	328.883
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	84.004	36.177	3.988
	Bilanzsumme	32.269.137	30.532.837	33.041.714

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Sachanlagevermögen verringerte sich aufgrund von Abschreibungen um 3 % im Vergleich zum Vorjahr auf einen Wert von 26.848 TEUR. Dies entsprach ca. 83 % des Gesamtvermögens. Das Sachanlagevermögen setzt sich aus den Technologiezentren I, II, III und dessen Grundstücke und Außenanlagen zusammen. Das ZLR IV zählt aufgrund dessen Veräußerung nicht mehr zum Anlagevermögen. Das Sachanlagevermögen beinhaltet auch die aktivierten Werte für das im Bau befindliche Zentrum für Zukunftstechnologien (ZFZ).

Die Erhöhung des Umlaufvermögens um 88 % im Vergleich zum Vorjahr auf einen Wert von 5.341 TEUR (VJ 2.876 TEUR) ist auf die gestiegenen Forderungen gegen Gesellschafter (2.945 TEUR; VJ 661 EUR) zurückzuführen. Diese Position beinhaltet im Wesentlichen Forderungen aus dem Cash Pool mit dem Landkreis Dahme-Spreewald.

Der Kassenbestand verringerte sich um 27 % auf 613 TEUR (VJ 836 TEUR). Der Rückgang basiert im Wesentlichen auf einer Verschiebung der liquiden Mittel auf das Cash Pool Konto des Landkreises, welche als Forderung gegen Gesellschafter auszuweisen sind. Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Die Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 2.945 TEUR (VJ 661 TEUR) betreffen Finanzmittel der WFG mbH, welche dem Cash-Pool-Vertrag mit dem Landkreis Dahme-Spreewald zuzuordnen sind. Der Ausgleich der Forderungen erfolgt sukzessive und richtet sich nach dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft. Der Anstieg um 346 % gegenüber dem Vorjahr ist auf die im Geschäftsjahr vorgenommene Kapitalerhöhung des Gesellschafters in Höhe von 2.500 TEUR zurückzuführen.

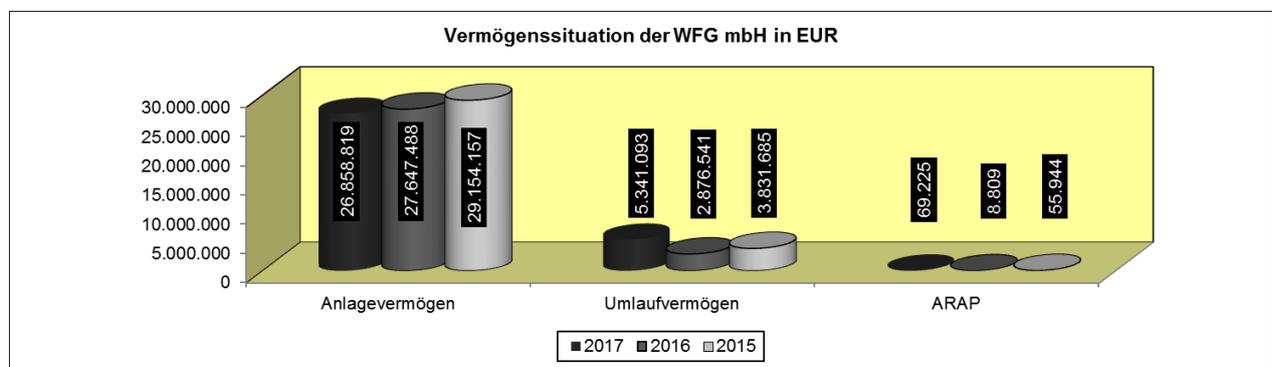
In diesem Zusammenhang erhöhte sich auch das Eigenkapital der Gesellschaft. Unter hälftiger Anrechnung des Sonderposten für Investitionszuschüsse stieg das Eigenkapital auf 14.814 TEUR (VJ 12.339 TEUR) an. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wurde im Geschäftsjahr planmäßig aufgelöst und belief sich zum Bilanzstichtag auf 14.378 TEUR (VJ 15.138 TEUR).

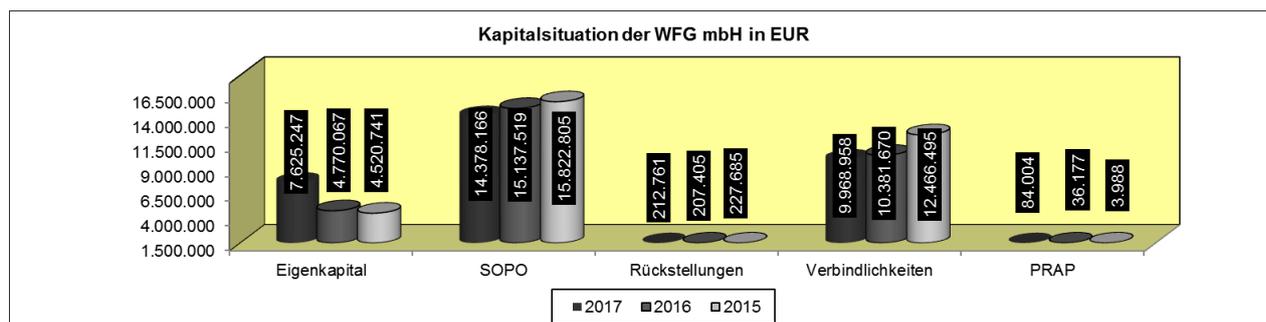
Das Fremdkapital der WFG mbH reduzierte sich um ca. 4 % zum Vorjahr auf 17.455 TEUR (VJ 18.194 TEUR). Wesentliche Veränderungen waren bei den Lieferantenverbindlichkeiten von + 51 % (VJ - 42,2 %) zu verzeichnen.

Die Rückstellungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 3 % auf einen Wert von 213 TEUR (VJ 207 TEUR) und lagen damit auf dem Vorjahresniveau.

Die gesamten Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich auf einen Wert in Höhe von 9.969 TEUR (VJ 10.382). Der Großteil der Verbindlichkeiten war den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zuzuordnen. Durch die planmäßige Tilgung der Kredite in Höhe von 585 TEUR konnten diese Verbindlichkeiten auf 8.882 TEUR (VJ 9.459 TEUR) reduziert werden.

Die Bilanzsumme betrug zum Bilanzstichtag 32.269 TEUR (VJ 30.533 TEUR) und lag damit um ca. 6 % über dem Vorjahreswert.





Gewinn- und Verlustrechnung der WFG mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Umsatzerlöse	2.538.619	2.326.162	2.810.059
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	70.444	508	-92.088
3.	Sonstige betriebliche Erträge	1.190.776	1.389.269	1.292.630
4.	Materialaufwand	-751.270	-650.466	-843.481
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-170.226	-157.866	-304.136
	b) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-581.044	-492.599	-539.344
5.	Personalaufwand	-730.268	-698.437	-644.200
	a) Löhne und Gehälter	-599.508	-580.440	-529.413
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-130.760	-117.996	-114.787
6.	Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.305.792	-1.300.734	-1.319.210
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-410.471	-570.514	-572.898
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	602.038	495.790	630.812
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	195	290	1.002
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-177.139	-186.668	-216.251
11.	Finanzergebnis	-176.944	-186.379	-215.249
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13.	Ergebnis nach Steuern	425.094	309.411	415.563
14.	Sonstige Steuern	-69.913	-60.086	-60.559
15.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	355.181	249.326	355.004

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 355 TEUR ab. Dies entspricht einer Ergebnissteigerung gegenüber dem Vorjahr um 43 % bzw. 106 TEUR. Ursächlich dafür waren gesteigerte Umsatzerlöse bei nahezu konstantem betrieblichem Aufwand.

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 2.539 TEUR (VJ 2.326 TEUR) und konnten somit um 9 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Trotz Verkauf des ZLR IV in 2016 befand sich die Gesamtleistung auf dem Niveau des Jahres 2015. Die Durchschnittsvermietung der Technologiezentren lag bei 98 % (VJ 97 %). Die Umsatzerlöse aus Arbeitsmarktprojekten erhöhten sich leicht um ca. 5 % auf 322 TEUR (VJ 306 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf 1.191 TEUR und lagen damit um 198 TEUR unter dem Vorjahreswert. Der Vorjahreswert war allerdings durch den Erlös aus dem Verkauf des ZLR IV (242 TEUR) geprägt. Bereinigt um diesen Einmaleffekt waren die sonstigen betrieblichen Erträge stabil. Darin enthalten waren auch die Erträge aus der anteiligen Auflösung des Sonderpostens (685 TEUR) und der Betriebskostenzuschuss des Gesellschafters in Höhe von 475 TEUR (VJ 450 TEUR).

Dem Anstieg der Umsatzerlöse stand kein gesteigerter betrieblicher Aufwand gegenüber. Dieser fiel im Vergleich zum Vorjahr sogar um 11 TEUR niedriger aus und belief sich auf 2.770 TEUR (VJ 2.781 TEUR). Der darin enthaltene Materialaufwand für die Durchführung der Arbeitsmarktprojekte und die Hausbewirtschaftung erhöhte sich zwar um 16 % gegenüber dem Vorjahr. Allerdings konnten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen insbesondere durch verminderte Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen und Fremdarbeiten um 25 % auf 410 TEUR (VJ 571 TEUR) gesenkt werden. Der Personalaufwand stieg bei gleichbleibendem Personalbestand tarifbedingt auf 730 TEUR (VJ 698 TEUR) an.

Der gesamte Abschreibungsaufwand war mit 1.306 TEUR (VJ 1.301 TEUR) nahezu konstant und beinhaltete planmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen.

Das ordentliche Betriebsergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um 135 TEUR auf 602 TEUR (VJ 496 TEUR).

Das Finanzergebnis konnte aufgrund verminderter Zinsaufwendungen um 10 TEUR auf -177 TEUR (VJ -187 TEUR) verbessert werden.

Das Unternehmen erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von 355 TEUR (VJ 249 TEUR), was einer Umsatzrendite von 13,5 % (VJ 11 %) entspricht.

Analysedaten

Die Anlagenintensität war mit 83 % aufgrund der hohen Kapitalbindung durch die Zentren für Luft- und Raumfahrt weiterhin sehr hoch, wodurch Liquiditätsengpässe möglich sein könnten. Da es sich hierbei um langfristig gebundenes Vermögen handelt, sollte dieses auch langfristig finanziert sein. Unter Anrechnung des hälftigen Sonderposten beträgt die Eigenkapitalquote 68 %.

Die Anlagendeckung konnte weiterhin als stabil bewertet werden. Die Anlagendeckung von 113 % zeigte deutlich, dass das Anlagevermögen langfristig finanziert ist.

Die Zinsaufwandsquote konnte im Vergleich zum Vorjahr von 8 % auf 7 % leicht abgesenkt werden. Dies ist auf die gestiegenen Umsatzerlöse bei gleichzeitig reduziertem Zinsaufwand zurückzuführen.

Durch den deutlichen Anstieg der Forderungen gegen Gesellschafter aufgrund des mit dem Landkreis bestehenden Cash-Pooling konnte die Liquidität 3. Grades erheblich gegenüber dem Vorjahr auf 271 % (VJ 165 %) gesteigert werden.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 1.550 TEUR auf 1.661 TEUR verbessert. Diese Entwicklung ist auf die gesteigerte Gesamtleistung sowie auf einen bilanziellen Sondereffekt, resultierend aus der Kapitalerhöhung für die Errichtung des ZFZ, zurückzuführen.

Die Eigen- und Gesamtkapitalrentabilität blieb im Vergleich zum Vorjahr mit 5 % bzw. 2 % auf gleichem Niveau.

Die Personalaufwandsquote erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig von 21 % auf 22 %, dabei konnte die höhere Gesamtleistung die leicht erhöhten Personalaufwendungen nicht kompensieren.

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	83%	91 %	88%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	24%	16 %	14%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	68%	65 %	62%
Eigenkapitalquote (mit 50 % Sonderposten)	46%	40 %	38%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	113%	104 %	102%
Zinsaufwandsquote	7%	8 %	8%
Liquidität 3. Grades	271%	165 %	118%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	1.661 TEUR	1.550 TEUR	1.674 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität (ohne Sonderposten)	5%	5 %	8%
Eigenkapitalrentabilität (mit Sonderposten)	2%	1 %	2%
Gesamtkapitalrentabilität	2%	1 %	2%
Umsatzerlöse	2.539 TEUR	2.326 TEUR	2.810 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	3.325 TEUR	3.266 TEUR	3.561 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	355 TEUR	249 TEUR	355 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote	22 %	21 %	18%
Anzahl der Mitarbeiter	10	10	10

Geschäftsverlauf 2017

Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 355 TEUR (VJ 249 TEUR) erreicht. Dies entspricht einer Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr um 106 TEUR. Ursächlich für diese Entwicklung waren erhöhte Mieteinnahmen und damit verbundene Steigerungen der Einnahmen aus Betriebskosten, Erlöse aus der Ablösung der Zweckbindung von Teilflächen im ZLR I sowie auf Folgejahre verschobene Reparaturarbeiten für das Wärmeverbundsystem am ZLR I.

Die gesamten Umsatzerlöse beliefen sich auf 2.539 TEUR (VJ 2.326 TEUR). Gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einer Steigerung von 9 %. Aufgrund der hohen Nachfrage an Mietraum lag die Durchschnittsvermietung der Technologiezentren bei 98 %.

Das Vermögen der WFG mbH erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.736 TEUR auf 32.269 TEUR (VJ 30.533 TEUR). Dabei verringerte sich das Anlagevermögen der Gesellschaft, welches durch die Technologiezentren geprägt ist, um 785 TEUR auf 26.849 TEUR. Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 2.465 TEUR auf 5.341 TEUR (VJ 2.876 TEUR) insbesondere aufgrund der erhöhten Forderungen gegen Gesellschafter (cash pooling). Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Auswirkungen auf die Liquidität könnten sich aus dem Rückzahlungsrisiko von Fördermitteln durch die mit der Fördersystematik zum ZLR III verbundene „Einnahmeschaffende Infrastruktur“ ergeben. Ebenso könnten eventuelle Erstattungsansprüche von Anschlussbeiträgen für veräußerte Liegenschaften im Gewerbegebiet Alteno die Liquidität belasten.

Das Eigenkapital belief sich unter Berücksichtigung des hälftigen Sonderpostens auf 14.814 TEUR (VJ 12.339 TEUR) bzw. 46 % (VJ 41 %) der Bilanzsumme. Der Anstieg ist primär auf die im Geschäftsjahr vorgenommene Kapitalerhöhung des Gesellschafters in Höhe von 2.500 TEUR zurückzuführen.

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von 523 TEUR (VJ 703 TEUR) getätigt. Diese Summe verteilt sich im Wesentlichen auf die ersten Abschlagsrechnungen des Generalplaners für das zu errichtende Zentrum für Zukunftstechnologien (ZFZ) (309 TEUR) sowie auf die Erweiterung und Anpassung der Klimatechnik in Hallen und Serverräumen im ZLR III in Höhe von 170 TEUR.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die von der WFG mbH betriebenen Technologiezentren stellen durch die Schaffung von High-Tech Arbeitsplätzen und der hohen Internationalisierung eine bedeutende Rolle auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt des Landkreises Dahme-Spreewald dar. Das Wildauer Ensemble hat sich mit dem Erweiterungsbau des ZLR III zu einem der größten kompakten Technologiestandorte in Brandenburg entwickelt. Die dort ansässigen Firmen beschäftigen mittlerweile ca. 700 hochqualifizierte Mitarbeiter. Die Auslastungsquote der Zentren im Geschäftsjahr 2017 befindet sich mit 98 % weiterhin auf hohem Niveau.

Aufgrund der hohen Auslastungsquote der Objekte und der förderrechtlich begrenzten Verweildauer in den Technologiezentren sind im Geschäftsjahr 2017 die Vorbereitungen für ein weiteres, fördermittelfreies Technologiezentrum (ZFZ) auf dem Wildauer Schwermaschinenbaugelände fortgesetzt worden.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2016 erwarb die WFG mbH die relevante Liegenschaft auf dem Schwermaschinenbaugelände. Der Kreistag Dahme-Spreewald hat mit seinem Beschluss zur Kapitalerhöhung und Übernahme einer Bürgschaft seine Finanzierungszusage erteilt.

Im Januar 2018 ist der Bauantrag eingereicht worden; Spatenstich soll im Oktober 2018 erfolgen. Die weitere Planung zur Umsetzung des Bauvorhabens wurde unter der Maßgabe einer vertraglich abgesicherten Vermietung von 41 % und Verhandlungen mit weiteren ernsthaften Mietinteressenten beauftragt. Die Fertigstellung des Baus ist für Mitte 2020 geplant. Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich nach der vorliegenden Kostenberechnung mit einer Varianz von 10 % auf 20,65 Mio EUR.

Anhand der vorliegenden Erfahrung ist zu erwarten, dass ein auskömmlicher Vermietungsstand; d.h. von mind. 80 % im ZFZ erst nach 2 – 3 Jahren erreicht sein wird. Parallel dazu wird auch für das ZLR III in den Jahren 2020 ff. eine deutlich geringere Vermietungsquote erwartet. Begründet ist dieses Risiko dadurch, dass aufgrund des Ablaufens der förderrechtlich-zulässigen Verweildauer mehrere Mieter das ZLR III verlassen und als Ankermieter in das ZFZ einziehen. Mögliche positive Effekte könnten durch die Eröffnung des BER entstehen.

Mit dem Betrieb der bestehenden Technologiezentren sind aktuelle und mittelfristige Chancen und Risiken verbunden, die sich auf die einzelnen Häuser wie folgt verteilen:

Das größte Risiko für das ZLR I war bislang der weitere Verbleib des mit Abstand größten Mieters des Hauses, die AneCom AeroTest GmbH, über Oktober 2017 hinaus. Wider Erwarten konnte mit der Zustimmung des Landes Brandenburg der Mietvertrag mit der AneCom AeroTest GmbH über die festgelegte 8-Jahres-Nutzung hinaus, bis Oktober 2019 verlängert werden. Für eine Verlängerung des Vertrages bis zum Ende der 15-jährigen Bindefrist des ZLR I am 31.03.2020 und darüber hinaus sind Fördermittel in Höhe von 230 TEUR an das Land Brandenburg zu leisten. Die Finanzierung der Mittelrückführung ist zwischen der WFG mbH und der AneCom AeroTest GmbH abzustimmen.

Nach erfolgreichem Abschluss des Klageverfahrens über die Mängelbeseitigung am Wärmeverbundsystem der Gebäudefassade im Innenhof des ZLR I ist die Reparatur durchzuführen. Allerdings besteht keine unmittelbare Notwendigkeit und aufgrund personeller Engpässe bei der WFG mbH wurde die Maßnahme bislang nicht umgesetzt. Die Durchführung wird voraussichtlich 2019 bzw. 2020 erfolgen. Die Kosten in Höhe von 240 TEUR sind im Wirtschaftsplan 2019/2020 zu berücksichtigen.

Der mit der Fa. Condor abgeschlossene Mietvertrag über die Nutzung des ZLR II verlängerte sich über den 31.05.2017 hinaus, da keine Kündigung erfolgte. Unter der Maßgabe, dass die Condor den Technikstandort Berlin voraussichtlich aufgibt, sucht die WFG mbH alternative Mietinteressenten.

Obwohl die Mieteinnahmen des ZLR III die Planwerte übersteigen, ist derzeit nicht von Rückzahlungsansprüchen seitens des Fördermittelgebers auszugehen. Das Verfahren erfolgt in jährlichen Abständen bis 2019, so dass bis zu diesem Zeitpunkt Rückzahlungsansprüche möglich sein könnten.

Seit April 2015 ist ein Klageverfahren beim Landgericht Cottbus über die Erstattung der zusätzlichen Anschlussbeiträge gegenüber der Wolffkran GmbH anhängig. Der Streitwert beläuft sich auf 250 TEUR. Mit Abschluss des ersten Prozesstermins im April 2016 ist das Verfahren im gegenseitigen Einvernehmen ruhend gestellt worden. In der Zwischenzeit verabredete die Wolffkran GmbH für die Inanspruchnahme durch den TAZV höhere laufende Wassergebühren, so dass das Risiko der Inanspruchnahme der WFG mbH auf Erstattung der Erschließungsbeiträge nicht mehr besteht. Bei dem für November 2018 einberufenen gerichtlichen Termin wird voraussichtlich nur noch ein gerichtlicher Vergleichsvorschlag zur anteiligen Übernahme der Wolffkran Anwaltskosten vorgelegt.

Mangels eindeutiger Rechtsprechung zur Bewertung von Erstattungsansprüchen und Inanspruchnahme besteht das Risiko möglicher Regressforderungen anderer Grundstückseigentümer, die Flächen mit verringerten Anschlussbeiträgen von der WFG mbH erworben haben, fort.

Die im Jahr 2014 erfolgte interne Neuorganisation des Geschäftsbereiches Arbeitsmarktprojekte hat sich bewährt. In Anbetracht der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,7 % im Jahr 2017 und den Prognosen für den Arbeitsmarkt in der Region zeigt sich zunehmend, dass die Gewinnung von qualifizierten Arbeitskräften ständig schwieriger wird, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu stärken. Vor diesem Hintergrund gilt es attraktive Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes zu schaffen, die Integration von Flüchtlingen und möglicherweise die Anwerbung von in- und ausländischen Mitarbeitern zu fördern. Gegebenenfalls sind die Anstrengungen mit weiteren Haushaltsmitteln des Landkreises und der Kommunen zu unterstützen.

Zukünftig wird sich die WFG mbH auch mit der Flughafenumfeldentwicklung auseinandersetzen. Es ist davon auszugehen, dass mit der Benennung des Eröffnungstermins des BER im Herbst 2020 sich zunehmend Unternehmen mit den Rahmenbedingungen für eine Ansiedlung befassen werden. Anlehnend an die Auffassung der Landespolitik die Umfeldentwicklung und -vermarktung neu zu organisieren, forciert die WFG mbH eine gebündelte Vermarktung der Standorte im Flughafenumfeld durch die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften auf Brandenburger und Berliner Seite sowie durch die privaten Grundstücksgesellschaften. Für ein erfolgreiches Marketing werden möglicherweise weitere Mittel des Landkreises bzw. auch der Kommunen benötigt werden.

Mitentscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung im Süden des Landkreises ist die Stärkung der Tourismusbranche. Zur Steigerung des wirtschaftlichen Erfolgs von touristischen Großeinrichtungen, wie Tropical Islands, ist die Etablierung weiterer touristischer Großeinrichtungen im Umfeld sowie weiterer attraktiver zusätzlicher Angebote sinnvoll. Die WFG mbH wird sich daher auch in den Folgejahren für die

Entwicklung und Akquise einer weiteren touristischen Großeinrichtung in Zusammenarbeit mit den Kommunen einsetzen.

Im Norden des Landkreises verstetigt sich zunehmend um das Schönefelder Kreuz ein Gewerbeflächenengpass bei Grundstücken zwischen 2.000 und 10.000 m². Vor diesem Hintergrund konnten die Nachfragen an kleinteiligen Flächen für dort bereits ansässige Firmen in 2017 nicht mehr bedient werden. Die WFG mbH wird daher eine Gesamtuntersuchung der Bedarfssituation in Auftrag geben. Daran anknüpfend könnte die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Flächenankäufe und Erschließungsmaßnahmen bei einer grundsätzlichen Förderfähigkeit durch EFRE Mittel des Landes Brandenburg bis 2020 erforderlich werden.

Bei allen Tätigkeiten der WFG mbH ist zu bedenken, dass die aktuelle Förderperiode der Europäischen Union (EFRE und ESF) mit Ablauf des Jahres 2020 endet. Vor diesem Hintergrund gilt es, neben der intensiven Nutzung der Fördermöglichkeiten weitere Finanzierungsquellen zu erschließen, die gewährleisten, dass auch nach 2020 eine effiziente Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung im Landkreis Dahme-Spreewald auf gleichem Niveau gewährleistet ist.

Mit der gegenüber dem Landkreis getätigten Fördermittelzusage des Bundes und Landes in Höhe von 15,7 Mio. EUR können die in 2016 begonnenen Aktivitäten der WFG mbH zum Breitbandausbau vorangetrieben werden. Mit dem Kreistagsbeschluss vom 30.04.2016 bewilligte der Landkreis die erforderlichen Eigenmittel i.H.v 1,7 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr wurde der Vertrag mit dem Bestbieter des Vergabeverfahrens endverhandelt. Der Abschluss des Vertrages konnte jedoch aufgrund umfangreicher Prüfungen und Vergabevorschriften noch nicht erfolgen; ebenso ist der endgültige Zuwendungsbescheid ausstehend. Die WFG mbH setzt mit Wirkung vom 01.01.2017 die Aufgaben des Breitbandausbaus im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages mit dem Landkreis bis voraussichtlich Ende 2020 um.

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2017 sind keine Geschäftsvorfälle eingetreten, die eine wesentliche Auswirkung auf den Geschäftsverlauf gehabt hätten. Für 2018 wird von einer gleichbleibenden Entwicklung des Vermietungs- und Projektgeschäftes ausgegangen und mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	2.500
	2016	0
	2015	0
	2014	752
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
	Bürgschaftserklärung gegenüber der MBS im Jahr 2009 Stand 31.12.2017: 5,6 TEUR	
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2017	475 Betriebskostenzuschuss 0,3 Kleinkreditprogramm 34 Dienstleistung Breitband 57 Start to fly 40 Start to green 49 Start to health (Berufsfrühorientierung)
	2016	450 Betriebskostenzuschuss 0,1 Kleinkreditprogramm 51 Start to fly 34 Start to green 46 Start to health (Berufsfrühorientierung)
	2015	450 Betriebskostenzuschuss 1 Kleinkreditprogramm 45 Start to fly 32 Start to green 42 Start to health (Berufsfrühorientierung)

Ab Oktober 2011 erfolgte in halbjährlichen Raten i. H. v. 103 TEUR die Tilgung des Ratendarlehens von insgesamt 3.718 TEUR gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg. Der Landkreis Dahme-Spreewald stellte die Tilgung sicher. Die Tilgungsraten wurden von der WFG mbH eingezogen.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der WFG mbH.

Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH

Freiheitstraße 124-126

15745 Wildau

Tel.: +(49) (0) 3375 / 52 38 0

Fax: +(49) (0) 3375 / 52 38 44

E-Mail: kontakt@tgz-wildau.de

www.tgz-wildau.de



	2017	2016	2015
Stammkapital in EUR	51.200	51.200	51.200
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in EUR	51.200	51.200	51.200
Datum der Gründung	22.12.1994		
Aktueller Gesellschaftsvertrag	25.11.2014		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Betrieb eines Technologie-, Innovations- und Gründerzentrums mit dem Ziel, vor allem innovations- und technologieorientierten Unternehmen Unterstützung und günstige Bedingungen für die Unternehmensgründung und Ansiedlung zu bieten</p> <p>Vermietung bzw. Verpachtung entsprechender Räume an technologie- und innovationsorientierte Unternehmen</p> <p>Errichtung und Betrieb von zentralen Serviceeinrichtungen für die Mieter</p> <p>Betreuung der Mieter durch Informationen über Unternehmensplanung (Technologie-, Finanzierungs- und Marketingberatung) sowie Vermittlung von Kontakten und Kooperationen</p> <p>Akquise finanzieller Mittel für wichtige Projekte der Wirtschafts-, Arbeits- und Technologieförderung</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerhard Janßen</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Herr Stephan Loge</p> <p><u>Abgeordnete des Kreistages:</u> Ludwig Scheetz Dr. Manfred Sternagel Dr. Michael Kuttner Angela Lausch</p>		<p><u>Stellvertreter LDS:</u> Herr Wolfgang Starke (bis 03/2017)</p> <p><u>Stellvertreter:</u> Sylvia Groth Georg Hanke Olaf Damm Falko Brandt</p>

Bilanz der TGZ Wildau GmbH

Bilanz zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	1.455.210	1.672.355	1.886.806
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II.	Sachanlagen	1.445.210	1.672.355	1.886.806
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	1.448.430	1.660.223	1.872.016
2.	Technische Anlagen und Maschinen	2.126	6.727	7.907
3.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.654	5.405	6.883
B.	Umlaufvermögen	300.719	216.800	221.638
I.	Vorräte	136.136	124.371	120.722
1.	Unfertige Leistungen	136.136	124.371	120.722
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.674	22.492	48.015
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	36.743	8.895	40.337
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	2.931	13.597	7.677
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	124.909	69.936	52.901
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	12.282	12.015	11.815
	Bilanzsumme	1.768.212	1.901.170	2.120.258
Passiva				
A.	Eigenkapital	312.925	248.517	235.203
I.	Gezeichnetes Kapital	51.200	51.200	51.200
II.	Kapitalrücklage	105.671	105.671	105.671
III.	Gewinnvortrag	91.646	78.333	65.375
IV.	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	64.408	13.313	12.958
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	618.016	740.396	862.775
C.	Rückstellungen	48.472	40.592	37.304
1.	Steuerrückstellungen	5.003	250	5.307
2.	Sonstige Rückstellungen	43.468	40.343	31.997
D.	Verbindlichkeiten	788.799	871.665	984.976
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	637.332	739.943	839.787
2.	Erhaltene Anzahlungen	120.634	103.670	106.264
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.819	10.132	23.976
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	7.014	17.919	14.949
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	1.768.212	1.901.170	2.120.258

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Bilanz der TGZ Wildau GmbH war auch im Berichtsjahr 2017 durch hohes gebundenes Anlagevermögen gekennzeichnet. Gemessen an der Bilanzsumme betrug der Anteil des Anlagevermögens 82 %. Bedingt durch die planmäßigen Abschreibungen reduzierte sich das Anlagevermögen auf 1.455 TEUR (VJ 1.672 TEUR).

Die unter Vorräte untergeordnete Position „unfertige Leistungen“ beinhalten die umlagefähigen Betriebskosten, die im Folgejahr mit den Mietern endabgerechnet werden. Mit 136 TEUR beliefen sich die Vorräte leicht über dem Vorjahreswert (124 TEUR).

Der Forderungsbestand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich von 22 TEUR auf 40 TEUR. Darin enthaltene Lieferforderungen (37 TEUR) beziehen sich auf Betriebskostenabrechnungen für das Jahr 2016, welche im IV. Quartal 2017 gestellt wurden.

Der Kassenbestand erhöhte sich im Geschäftsjahr aufgrund gestiegener Einnahmen um 79 % auf 125 TEUR (VJ 70 TEUR).

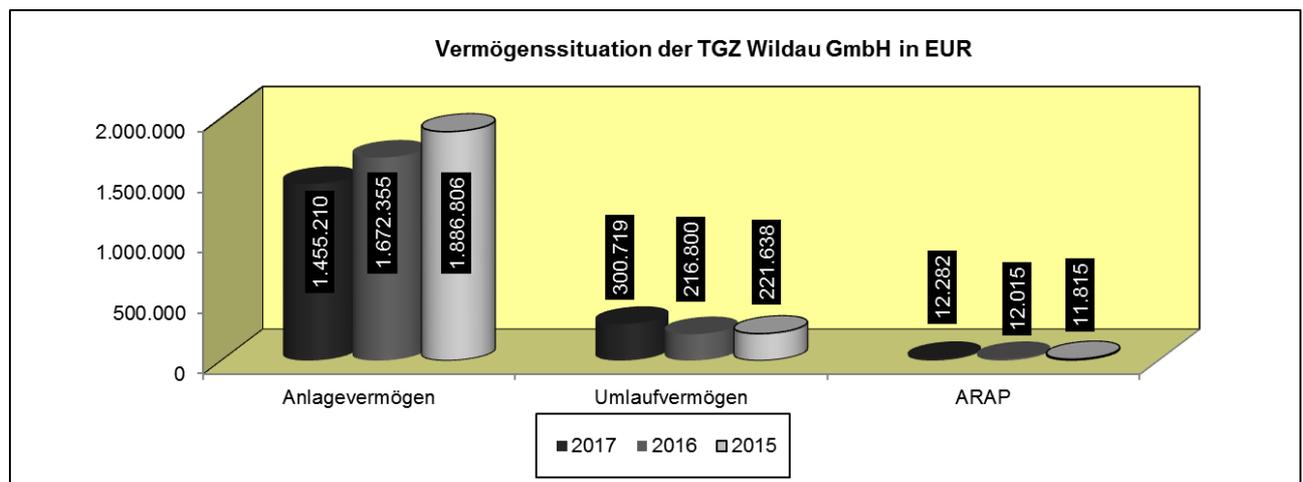
Insgesamt erhöhte sich das Umlaufvermögen gegenüber dem Vorjahr um 39 % auf 301 TEUR (VJ 217 TEUR).

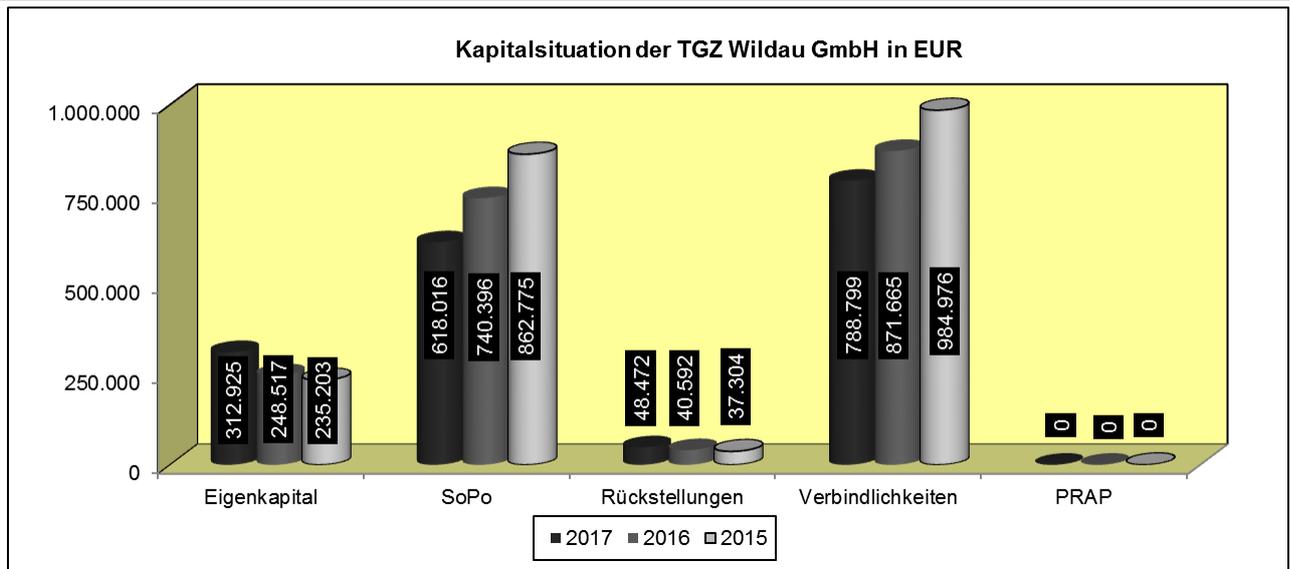
Das Eigenkapital konnte aufgrund des um 13 TEUR gestiegenen Gewinnvortrags und dem in 2017 erzielten Jahresüberschuss in Höhe von 64 TEUR gestärkt werden. Zum Bilanzstichtag belief es sich auf 313 TEUR (VJ 249 TEUR). Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage blieben konstant gegenüber dem Vorjahr. Unter Berücksichtigung des hälftigen Sonderpostens, der Eigenkapitalcharakter hat, ergab sich für 2017 eine Eigenkapitalquote von 35 % (VJ 33 %). Die Erhöhung ist auf die überproportionale Veränderung des Fremdkapitals zurückzuführen.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse verringerte sich analog der anteiligen Abschreibungen des TGZ-Gebäudes planmäßig um 122 TEUR. Zum Bilanzstichtag betrug dieser 618 TEUR.

Die Rückstellungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig von 41 TEUR auf 48 TEUR und setzten sich im Wesentlichen aus Rückstellungen für Prozesskosten (20 TEUR), Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten (10 TEUR) und für Archivierungskosten (9,8 TEUR) zusammen.

Die Verbindlichkeiten beliefen sich insgesamt auf 789 TEUR (VJ 872 TEUR). Ein Großteil davon entfällt auf die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 637 TEUR. Durch die Bedienung des Kapitaldienstes reduzierten sich diese im Berichtsjahr um 103 TEUR. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten und übrige Verbindlichkeiten beliefen sich auf 153 TEUR (VJ 132 TEUR).





Gewinn- und Verlustrechnung der TGZ Wildau GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Umsatzerlöse	505.162	404.164	401.893
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	11.765	3.649	-8.305
3.	sonstige betriebliche Erträge	122.785	129.319	128.650
4.	Materialaufwand	-125.245	-130.582	-126.969
5.	Personalaufwand	-70.902	0	0
	a) Löhne und Gehälter	-58.042	0	0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-12.860	0	0
6.	Abschreibungen	-215.297	-215.454	-210.695
	a) Abschreibungen auf imm. VG und Sachanlagen	-215.297	-215.454	-210.695
	b) außerplanmäßige Abschreibungen auf Vermögensgegenstände und Sachanlagen	0	0	0
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-132.643	-141.920	-132.673
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	95.625	49.176	51.901
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	15	64
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-24.636	-29.292	-32.421
11.	Finanzergebnis	-24.629	-29.277	-32.357
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	1	0
13.	Ergebnis nach Steuern	70.995	19.901	19.544
14.	Sonstige Steuern	-6.587	-6.587	-6.587
15.	Jahresergebnis	64.408	13.313	12.958

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Berichtsjahr auf 505 TEUR (VJ 404 TEUR) und lagen damit um 25 % über dem Vorjahreswert. Die Durchschnittsvermietung konnte im Vergleich zum Vorjahr erneut von 90 % auf 97 % gesteigert werden.

Sonstige betriebliche Erträge stammen im Wesentlichen aus der ertragswirksamen Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen im Wert von 123 TEUR.

Der Materialaufwand in Höhe von 125 TEUR beinhaltet die bezogenen Leistungen (Betriebskosten) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (130 TEUR) geringfügig vermindert.

Die Abschreibungen in Höhe von 215 TEUR entsprachen dem Vorjahreswert (215 TEUR).

Die Verwaltung des Technologiezentrums erfolgte auch in 2017 vollständig im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TGZ Wildau GmbH und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH. Die Kosten, die im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages entstanden sind, wurden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 30 TEUR erfasst.

Aufgrund der Einstellung des Bereichs Facilitymanagement durch den bisherigen Dienstleister ist ein Mitarbeiter für das Facilitymanagement bei der TGZ Wildau GmbH eingestellt worden, wodurch Personalkosten im Geschäftsjahr in Höhe von 71 TEUR entstanden.

Das Jahresergebnis konnte aufgrund der höheren Durchschnittsvermietung gegenüber dem Vorjahr auf 64 TEUR verbessert werden. Dies entspricht einem Zuwachs von 51 %.

Analysedaten

Die Anlagenintensität war aufgrund des TGZ Gebäudes mit 82 % weiterhin sehr hoch. Da es sich hierbei um langfristig gebundenes Vermögen handelt, sollte dieses auch langfristig finanziert sein. Bei Betrachtung der Anlagendeckung II mit einem gesteigerten Wert von 102 % zeigt sich, dass diese Regel vollumfänglich erfüllt ist. Der Zielwert liegt bei 1 bzw. 100 %.

Eine hohe Anlagenintensität erfordert daher einen hohen Anteil von Eigenkapital bzw. langfristigem Fremdkapital. Unter Einbeziehung des hälftigen Sonderpostens für Investitionszuschüsse kann die leicht gesteigerte Eigenkapitalquote von 35 % als solide beurteilt werden. Durch die Veränderung des Fremdkapitals, der Erhöhung des Gewinnvortrages durch den erzielten Jahresüberschuss konnte die Eigenkapitalquote (ohne Einbeziehung des Sonderpostens) im Vergleich zum Vorjahr von 11 % auf 18 % leicht gesteigert werden.

Die Zinsaufwandsquote verringerte sich aufgrund der planmäßigen Tilgungen von Krediten leicht von 7 % auf 5 %. Im Rahmen des planmäßig erbrachten Kapitaldienstes von insgesamt 103 TEUR, wurden 25 TEUR (VJ 29 TEUR) für Zinszahlungen geleistet. Die Liquidität 3. Grades konnte durch die Zunahme des Umlaufvermögens, insbesondere durch den höheren Kassenbestand aufgrund erhöhter Mieteinnahmen von 77 % auf 106 % gesteigert werden.

Der Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 51 TEUR auf 280 TEUR. Aufgrund des deutlich höheren erzielten Jahresergebnisses konnte die Eigenkapitalrentabilität von 5 % auf 21 % gravierend gesteigert werden. Die Gesamtrentabilität hat sich hingegen nur leicht von 2 % auf 5 % verbessert, stellt jedoch in Anbetracht der von der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg geforderten zu erzielenden marktüblichen Eigenkapitalverzinsung einen sehr positiven Ergebnis dar.

Aufgrund des zum Geschäftsjahr eingestellten Mitarbeiters für das Facilitymanagement entstanden Personalaufwendungen in Höhe von 71 TEUR. Im Verhältnis zu der erzielten Gesamtleistung des Unternehmens errechnet sich eine Personalaufwandsquote von 11 %. Die Kosten für die Geschäftsbesorgung sind nicht den Personalaufwendungen zuzurechnen.

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	82 %	88%	89%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	18 %	13%	11%
Eigenkapitalquote (mit 50% Sonderposten)	35 %	33 %	31 %
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	102 %	97%	97%
Zinsaufwandsquote	5 %	7%	8%
Liquidität 3. Grades	106 %	81%	76%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	280 TEUR	229 TEUR	224 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	21 %	5 %	6%
Gesamtkapitalrentabilität	5 %	2 %	2%
Umsatz	505 TEUR	404 TEUR	402 TEUR
Gesamtleistung	640 TEUR	537 TEUR	539 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	64 TEUR	13 TEUR	13 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	11 %	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	1	0	0

Geschäftsverlauf 2017

Die Leistungen der TGZ Wildau GmbH bezogen sich auf die Dauervermietung von Räumlichkeiten an Unternehmen (KMU) sowie die Einzelvermietung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Seminare. Mit der Steigerung der jahresdurchschnittlichen Vermietung von 90 % des Vorjahres auf 97 % lag nahezu eine durchgängige Vollvermietung vor. Im Geschäftsjahr konnten 13 Mietverträge mit einer Gesamtfläche von 678 m² neu abgeschlossen werden.

Der Ausbau des Vermietungsstandes sowie der niedrigere Zinsaufwand führten zu einem Jahresüberschuss in Höhe von 64 TEUR, was eine Steigerung von 51 TEUR gegenüber dem Vorjahr darstellt. Im Verhältnis zu den Planwerten ergab sich eine Ergebnisverbesserung um 52 TEUR.

Die Geschäftsführung sowie die gesamte Verwaltung des Technologiezentrums erfolgten, wie auch in den Vorjahren, durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH, welche im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages diese Aufgaben abdeckt. Ergänzend war durch die Einstellung des Dienstleisters für das Facilitymanagement zum 31.12.2016 die Anstellung eines Mitarbeiters zum 01.01.2017 für das Facilitymanagement erforderlich geworden.

Für das Geschäftsjahr 2016 waren keine nennenswerten Investitionen geplant. Die getätigten Investitionen in Höhe von 1 TEUR bezogen sich auf die Büro- und Geschäftsausstattung.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2017 zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die liquiden Mittel der Gesellschaft stiegen im Geschäftsjahr um 55 TEUR auf 125 TEUR an. Der Kapitaldienst der beiden Kredite zur Finanzierung der Errichtung des Technologie- und Gründerzentrums wurde im Geschäftsjahr mit 103 TEUR planmäßig bedient.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Mit einer jahresdurchschnittlichen Vermietung von 97 % war das TGZ-Gebäude nahezu vollvermietet. Allerdings wird zum 30.06.2018 der Großmieter, die STRABAG/Deutsche Telekom das Mietobjekt verlassen. Mit Auszug wird nach ca. 16 Jahren eine Generalrenovierung des 548 m² großen Mietbereichs erforderlich. Gemäß den Renovierungserfordernissen ist ein Sanierungsaufwand von 113 TEUR kalkuliert worden. Die Arbeiten sollen zum 01.07.2018 beginnen, so dass die Fläche bereits ab dem 01.10.2018 für eine Neuvermietung angeboten werden kann. Da weiterhin eine stabile Nachfrage an kleinteiligen Büroflächen besteht, wird nur von einem kurzweiligen Leerstand ausgegangen. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die Vermietungsergebnisse von 2017 – sanierungsbedingt – nicht erreicht werden.

Die Finanzierung der Sanierungsarbeiten erfolgt über eine Kreditaufnahme der Gesellschaft in Höhe von voraussichtlich 100 TEUR. Da in 2018 ein Altdarlehen ausläuft, bleibt die Kapitaldienstbelastung mit ca. 93 TEUR p.a. auch bei Neuaufnahme des Kredits für die Sanierung nahezu konstant.

Die Fraunhofer Gesellschaft, ebenfalls ein Großmieter des TGZ, wird das Objekt Anfang 2020 verlassen. Zur Sicherung der Nachvermietung sind bereits erste Akquisegespräche geführt worden. In Anbetracht des derzeit knappen Angebots an Hallenflächen, wird davon ausgegangen, dass für die Halle von Fraunhofer PYCO relativ zeitnah ein Nachmieter gefunden wird. Für die erforderlichen Grundsanierungsarbeiten wurden 30 TEUR kalkuliert.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde nach langen Jahren der Preisstabilität eine Preissteigerung bei Neuvermietungen durchgesetzt. In diesem Zuge wurde im Durchschnitt der Mietpreis für die Büro- und Laborflächen von 7 EUR/m² auf 8 EUR/m² erhöht. Unter Berücksichtigung der Umlage für die Nutzung der Gemeinschaftsflächen in Höhe von 20 % der Nettokaltmiete ergibt sich nunmehr ein Mietpreis im TGZ von grundsätzlich 9,60 EUR/m².

Auf dem Areal des Technologie- und Wissenschaftspark Wildau werden in den kommenden Jahren insbesondere ab 2020 in größerem Umfang Büroflächen geschaffen. Dennoch ist davon auszugehen, dass aufgrund der Kleinteiligkeit des Büro- und Hallenangebotes das TGZ weiterhin eine gute Wettbewerbsposition hat, da die neuen Flächen derartig kleinteilige Mieteinheiten nur in sehr begrenztem Umfang beinhalten werden.

An der Strategie, Investitionen in die Gebäudesubstanz zu tätigen, wird zum Erhalt der Qualität auch in den folgenden Jahren festgehalten. Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft bestrebt, einen Liquiditätssockel von mindestens 100 TEUR für unvorhergesehene Reparaturfälle oder den Ausfall von Mieteinnahmen aufzubauen und zu erhalten.

Vor dem Hintergrund der Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zu den Altanschießerbeiträgen sind mögliche Erstattungsansprüche aus den bereits geleisteten Anschlussbeiträgen neu zu bewerten. Von einer Erstattung der geleisteten Beiträge gegenüber der TGZ Wildau GmbH kann derzeit nicht ausgegangen werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen (eigenkapitalerhöhende Betriebskostenzuschüsse)	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	<p>Bürgschaftserklärung gegenüber der KfW-Bank im Jahr 1997 Stand 31.12.2017: 165</p> <p>(zzgl. Freistellung der Bürgschaften der ehemaligen Gesellschafter Königs Wusterhausen und Wildau im Rahmen des Geschäftsanteilsübertragungsvertrages vom 06.08.2013</p> <p>Stand 31.12.2017: 110)</p> <p>Bürgschaftserklärung gegenüber der KfW-Bank im Jahr 2000; Stand 31.12.2017: 96</p> <p>(zzgl. Freistellung der Bürgschaften der ehemaligen Gesellschafter Königs Wusterhausen und Wildau im Rahmen des Geschäftsanteilsübertragungsvertrages vom 06.08.2013; Stand 31.12.2017: 64)</p>	
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2017	<p>Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank i. H. v. 41;</p> <p>Restschuld zum 31.12.2017: 149</p>
	2016	<p>Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank i. H. v. 42;</p> <p>Restschuld zum 31.12.2016: 186</p>
	2015	<p>Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank i. H. v. 42;</p> <p>Restschuld zum 31.12.2015: 223</p>
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der TGZ Wildau GmbH.		

Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

Am Turm 14

03046 Cottbus

Tel.: +49 (0) 355 / 28 890 404

Fax: +49 (0) 355 / 288 90 405

E-Mail: info@wirtschaftsregion-lausitz.de

www.wirtschaftsregion-lausitz.de



	2017	2016	2015
Stammkapital in EUR	30.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital
Landkreis Dahme-Spreewald	5.000 EUR; 16,67 %	5.000 EUR; 20 %	5.000 EUR; 20 %
Landkreis Elbe-Elster	5.000 EUR; 16,67 %	5.000 EUR; 20 %	5.000 EUR; 20 %
Landkreis Görlitz (seit 27.11.17)	5.000 EUR; 16,67 %	-	-
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	5.000 EUR; 16,67 %	5.000 EUR; 20 %	5.000 EUR; 20 %
Landkreis Spree-Neiße	5.000 EUR; 16,67 %	5.000 EUR; 20 %	5.000 EUR; 20 %
Stadt Cottbus	5.000 EUR; 16,66 %	5.000 EUR; 20 %	5.000 EUR; 20 %
Datum der Gründung	15.07.2009 als Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH		
Umfirmierung	27.11.2017 (Eintragung Handelsregister)		
aktueller Gesellschaftsvertrag	24.10.2017		
Gegenstand des Unternehmens	Strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels durch die Entwicklung zukunftsfähiger wirtschaftlicher Perspektiven für die Lausitz		
	Begleitung der Strukturentwicklung als Maßnahmenträger sowie die direkte Unterstützung konkreter Projekte		
	Koordinierung der länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg sowie benachbarter Staaten zu Fragen der Struktur- und Regionalentwicklung unter Beachtung des § 91 Abs. 4 Satz 2 BbgKVerf		
	Soweit zugelassen und möglich, soll sich die Gesellschaft wie ein Träger öffentlicher Belange an gebietsrelevanten Verfahren beteiligen		
	Koordinierung, Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen zum Marketing und zur Imagestärkung der Wirtschaftsregion Lausitz		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer: Herr Norman Müller, Dipl.-Ing.

Gesellschafterversammlung:

Vertreter LDS:

Herr Stephan Loge (Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)

Stellvertreter LDS:

Gem. § 97 Abs. 1 BbgKVerf

Aufsichtsrat:

Vertreter des LDS:

Herr Chris Halecker (bis 27.11.17) (Beigeordneter und Dezernent für Verkehr,
Bauwesen und Umwelt)

Herr Stephan Loge (ab 27.11.17)

Herr Frank Selbitz (bis 27.11.17) (Abgeordneter des Kreistages)

Herr Lothar Treder-Schmidt (Abgeordneter des Kreistages)

Bilanz der WRL GmbH

Bilanz zum	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	6.514	9.843	13.173
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	524	1.232	1.940
1. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	524	1.232	1.940
II. Sachanlagen	5.990	8.611	11.233
1. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	5.990	8.611	11.233
B. Umlaufvermögen	107.437	169.754	139.294
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	74.717	39.559	25.188
1. Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	71.338	39.389	21.539
2. Sonstige Vermögensgegenstände	3.380	170	3.649
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	32.720	130.195	114.107
C. Aktiver Rechnungsprüfungsposten	2.563	1.910	1.672
Bilanzsumme	116.514	181.507	154.139
Passiva			
A. Eigenkapital	30.000	25.000	25.000
I. Gezeichnetes Kapital	30.000	25.000	25.000
II. Jahresüberschuss	0	0	0
B. Rückstellungen	10.266	42.440	9.416
1. Steuerrückstellungen	0	35.774	0
2. Sonstige Rückstellungen	10.266	6.666	9.416
D. Verbindlichkeiten	26.675	16.531	11.179
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	19.072	5.809	8.162
2. Sonstige Verbindlichkeiten	7.603	10.722	3.017
E. Passiver Rechnungsposten	49.573	97.536	108.544
Bilanzsumme	116.514	181.507	154.139

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Aufgrund planmäßiger Abschreibungen reduzierte sich das Anlagevermögen geringfügig um 3 TEUR auf 7 TEUR. Die Gesellschaft verfügt weder über Grundstücke, noch Grundstücksbeteiligungen, noch im Bau befindliche Anlagen. Es sind keine Bauvorhaben geplant.

Das Guthaben bei Kreditinstituten reduzierte sich maßgeblich um 97 TEUR auf 33 TEUR im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist vor allem der kontinuierlichen Projektarbeit geschuldet und zusätzlich auch den noch ausstehenden Förderbeträgen, die im Rahmen der Projektarbeit vorfinanziert wurden.

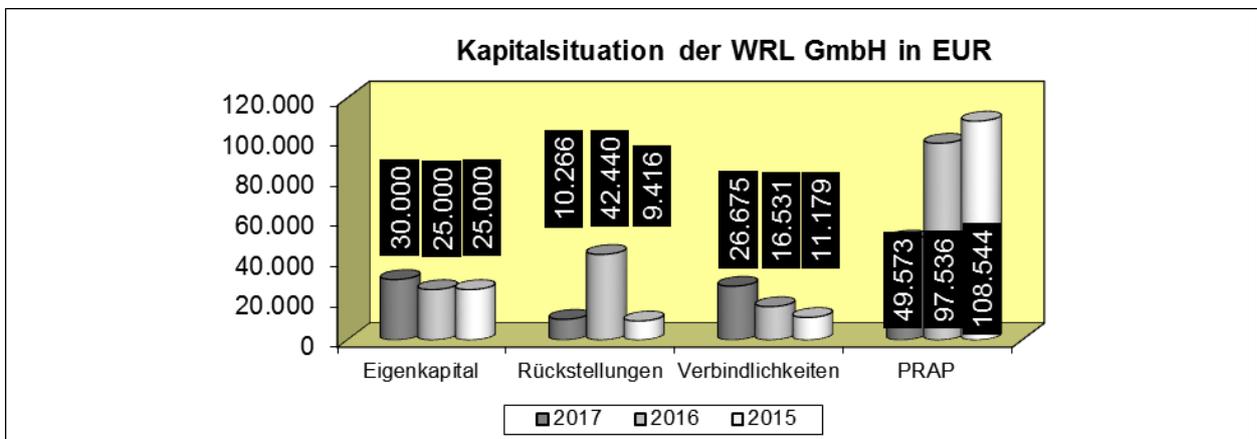
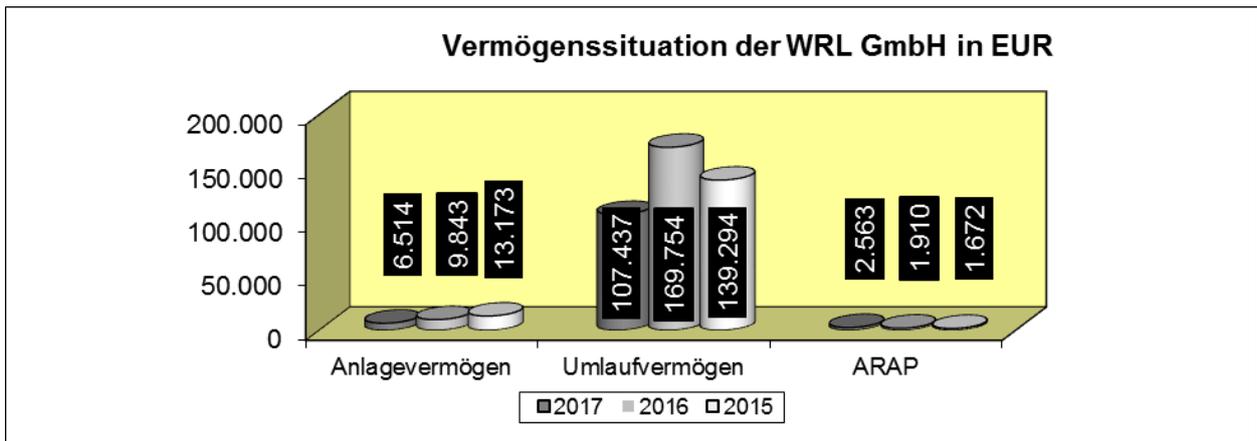
Das Eigenkapital setzte sich aus dem Stammkapital i. H. v. 30 TEUR zusammen. Im Wirtschaftsjahr 2017 kam es durch die Aufnahme des Landkreises Görlitz in den Gesellschafterkreis zu einer Eigenkapitalerhöhung um 5 TEUR.

Die Summe der Rückstellungen liegt mit 10 TEUR deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Dies liegt hauptsächlich an der Position Steuerrückstellung, die für das Vorjahr in Höhe von 36 TEUR hinterlegt worden war. Zum Stichtag 31.12.2017 beinhaltet die Position Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten, für Personal- und Archivierungskosten sowie für die Berufsgenossenschaft.

Die Verbindlichkeiten i. H. v. 27 TEUR betrafen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen i. H. v. 19 TEUR.

Die in den Vorjahren nicht aufgelösten Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 50 TEUR bleiben als Rechnungsabgrenzungsposten passiviert. Gegenüber dem Vorjahr wurden rund 48 TEUR aufgelöst.

Die Bilanzsumme verringerte sich von 182 TEUR auf 117 TEUR.



Gewinn- und Verlustrechnung der WRL GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Umsatzerlöse	1.000	79.100	77.992
2.	Sonstige betriebliche Erträge	504.979	339.016	321.795
3.	Personalaufwand	-259.008	-210.221	-182.045
	a) Löhne und Gehälter	-209.546	-173.073	-150.646
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-49.462	-37.148	-31.399
4.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.329	-3.579	-2.768
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-207.399	-168.299	-214.732
6.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
7.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-135	0	0
8.	Ergebnis nach Steuern	36.107	36.018	244
8.	Sonstige Steuern	-36.107	-36.018	-244
9.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Im Jahr 2017 erzielte die WRL GmbH Gesamterträge in Höhe von 506 TEUR (VJ 418 TEUR). Die darin enthaltenen Umsatzerlöse lagen bei 1 TEUR und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 78 TEUR reduziert. Im Wesentlichen beinhalten diese die Erlöse aus dem Sponsoring der Firma envia Mitteldeutsche Energie AG für das Vorhaben „Ladestopp Cottbus eTourEurope“.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen i. H. v. 505 TEUR wurden hauptsächlich die verwendeten Zuschüsse der Gesellschafter des Berichtsjahres i. H. v. 250 TEUR ausgewiesen. Weiterhin sind hier Projektmittel zugeflossen, beispielsweise i. H. v. 108 TEUR für das Modellvorhaben der Raumordnung „Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe: Mobilitätsmanagement für den Wirtschaftsraum Spreewald“ sowie i. H. v. 27 TEUR für das Projekt RIK Lausitz.

Die Personalaufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 259 TEUR, dies entspricht einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr von rund 19 % um 49 TEUR. Im Wesentlichen ist dies einerseits auf eine zusätzliche Projektstelle für das WEGE-Projekt, andererseits auf die Elternzeitvertretung für die Stellen Projektmanagement/Marketingkommunikation bzw. Assistenz der Geschäftsführung zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um rund 23 % auf 208 TEUR. Verantwortlich dafür waren hauptsächlich die erhöhten Aufwendungen innerhalb der Projektarbeit von rund 136 TEUR.

Analysedaten

Das Ergebnis der Anlagenintensität von 6 % hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Dies wurde durch planmäßige Abschreibungen sowie der verringerten Bilanzsumme beeinflusst.

Das Eigenkapital der Gesellschaft zum 31.12.2017 i. H. v. 30 TEUR war identisch mit dem Stammkapital. Die deutliche Erhöhung der Eigenkapitalquote resultierte aus der Verringerung der Bilanzsumme, trotz erhöhtem Stammkapital.

Der Liquiditätsgrad stellt sich mit 124 % deutlich verbessert gegenüber den Vorjahren dar. Die Liquidität kann weiterhin als stabil beurteilt werden. Der Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit stellt sich etwa auf Vorjahresniveau dar, und bildet lediglich die Summe der Abschreibungen ab, da ein neutrales Jahresergebnis erzielt worden ist.

Bei der Ermittlung der Personalaufwandsquote steht ein gegenüber dem Vorjahr gestiegener Personalaufwand einer deutlich reduzierten Gesamtleistung gegenüber. Die Mitarbeiterzahl ist konstant geblieben.

Durch das ausgeglichene Jahresergebnis war die Erhöhung des Eigenkapitals über die Stammeinlage hinaus nicht möglich. Aufgrund dessen belief sich die Eigenkapital- sowie die Gesamtkapitalrentabilität weiterhin auf 0 %.

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	6 %	5 %	9 %
Eigenkapitalquote	26 %	14 %	16 %
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	461 %	254 %	190 %
Zinsaufwandsquote	14 %	0 %	0 %
Liquidität 3. Grades	124 %	108 %	108 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	3,3 TEUR	3,6 TEUR	2,8 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrentabilität	0 %	0 %	0 %
Umsatz	1 TEUR	79 TEUR	78 TEUR
Gesamtleistung	1 TEUR	79 TEUR	78 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	25.901 %	266 %	233 %
Anzahl der Mitarbeiter	6	6	4

Geschäftsverlauf 2017

Innerhalb der Projektplanung und -umsetzung konnten bisher insgesamt 59 prioritäre Projekte identifiziert werden, die eine große Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaftsregion Lausitz haben. Erste Projekte wurden abgeschlossen, andere befinden sich in der Umsetzungs- bzw. Antragsphase.

Mit dem Jahr 2017 gab es innerhalb der Projektarbeit eine noch stärkere Verschiebung hin zu Förderprojekten, die durch die Gesellschaft selbst beantragt und umgesetzt wurden. Dies hat eine deutliche Reduzierung der finanziellen Unterstützung regionaler Akteure bei der Umsetzung von Förderprojekten im Rahmen des Verbundes zur Folge, was sich in den deutlich verringerten Umsatzerlösen widerspiegelt.

Die beiden im Berichtsjahr begonnenen großen Bundesprojekte „GRW-Experimentierklausel“ und „Unternehmen Revier“ werden intensive länderübergreifende Beteiligungsprozesse zur Folge haben. Mit der Umfirmierung der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH zur Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, welche am 27.11.2017 mit der Veröffentlichung im Handelsregister abgeschlossen wurde, kam der Landkreis Görlitz als neuer Gesellschafter hinzu.

Die Marketingaktivitäten wurden auch im Berichtsjahr 2017 noch stark reduziert fortgeführt, da der Umfirmierungsprozess erst mit Ende des Jahres beendet werden konnte. Hinsichtlich der Neuaufstellung des Erscheinungsbildes der Gesellschaft sowie der Sicherung verschiedener Domains als Marketingkanäle wurde durch die Gesellschaft bereits vorgearbeitet.

Aufgrund des Prozesses der Umfirmierung wurden die Fachforen der Energieregion Lausitz nicht aktiv gehalten. Die bereits geplanten und begonnenen Projekte wurden und werden fortgeführt, eine Aufnahme weiterer Projekte gab es jedoch nicht. Künftig soll der Beteiligungsprozess im Rahmen der Regionalpartnerschaft mit dem Bund innerhalb der größeren Bundesvorhaben geführt werden.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die WRL GmbH wies zum Bilanzstichtag eine gute Liquiditätslage aus, die es dem Unternehmen auch 2018 ermöglicht, zukünftig weitere Projekte zu initiieren und finanzielle Ressourcen zur Umsetzung von Vorhaben bereit zu stellen. Größere Liquiditätsreserven werden allerdings mit der Betrauung, die nach EU-Rechtsprechung notwendig ist, nicht mehr gegeben sein.

Der Personalaufwand der Gesellschaft ist grundfinanziert, somit ist ein größerer oder auch gleichbleibender Personalbestand abhängig von der Drittmittelfinanzierung innerhalb der Projektarbeit. Die Betriebskostenzuschüsse der sechs Gesellschafter bilden eine wichtige Basis und sind somit für den Erhalt des notwendigen Handlungsspielraumes innerhalb der Projektarbeit erforderlich.

Der Fokus der künftigen Arbeit der Gesellschaft liegt auf der glaubhaften Besetzung des Themas „Strukturentwicklung“. Im Berichtsjahr 2017 wurde die strategische Positionierung und Ausrichtung auf wirtschaftliche Wachstumspfade bereits begonnen und mit inhaltlicher Projektarbeit sowie organisierten Veranstaltungen unterstützt.

Ein rechtsverbindlicher Betrauungsakt, der die ausgleichsfähige Daseinsvorsorge genau definiert, gilt für die Gesellschaft seit dem 01.01.2014 und reduziert somit das beihilferechtliche Rückforderungsrisiko.

Für das Jahr 2018 wird mit Berücksichtigung der finanziellen Unterstützung des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg i. H. v. 300 TEUR laut Wirtschaftsplanung ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2017	Betriebskostenzuschuss: 50
	2016	Betriebskostenzuschuss: 60
	2015	Betriebskostenzuschuss: 60

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung zu Anschaffungskosten.

BADC – Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

Mittelstraße 11

12529 Schönefeld

Tel.: +49 (0) 30 / 81 03 17 72

Fax: +49 (0) 30 / 80 92 70 52

E-Mail: info@badc-gmbh.de

www.badc-gmbh.de

BADC

Berlin-Brandenburg Area Development Company

	2017		2016		2015	
Stammkapital in EUR	50.000		50.000		50.000	
Gesellschafter	Anteile in EUR	Anteile in %	Anteile in EUR	Anteile in %	Anteile in EUR	Anteile in %
Landkreis Teltow-Fläming	2.500	5	2.500	5	2.500	5
Gemeinde Rangsdorf	8.000	16	8.000	16	8.000	16
Gemeinde Großbeeren	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Stadt Ludwigsfelde	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	3.000	6	3.000	6	3.000	6
Landkreis Dahme-Spreewald	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Stadt Königs Wusterhausen	7.500	15	7.500	15	7.500	15
Stadt Wildau	7.500	15	7.500	15	7.500	15
Gemeinde Eichwalde	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Schulzendorf	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Zeuthen	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Bestensee	1.000	2	1.000	2	1.000	2
Gemeinde Schönefeld	500	1	500	1	500	1
Stadt Mittenwalde	500	1	500	1	500	1
Datum der Gründung	26.02.2001					
aktueller Gesellschaftsvertrag	16.12.2015					
Gegenstand des Unternehmens	<p>Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld BER in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen</p> <p>Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld BER sowie Unterhaltung und Betrieb einer Kommunikationsplattform</p> <p>Sicherstellung eines Interessenausgleichs zwischen kommunalen Gebietskörperschaften des Flughafenumfeldes (gemäß Definition LEP FS) untereinander sowie zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und den Betreibern des Flughafens Berlin-Schönefeld und deren Gesellschaftern andererseits</p> <p>Koordinierung und Umsetzung ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Flughafenumfeld BER</p> <p>Darüber hinaus kann die Gesellschaft alle Aufgaben wahrnehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienlich sind</p>					

<p>Öffentlicher Zweck</p>	<p>Gemäß § 122 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) ist der Landkreis verpflichtet, die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p>
<p>Organe der Gesellschaft</p>	<p><u>Geschäftsführerin:</u> Frau Dipl.- Ing. Antje Girschick</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Herr Chris Halecker (1. Beigeordneter, dauerhaft betraut)</p> <p><u>Stellvertreter LDS:</u> Landrat Herr Stephan Loge</p>

Bilanz der BADC GmbH

Bilanz zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	28.103	27.638	1.675
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	27.001	27.001	40
1.	Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte	1	1	40
2.	Geleistete Anzahlungen	27.000	27.000	0
II.	Sachanlagen	1.102	637	1.635
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.102	637	1.635
B.	Umlaufvermögen	1.356.316	1.057.244	602.010
I.	Vorräte	399.358	299.180	179.821
1.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	399.358	299.180	179.820
2.	Geleistete Anzahlungen	0	0	1
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	440.533	225.943	204.114
1.	Forderungen aus Lieferung und Leistungen	347.931	174.825	171.762
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	28.141	39.521	32.336
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	64.461	11.598	16
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	516.425	532.121	218.075
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	391	389	377
D.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
	Bilanzsumme	1.384.810	1.085.270	604.062
Passiva				
A.	Eigenkapital	97.217	50.955	12.112
I.	Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II.	Bilanzgewinn / Bilanzverlust	47.217	955	-37.888
III.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B.	Rückstellungen	34.972	16.994	31.202
1.	Steuerrückstellungen	0	0	0
2.	sonstige Rückstellungen	34.972	16.994	31.202
C.	Verbindlichkeiten	1.245.423	1.009.795	552.895
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.148.045	869.798	384.610
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	94.658	126.402	89.526
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0	0	42.353
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	2.720	13.595	36.406
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	7.198	7.525	7.853
	Bilanzsumme	1.384.810	1.085.270	604.062

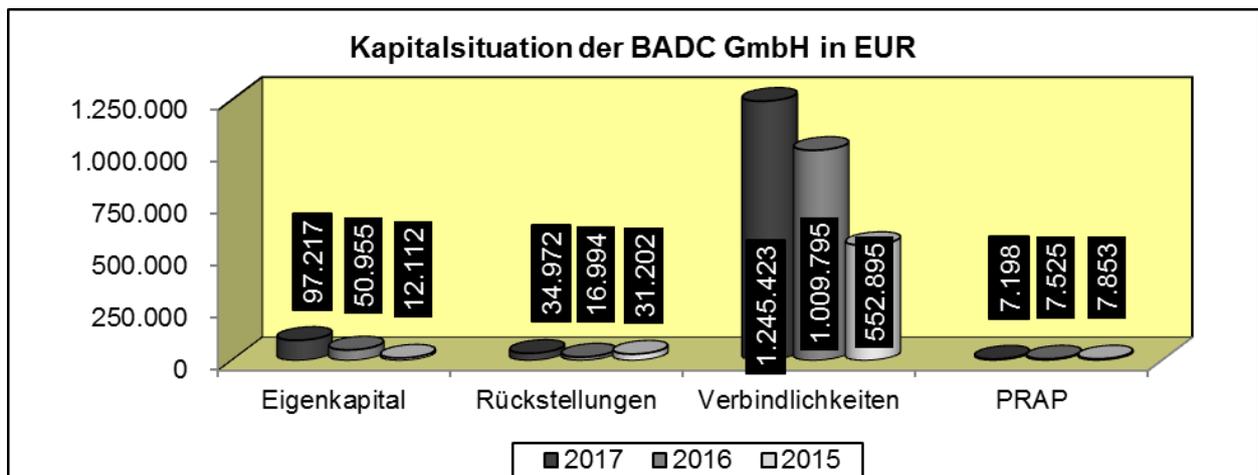
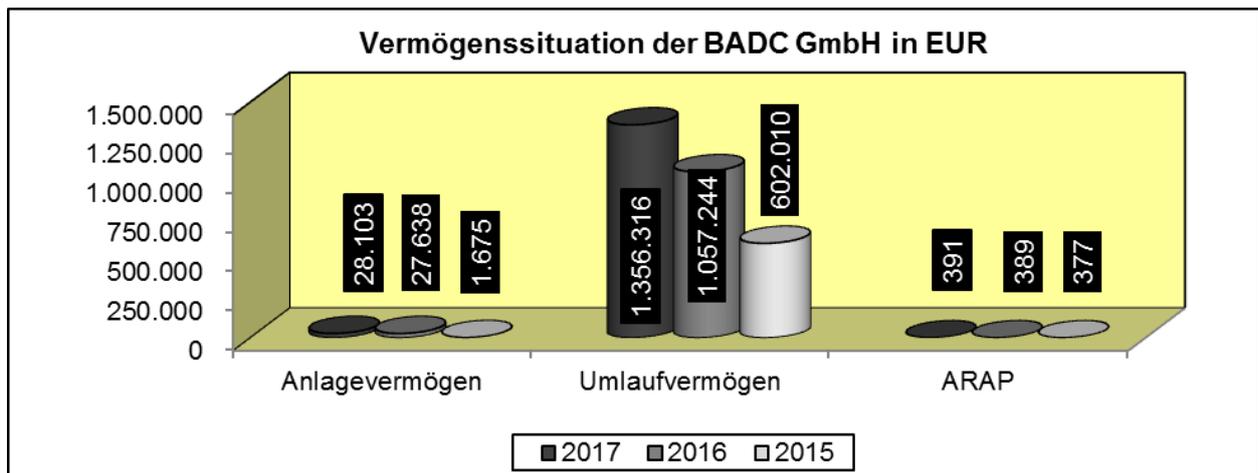
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 300 TEUR auf einen Wert von 1.385 TEUR. Dieser Vermögensanstieg auf der Aktivseite war insbesondere bedingt durch einen Anstieg des Umlaufvermögens um 300 TEUR auf einen Wert von 1.356 TEUR. Unter den Vorräten waren unfertige Leistungen in Höhe von 399 TEUR ausgewiesen und die Forderungen betrafen im Wesentlichen mit 376 TEUR Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie in Höhe von 28 TEUR Forderungen gegen Gesellschafter.

Durch den Jahresüberschuss in Höhe von 46 TEUR konnte mit Abschluss des Wirtschaftsjahres 2017 erstmalig ein Gewinnvortrag in Höhe von 955 EUR ausgewiesen werden und das Eigenkapital erhöhte sich zum Bilanzstichtag auf 97 TEUR.

Ebenfalls auf der Passivseite haben sich die Rückstellungen um 18 TEUR erhöht und werden somit in Höhe von 35 TEUR ausgewiesen. Begründet wurde diese Erhöhung mit der Vermehrung der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen sowie mit der bestehenden Verpflichtung zur Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren.

Zum Bilanzstichtag bestanden Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern i. H. v. 76 TEUR. Die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen sind im Berichtsjahr um 278 TEUR auf einen Wert von 1.148 TEUR gestiegen.



Gewinn- und Verlustrechnung der BADC GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Umsatzerlöse	797.517	1.560.512	426.845
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	100.178	119.360	-30.511
3.	Gesamtleistung	897.695	1.679.872	396.334
4.	Sonstige betriebliche Erträge	7.605	1.313	181.494
5.	Materialaufwand	-701.993	-1.510.795	-356.885
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-701.993	-1.510.795	-356.885
6.	Personalaufwand	-120.743	-105.026	-83.118
	a) Löhne und Gehälter	-100.891	-87.871	-69.418
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-19.852	-17.156	-13.700
7.	Abschreibungen	-855	-1.167	-1.208
	a) Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-855	-1.167	-1.208
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-34.131	-25.146	-64.348
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	7
10.	Ergebnis nach Steuern	47.577	39.049	72.276
11.	Sonstige Steuern	-1.316	-206	2.075
12.	Jahresüberschuss	46.262	38.843	74.351

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesamtleistung (Summe der Umsatzerlöse und Bestandsveränderung) verringerte sich gegenüber dem Vorjahreswert von 1.680 TEUR um 782 TEUR auf einen Wert von 898 TEUR. Diese Verminderung war maßgeblich in den geringeren Umsatzerlösen begründet, diese wiederum ergab sich aus dem Rückgang der Zuschüsse der öffentlich rechtlichen Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg um 608 TEUR gegenüber dem Vorjahreswert. Die Bestandsveränderung in Höhe von 100 TEUR beruhte im Wesentlichen auf der Umsetzung von Projekten, die im Berichtsjahr begonnen wurden, z. B. die Deponie Schöneiche auf den Dahme-Wiesen in Wildau oder auch die Gewässerrenaturierung Töpchin sowie der Rückbau des Kinderferienlagers Motzen.

In der Position Materialaufwand wurden im Wesentlichen Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 626 TEUR dargestellt, die in Zusammenhang mit der Projektrealisierung anfielen.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 16 TEUR auf einen Wert von 121 TEUR, da sich die Mitarbeiterzahl durch die befristete Einstellung von Frau Dr. Götze erhöht hat und tarifliche Anpassungen erforderlich waren. Die Kosten für die Vergütung der Geschäftsführerin in Höhe von 76 TEUR sind aufgrund der Personalabordnung gegenüber dem Landkreis Dahme-Spreewald in den Aufwendungen für bezogene Leistungen ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 46 TEUR erzielt.

Analysedaten

Aufgrund der projektbezogenen Arbeit der BADC unterliegt die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur zum Teil erheblichen Schwankungen. Da es sich um ein Dienstleistungsunternehmen ohne eigene Objekte handelt, zeigte sich eine hierfür charakteristische niedrige Anlagenintensität.

Eine Vermögensdeckung innerhalb der Gesellschaft ist seit 2016 erstmalig wieder gegeben, der Verlustvortrag konnte vollständig gedeckt werden, die Eigenkapitalquote erhöhte sich mit dem Jahresabschluss 2017 auf 7%. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt sichergestellt.

Die gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhte Personalaufwandsquote resultiert aus den erhöhten Personalkosten im Verhältnis zur verringerten Gesamtleistung der Gesellschaft gegenüber dem Vorjahr. Die im Personalaufwand erfassten Kosten betreffen die drei Stellen Projektmanagement, Projektassistenz sowie die Referentin der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum. Die Kosten für die Geschäftsführung werden hier nicht erfasst.

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	2%	3%	0%
Eigenkapitalquote	7%	5%	2%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	346%	184%	723%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	105%	102%	102%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	47 TEUR	40 TEUR	76 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	48%	76%	614%
Gesamtkapitalrentabilität	3%	4%	12%
Umsatz	798 TEUR	1.561 TEUR	427 TEUR
Gesamtleistung	898 TEUR	1.680 TEUR	578 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	46 TEUR	39 TEUR	74 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	13%	6%	21%
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3

Geschäftsverlauf 2017

Im Geschäftsjahr 2017 waren sowohl die Umsatzerlöse als auch die Aufwendungen. Wesentlich geprägt wurden die Umsatzerlöse durch die Projekte „B-Plan Puschkinstraße“ in Rangsdorf, die Fertigstellung der Kompensationsmaßnahmen für die Errichtung der Windkraftanlagen (ABO Wind) und „Koppelland“ und Wiesenland in Eichwalde, „1. BA Stichkanal am Nottekanal in Königs Wusterhausen, einer Entsiegelungsmaßnahme in Zehrendorf/Zossen, den erbrachten Projektsteuerungsleistungen für den Rückbau der Tauentzienkaserne in Blankenfelde-Mahlow und die Märkische Entsorgungsanlagen Betriebsgesellschaft mbH (MEAB) in Mittenwalde/Zossen.

Der im Geschäftsjahr 2017 erzielte Jahresüberschuss von 46 TEUR erreichte den Planwert. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass der Rückgang der Aufwendungen für bezogene Leistungen um 809 TEUR einer Reduzierung der Gesamtleistung von lediglich 782 TEUR gegenübersteht. Der Anteil der bezogenen Leistungen an der Gesamtleistung der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 11,7 % vermindert.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ist von der weiteren Umsetzung kommunaler Projekte wesentlich geprägt. Im Geschäftsjahr 2017 haben 13 der 14 Gesellschafter die Leistungen der BADC in Anspruch genommen.

Im Interkommunalen Flächenpool (INKOF BER) befanden sich zum Ende des Geschäftsjahres 2017 ca. 190 Maßnahmen, aufgrund aktueller Projektnachfragen konnte das Angebot über das Jahr hinweg erweitert werden. Die stetig wachsende Investitionstätigkeit im Flughafenumfeld und der nunmehr absehbare Eröffnungstermin des Flughafens befördern den INKOF BER zu einem exzellenten Instrument, um eine Investitionsbeschleunigung durch das Angebot der vorbereiteten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu erreichen.

Die Jahresabschlussprüfung wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Knabe GmbH durchgeführt. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt und die Prüfung führte zu keinen Einwendungen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Da der BADC GmbH noch immer die finanziellen Rücklagen fehlen, sind die Handlungsmöglichkeiten nach wie vor begrenzt. Bei weiterhin positiver Entwicklung werden sich nach und nach die Reserven aufbauen, die Liquiditätsentwicklung des Unternehmens ist als stabil zu werten.

Risiken mit Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Unternehmens können nicht vorhersehbare Rahmenbedingungen sein, die sich zu Ungunsten der Gesellschaft entwickeln, so zum Beispiel lange Genehmigungsverfahren, Kostenerhöhungen bei Projektumsetzungen längerer krankheitsbedingter Ausfall von Mitarbeitern oder auch weniger Nachfragen von Investoren. Auch die abnehmende Flächenverfügbarkeit im Flughafenumfeld stellt ein wesentliches Risiko dar.

Regelmäßige Quartalsberichte zur Entwicklung der Gesellschaftslage werden durch die Geschäftsführung erstellt, um das Unternehmensziel zu erreichen und zu überwachen, um somit das Risikobewusstsein zu schärfen. Den derzeitigen Unternehmenserfolg zu sichern, ist das zentrale Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft.

Eine weitere Organisationsoptimierung in der Zusammenarbeit der BADC GmbH und der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum eröffnet neue Chancen für die Gesellschaft. Inzwischen erfolgte die Vertragsunterzeichnung zur Führung der laufenden Geschäfte der KAG DF durch die BADC GmbH, somit ist die Kostendeckung der Aufwendungen in diesem Zusammenhang gesichert.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2017	kein Betriebskostenzuschuss
	2016	kein Betriebskostenzuschuss
	2015	kein Betriebskostenzuschuss

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Konsolidierung der BADC GmbH zu Anschaffungskosten.

I.N.A. Lieberoser Heide GmbH

Mühlenstraße 20

15868 Lieberose

Tel.: +49 (0) 33 671 / 32 64 00

E-Mail: ina.lieberoser.heide@gmail.com

www.ina-lieberose.de



	2017			
Stammkapital in EUR	75.000			
Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteile in %		
Landkreis Dahme-Spreewald	20.000	26,67		
Landkreis Spree-Neiße	20.000	26,67		
Amt Lieberose/Oberspreewald	10.000	13,33		
Amt Peitz	10.000	13,33		
Stiftung Naturlandschaften Brandenburg	10.000	13,33		
Gemeinde Schenkendöbern	5.000	6,67		
Datum der Gründung	19.10.2017			
Aktueller Gesellschaftsvertrag	31.08.2018			
Gegenstand des Unternehmens	<p>Koordinierung und Umsetzung von Maßnahmen, die der Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft der Entwicklung der Lieberoser Heide dienen</p> <p>Initiierung und Umsetzung von regional wirksamen Projekten in enger Kooperation mit den jeweiligen regionalverankerten Akteuren, um diese Region als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusregion weiter zu entwickeln</p> <p>Akquisition von Mitteln der EU, Bund und Land sowie aus Wirtschaft , um die regional bedeutenden abgestimmten Projekte umsetzen zu können</p> <p>Aufgabe ist, die Umstrukturierung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lieberoser Heide ästhetisch, sozial und ökologisch, besonders bezüglich der Landschaftsgestaltung und des Naturschutzes zu qualifizieren</p> <p>Zweck der Gesellschaft ist:</p> <p>die Förderung des Umwelt- und Naturschutzes und schutzwürdiger Biotope durch Maßnahmen, die geeignet sind zu erhalten bzw. wieder herzustellen;</p> <p>die Bereitschaft des Bürgers zum Erleben und zur Weiterentwicklung seiner Umwelt zu wecken, insbesondere durch Informationsveranstaltungen und Ausstellungen, Bildungsangebote, Heimatpflege und Heimatkunde, Tierschutz sowie sinnvollen Umgang mit Energie;</p> <p>Förderung von modellhafter Partizipation der Bevölkerung an der Verbindung von Naturschutz und Regionalentwicklung</p>			
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer</u> Herr Heiko Jahn Geschäftsbereichsleiter des Landrates Landkreis Dahme-Spreewald</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Landrat Stephan Loge</p> <p>Stellvertreter LDS: gem. § 97 BbgKVerf</p>			

Bilanz der I.N.A. Lieberoser Heide GmbH

Bilanz zum		31.12.2017 in EUR
A.	Anlagevermögen	0
B.	Umlaufvermögen	190.676
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.890
1.	Sonstige Vermögensgegenstände	3.890
II.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	186.787
	Bilanzsumme	190.676
A.	Eigenkapital	75.000
I.	Gezeichnetes Kapital	75.000
B.	Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	111.881
C.	Rückstellungen	3.795
1.	sonstige Rückstellungen	3.795
	Bilanzsumme	190.676

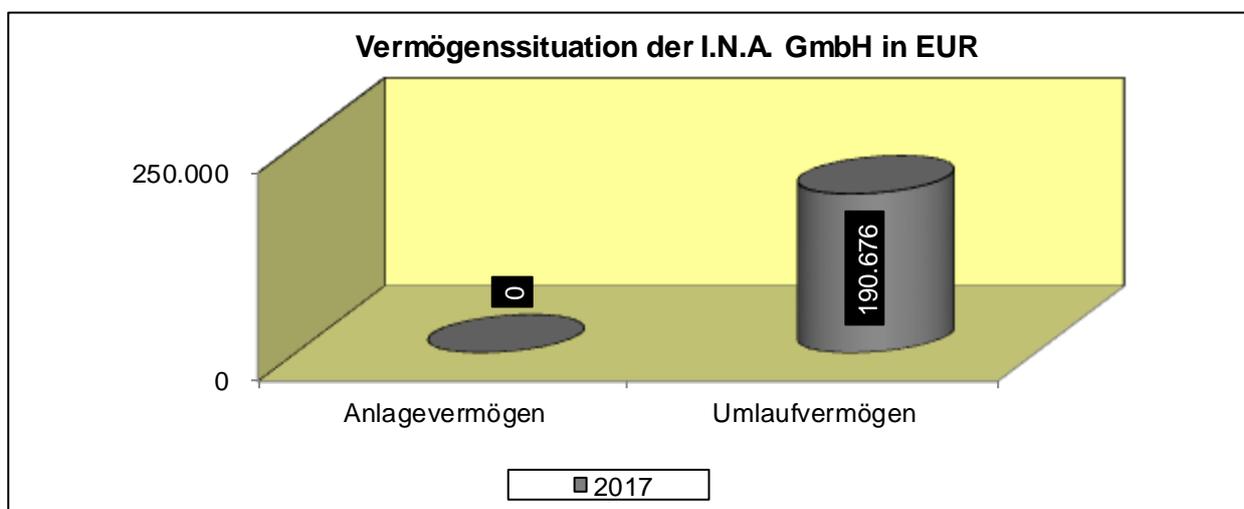
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

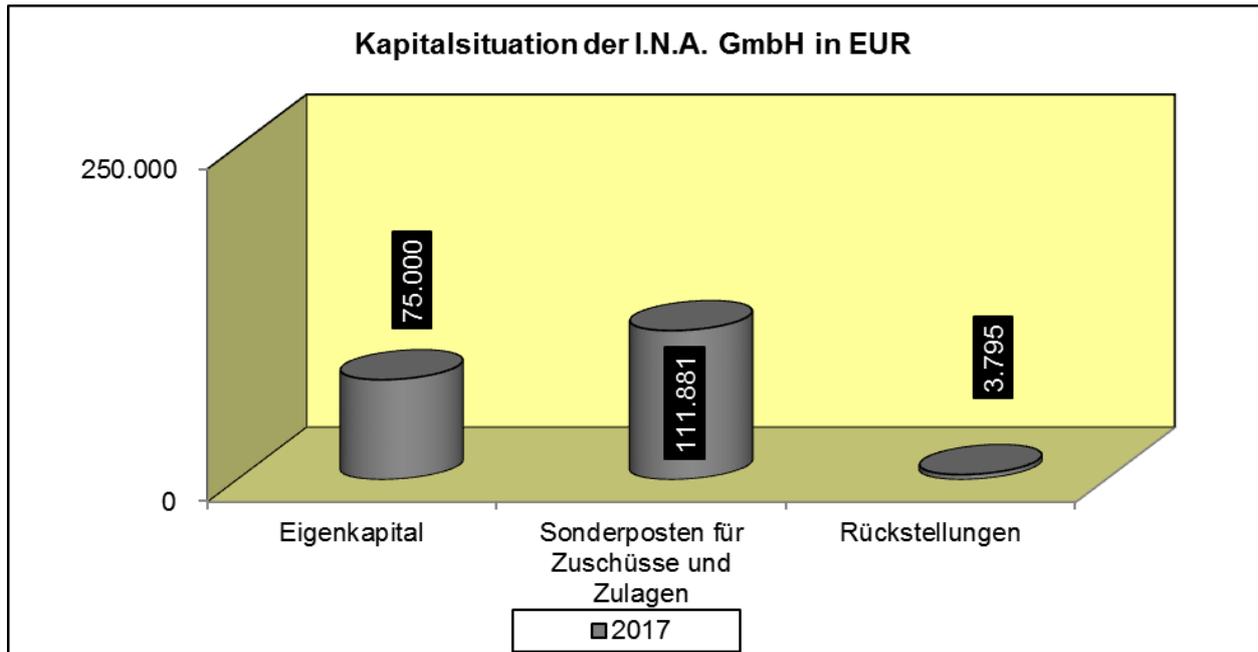
Anlagevermögen war zum Bilanzstichtag noch nicht vorhanden.

Das Umlaufvermögen bildet sich aus der Forderung gegenüber der I.N.A. Arbeitsgemeinschaft, deren restliche Mittel der Gesellschaft in 2018 überwiesen wurden und den flüssigen Mitteln, die rd. 98 % ausmachen.

In der Position Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen werden die noch nicht verwendeten Zuschüsse des Jahres 2017 abgegrenzt.

Rückstellungen betreffen Gebühren für Buchhaltung, Eröffnungsbilanz sowie Abschluss- und Prüfungskosten.





Gewinn- und Verlustrechnung der INA GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR
1.	Sonstige betriebliche Erträge	7.008
2.	Personalaufwand	-1.772
	a) Löhne und Gehälter	-1.377
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-395
3.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.236
4.	Jahresüberschuss	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse waren im Berichtszeitraum vom 19.10.2017 bis 31.12.2017 nicht zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrafen die Zuschüsse der Gesellschafter, die zur Finanzierung der Aufwendungen benötigt wurden. Die Differenz zwischen gezahlten und verbrauchten Zuschüssen wurde abgegrenzt und steht als Sonderposten für die Finanzierung der Betriebskosten in den Folgejahren zur Verfügung.

Das Jahresergebnis zum 31.12.2017 betrug 0,00 EUR.

Die Position Personalaufwand enthält Zahlungen im Rahmen eines Minijobs an den Geschäftsführer.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten Rechts- und Beratungskosten, Buchführungskosten, Abschluss- und Prüfungskosten sowie Nebenkosten des Geldverkehrs.

Analysedaten

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft war angemessen, die Eigenkapitalquote betrug 39 %. In der Eigenkapitalquote mit Sonderposten wurden die gezahlten Zuschüsse der Gesellschafter zugerechnet.

Kennzahl	2017
Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	0%
Eigenkapitalquote (ohne Sopo)	39%
Eigenkapitalquote (mit Sopo)	98%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II	-
Zinsaufwandsquote	-
Liquidität 3. Grades	-
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	-
Rentabilität und Geschäftserfolg	
Eigenkapitalrentabilität	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%
Umsatz	0 TEUR
Gesamtleistung	0 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR
Personalbestand	
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	-
Anzahl der Mitarbeiter	0

Geschäftsverlauf 2017

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasste im Rumpfgeschäftsjahr die Strukturierung der Gesellschaft und die Personalsuche. Die Dauer der Gesellschaft ist auf fünf Jahre begrenzt.

Die Liquidität der Gesellschaft war gesichert. Das Finanzmanagement umfasst mangels Kreditverpflichtungen nur die laufende Liquiditätskontrolle. Die Finanzierung erfolgte ausschließlich durch Zuschüsse.

Investitionen sind im Jahr 2017 nicht erfolgt.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung waren nicht zu erkennen, weil die Gesellschafter am 05.02.2018 beschlossen haben, den Wirtschaftsplan 2018 mit Zuschüssen zu finanzieren.

Chancen künftiger Entwicklung werden wegen gesellschaftsrechtlicher Befristung der Dauer der Gesellschaft nicht gesehen.

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft ist ausgeglichen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	20
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2017	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2017	50
<p>Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.</p>		
<p>Konsolidierung Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung nach der Eigenkapitalmethode.</p>		

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-366

E-Mail: info@klinikum-ds.de

www.klinikum-ds.de



	2017	2016	2015
Stammkapital in EUR	2.100.000	2.100.000	2.100.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Landkreis Dahme-Spreewald	1.071.000	51
	Sana Kliniken AG	1.029.000	49
Datum der Gründung	07.11.2002		
Aktueller Gesellschaftsvertrag	21.06.2011		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Gegenstand der Gesellschaft ist die Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden, Leistungen von Geburtshilfe durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen sowie die Gesundheitsförderung.</p> <p>Neben diesen Aufgaben widmet sich die Gesellschaft auch der Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten und der Aus- und Weiterbildung.</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der öffentliche Zweck an eine gesundheitliche und soziale Betreuung rechtfertigt diese Beteiligung gemäß §§ 122 sowie 131 i. V. m. § 2 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf). Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführung:</u> Herr Dipl.-Kfm. Michael Kabiersch</p> <p><u>Prokuristen:</u> Herr Jürgen Schulte Herr Lars Markewitz</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Herr Stephan Loge (Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)</p> <p>Vertreter Sana Kliniken AG: Herr Dr. Jens Schick (Mitglied des Vorstandes der Sana Kliniken AG)</p> <p><u>Aufsichtsrat:</u> Vorsitzender: Herr Wolfgang Starke (Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie Öffentl. Sicherheit und Ordnung des LDS; bis 07.05.2017) Herr Stephan Loge (ab 08.05.2017)</p> <p>Anteilseignervertreter auf Vorschlag des Kreistages des LDS: Herr Jürgen Mertner (Abgeordneter des Kreistages; SPD) Frau Susanne Scheiner (Abgeordnete des Kreistages; CDU) Frau Kerstin Rubenbauer (Abgeordnete des Kreistages; Die Linke)</p>		

Anteilseignervertreter auf Vorschlag der Sana Kliniken AG:

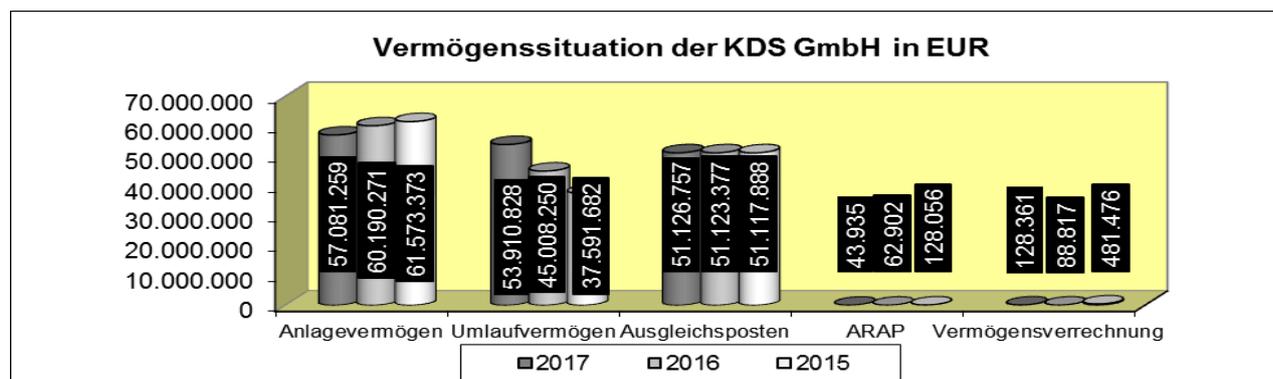
Herr Sadik Tastan (Geschäftsführer Sana-Herzzentrum Cottbus GmbH)
Herr Dr. Christian von Klitzing (Regionalgeschäftsführer Berlin-Brandenburg und
Mecklenburg-Vorpommern der Sana Kliniken AG)
Herr Dirk Krause (Geschäftsführer Sana TG med GmbH)

Arbeitnehmervetreter:

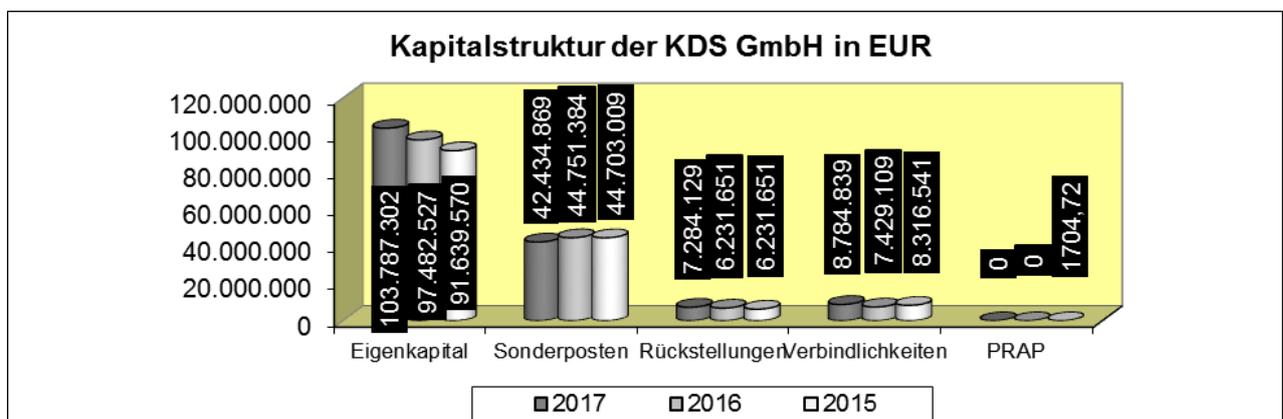
Frau Dipl.-Med. Erika Noack (Ärztin AKKW, Innere Abteilung)
Frau Beatrice Kliefoth (MTRA KKW)
Frau Sandra Eberwein (Ärztin SWKL, Notfallambulanz)
Herr Dr. Thomas Weber (Arzt AKKW, Anästhesie und Intensivmedizin)

Bilanz der KDS GmbH (ohne Tochterunternehmen)

Bilanz zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	57.081.259	60.190.271	61.573.373
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	554.695	617.445	468.599
1.	Software	319.630	238.502	347.882
2.	Geleistete Anzahlungen	235.065	378.943	120.717
II.	Sachanlagen	56.444.385	59.490.647	61.022.596
1.	Grundstücke mit Betriebsbauten und Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	45.461.381	47.790.086	48.934.348
2.	Technische Anlagen	3.605.812	4.131.164	4.176.793
3.	Einrichtungen und Ausstattungen	6.344.710	6.637.263	5.299.740
4.	Anlagen im Bau	1.032.482	932.134	2.611.715
III.	Finanzanlagen	82.179	82.179	82.179
	Anteile an verbundenen Unternehmen	82.179	82.179	82.179
B.	Umlaufvermögen	53.910.828	45.008.250	37.591.682
I.	Vorräte	2.561.480	2.940.005	2.626.738
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.945.528	2.061.038	2.128.529
2.	Unfertige Leistungen	615.952	878.967	498.209
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	47.177.417	38.972.615	31.286.090
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.538.866	8.069.918	7.758.234
2.	Forderungen nach Krankenhausfinanzierungsrecht	1.511.341	1.016.983	127.126
3.	Forderungen gegen Gesellschafter	21.593	115.869	122.170
4.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	36.887.554	29.574.756	23.005.589
5.	Sonstige Vermögensgegenstände	218.063	195.089	272.971
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.171.931	3.095.630	3.678.854
C.	Ausgleichsposten nach dem KHG	51.126.757	51.123.377	51.117.888
D.	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	43.935	62.902	128.056
E.	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	128.361	88.817	481.476



Bilanz zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Passiva				
A.	Eigenkapital	103.787.302	97.482.527	91.639.570
I.	Gezeichnetes Kapital	2.100.000	2.100.000	2.100.000
II.	Kapitalrücklagen	57.942.564	57.942.564	57.942.564
III.	Gewinnrücklagen	9.080.969	9.080.969	9.080.969
IV.	Gewinnvortrag	27.758.995	21.916.038	18.491.438
V.	Jahresüberschuss	6.904.775	6.442.957	4.024.600
B.	Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	42.434.869	44.751.384	44.703.009
1.	Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	41.125.595	43.367.060	43.236.977
2.	Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	1.307.945	1.381.332	1.460.852
3.	Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	1.329	2.992	5.180
C.	Rückstellungen	7.284.129	6.810.597	6.231.651
1.	Steuerrückstellungen	849.000	487.000	52.515
2.	Sonstige Rückstellungen	6.435.129	6.323.597	6.179.136
D.	Verbindlichkeiten	8.784.839	7.429.109	8.316.541
1.	Erhaltene Anzahlungen	90	146	7147
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.499.825	2.721.221	2.828.435
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	502	13.020	1.526
3.	Verbindlichkeiten n. Krankenhausfinanzierungsrecht	4.807.455	3.455.573	4.391.893
4.	Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen	94	94	94
6.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	427.025	178.262	173.759
7.	Sonstige Verbindlichkeiten	1.049.849	1.060.794	913.688
E.	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1704,72
	Bilanzsumme	162.291.140	156.473.617	150.892.475



Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen reduzierte sich um 3.109 TEUR auf 57.081 TEUR. Den Investitionen i. H. v. 2.258 TEUR standen Abschreibungen von 5.269 TEUR und Abgänge in Höhe von 98 TEUR gegenüber. Die Abschreibungen entfielen mit 3.818 TEUR auf geförderte Investitionen. Von den Zugängen entfallen 3.925 TEUR auf geförderte Investitionen. In der Position Finanzanlagen waren die Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaften KDSG GmbH und MVZ Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH ausgewiesen.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 8.903 TEUR. Die Forderungen an Gesellschafter i. H. v. 21 TEUR betrafen ausschließlich Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen mit 36.553 TEUR den Cash Pool-Vertrag mit der Sana Kliniken AG. Des Weiteren waren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 334 TEUR gegen verbundene Unternehmen enthalten.

Der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung repräsentierte die auf die vor dem Inkrafttreten des KHG mit Eigenmitteln angeschafften und dem Grunde nach förderungsfähigen Anlagegüter aufgelaufenen Abschreibungen. Es besteht eine Ausschüttungssperre in Höhe des Ausgleichspostens.

Die Erhöhung des Eigenkapitals um 6.305 TEUR auf 103.787 TEUR resultierte aus dem im Geschäftsjahr erzielten Jahresüberschuss abzüglich der Ausschüttung an den Gesellschafter Sana in Höhe von 600 TEUR.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens beinhalten hauptsächlich Fördermittel gemäß § 9 Abs. 1 und 3 KHG und werden nach Maßgabe der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter aufgelöst. Die Sonderposten reduzierten sich im Berichtsjahr um 2.317 TEUR auf 42.435 TEUR.

Die sonstigen Rückstellungen wurden zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 6.435 TEUR bilanziert und beinhalteten im Wesentlichen Personalrückstellungen in Höhe von 3.655 TEUR sowie Rückstellungen aus Abrechnungsrisiken in Höhe von 1.591 TEUR, für ausstehende Eingangsrechnungen in Höhe von 948 TEUR sowie für Archivierungsaufwendungen in Höhe von 127 TEUR.

Der Erfüllungsrückstand der Altersteilzeitverpflichtung (16 TEUR) wurde mit dem beizulegenden Zeitwert der Insolvenzversicherung für Altersteilzeit (144 TEUR) verrechnet. Der den Erfüllungsrückstand übersteigende Betrag in Höhe von 128 TEUR wird als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betrafen ausschließlich Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald. Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert waren, bestanden nicht. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betrafen den Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Gewinn- und Verlustrechnung der KDS GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Erlöse aus Krankenhausleistungen	81.371.912	79.329.326	75.570.411
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	734.398	742.485	250.428
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	3.810.288	4.333.627	3.113.462
4.	Nutzungsentgelte der Ärzte	0	0	987.674
4a.	Umsatzerlöse eines Krankenhauses nach § 277 des HGB, soweit nicht in den Nr. 1 bis 4 enthalten	14.056.708	12.764.442	0
5.	Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-263.015	380.758	-211.943
6.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	16.494	41.785	56.575
7.	Sonstige betriebliche Erträge	2.042.668	1.744.019	15.777.708
		101.769.453	99.336.441	95.544.314
8.	Personalaufwand	-53.935.908	-52.963.723	-51.703.969
	a) Löhne und Gehälter	-45.738.058	-45.073.751	-43.923.947
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	-8.197.850	-7.889.972	-7.780.022
9.	Materialaufwand	-30.200.720	-28.425.714	-20.274.104
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	-10.995.643	-10.877.132	-11.328.716
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-19.205.078	-17.548.582	-8.945.387
		-84.136.629	-81.389.437	-71.978.073
10.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.529.447	2.634.872	2.649.598
11.	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	3.380	5.489	107.013
12.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	3.996.146	3.812.781	3.743.074
13.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach KHG u. aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlageverm.	-2.600.767	-2.638.884	-2.670.067
		3.928.206	3.814.258	3.829.617
14.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-5.268.586	-5.131.324	-5.208.890
15.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.298.298	-8.823.491	-17.409.758
		-13.566.884	-13.954.815	-22.618.649
16.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	25.317	46.611	56.470
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.048	-9.866	-42.954
		21.269	36.745	13.516
18.	Steuern	-1.110.640	-1.400.236	-766.126
19.	Jahresergebnis	6.904.775	6.442.957	4.024.600

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesamterlöse der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 wurden mit 101.769 TEUR ausgewiesen und erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 2.433 TEUR. Die Fallzahl der vollstationären DRG-Fälle überschreitet die des Vorjahres um 243 Fälle.

Die Umsatzerlöse (Position 1 bis 3a der Gewinn- und Verlustrechnung) erhöhten sich um 2.803 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf einen Wert in Höhe von 99.973 TEUR. Entsprechend der Prognose gegenüber dem Vorjahreszeitraum entwickelte sich der Geschäftsverlauf zufriedenstellend. Die Steigerung der Erlöse resultiert insbesondere aus der positiven Leistungsentwicklung sowie aus der Erhöhung des Landesbasisfallwertes.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 299 TEUR auf einen Wert in Höhe von 2.043 TEUR. Hierin enthalten sind periodenfremde Erträge in Höhe von 416 TEUR, welche Erstattungen für frühere Geschäftsjahre sowie eine USt-Korrektur für Vorjahre betreffen.

Der Personalaufwand erhöhte sich bei leicht steigenden Mitarbeiterzahlen um 1,8 % gegenüber dem Vorjahr, was eine Veränderung von 972 TEUR bedingt und einen Aufwand für das Jahr 2017 i. H. v. 53.914 TEUR bedeutete. Der Anstieg war im Wesentlichen durch Tarifierhöhungen begründet. Die Tarifierhöhungen für den ärztlichen Bereich wurden zum 1. Januar 2017 i. H. v. 2,0 % umgesetzt. Im nicht-ärztlichen Bereich erfolgte eine Anpassung um 2,3 % zum 1. März 2017. Im Berichtsjahr lag die durchschnittliche Anzahl der Vollzeitstellen bei 708, im Jahr 2016 waren es 701 Vollzeitstellen. Es sind 812 Mitarbeiter im Berichtsjahr angestellt.

Die Materialaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1.775 TEUR. Aufgrund der Fallzahlsteigerungen, insbesondere im Bereich der Kardiologie, erhöhten sich die damit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen für Sachkosten im Bereich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Der zusätzliche Einsatz von Fremdpersonal wirkt sich in der Position Aufwendungen für bezogene Leistungen erhöhend aus. Insgesamt bleibt jedoch zu erwähnen, dass die konsequente Nutzung des Sana-Einkaufsverbundes und auch der Ausbau der Blockheizkraftanlage zu einer weiteren Optimierung der Kostenstruktur im Sachkostenbereich beitragen konnten.

Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 462 TEUR auf 6.905 TEUR, was im Wesentlichen auf eine Leistungssteigerung im stationären Bereich bei gleichzeitig erhöhten Anfragen des MDK zurückzuführen ist. Der im letzten Jahresabschluss prognostizierte Anstieg der Fallzahlen ist jedoch nicht vollständig eingetreten. Insgesamt wird im Vergleich zum aktuellen Geschäftsjahr ein leicht steigendes Ergebnis für 2018 erwartet.

Analysedaten

Im Mehrjahresvergleich der Kennzahlen zeichnete sich erneut eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab.

Die Eigenkapitalquote erhöhte sich leicht gegenüber dem Vorjahreswert und wies auf eine solide Kapitalsituation der Gesellschaft hin. Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist nach den Empfehlungen des Ministerium des Innern des Landes Brandenburg berechnet und beinhaltet vollumfänglich die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen.

Die KDS GmbH stellt abweichend dazu den Cashflow gemäß DRS 21 (Deutscher Rechnungslegungsstandard) auf. In diesem Standard sind die Grundsätze niedergelegt, die Mutterunternehmen zu beachten haben, die gemäß § 297 Abs. 1 HGB eine Kapitalflussrechnung für den Konzernabschluss aufzustellen haben. Unternehmen, die ihren Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern haben oder freiwillig eine Kapitalflussrechnung aufstellen, wird empfohlen, dies in Übereinstimmung mit diesem Standard zu tun. Darüber hinaus werden neben den allgemeinen Bestimmungen des HGB die speziellen Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie die Sondervorschriften für Krankenhäuser (KHBV) berücksichtigt.

Die Umsatzrentabilität der KDS GmbH erhöhte sich mit 6,9 % in 2017 weiter gegenüber einem Wert von 6,7 % im Geschäftsjahr 2016. Die Gesellschaft arbeitete effektiv mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und zeigte eine erfolgreiche Gesamtsituation.

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	35%	38%	41%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	64%	62%	61%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	90%	91%	90%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	257%	237%	222%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	340%	321%	265%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	12.161 TEUR	11.447 TEUR	9.247 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität (ohne Sonderposten)	7%	7%	4%
Eigenkapitalrentabilität (mit Sonderposten)	5%	5%	3%
Gesamtkapitalrentabilität	4%	4%	3%
Umsatz	99.973 TEUR	97.170 TEUR	79.922 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	99.710 TEUR	97.551 TEUR	95.488 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	6.905 TEUR	6.443 TEUR	4.025 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	54%	54%	65%
Anzahl der Mitarbeiter	812	810	834

Geschäftsverlauf 2017

Die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH betreibt zwei Krankenhäuser (Regelversorgung): Das Achenbach-Krankenhaus in Königs Wusterhausen (AKKW) und die Spreewaldklinik in Lübben (SWKL). Insgesamt verfügt die Gesellschaft über 453 Planbetten in den Fachbereichen Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie/Geburtshilfe, Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Kinder- und Jugendmedizin, Unfallchirurgie und Orthopädie, Anästhesiologie und Intensivmedizin sowie Radiologie. Mit Bescheid des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie vom 25. Juli 2008 wurde sie in den Dritten Krankenhausplan des Landes Brandenburg aufgenommen.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden 243 Fälle mehr behandelt als im Vorjahr (vollstationäre DRG-Fälle). Die Umsatzerlöse erhöhten sich entsprechend der Prognose im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,9 %. Zurückzuführen ist dieser Anstieg insbesondere auf Veränderungen im Bereich der Kardiologie und der Notaufnahmen. Einschränkungen innerhalb der Schmerztherapie und auch eine weitere Ambulantisierung von Leistungen hatten allerdings zur Folge, dass die Fallzahlen in den Bereichen der Pädiatrie und der Schmerztherapie in Lübben sowie der Chirurgie und der HNO in Königs Wusterhausen nicht planmäßig erreicht werden konnten.

Die Investitionstätigkeit war im Jahr 2017 neben der vielen Reinvestitionen im Bereich IT und Medizintechnik, die im Investitionsplan erfasst sind, auch durch Sanierungsarbeiten an den Grundstücken und Gebäuden der Kliniken geprägt. Darüber hinaus erfuhr das Krankenhausinformationssystem mehrere Optimierungen und Erweiterungen.

Der durchschnittliche Personalbestand stabilisierte sich gegenüber dem Vorjahr wieder um 7 Vollzeitstellen (ohne Schüler), was analog dazu auch einen Anstieg der Personalkosten bedingte. Im Herbst 2017 wurden insgesamt acht Auszubildende der Gesundheits- und Krankenpflege in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Gleichzeitig konnten 34 Auszubildende der Gesundheits- und Krankenpflege ihre Ausbildung beginnen.

Das Unternehmen Klinikum Dahme-Spreewald GmbH hat sich dazu entschieden, das EFQM-Modell für Qualitätsmanagement und –sicherung einzuführen und hierzu im Bereich der externen Fort- und Weiterbildung investiert. Die Grundlagen des EFQM-Modells umfassen einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess, der die drei Säulen Menschen, Prozesse und Ergebnisse fokussiert und eine ganzheitliche Sicht auf eine Organisation ermöglicht.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Zur frühzeitigen Erkennung von wesentlichen Risiken und Chancen nutzt die Sana Kliniken AG konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ein ganzheitliches Risikomanagementsystem. Aus Erfahrung heraus zeigte sich, dass bestimmte Risiken in verschiedenen Gesellschaften in ähnlicher Form auftreten. Anhand des ganzheitlichen Risikomanagement können somit Strategien zur Vermeidung von Risiken frühzeitig angepasst werden. Ebenso ist es möglich, zentrale Risiken auf Konzernebene zu steuern und zu vermeiden. Derzeit sind keine bestandsgefährdenden Risiken bekannt.

Die jährliche Unternehmensplanung erstellt die KDS GmbH als Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG auf der Basis eines konzernweit standardisierten Planungsprozesses, wobei sowohl die individuellen Leistungsdaten als auch erwartete mikro- und makroökonomische Rahmenbedingungen und die zukünftige Ausrichtung des medizinischen Portfolios der Einzelgesellschaft berücksichtigt werden.

Der Tarifvertrag für die Mitarbeiter des ärztlichen Bereiches wird in 2018 neu verhandelt. Die Höhe der vereinbarenden Steigerungsrate für Gehälter und Löhne kann die geplanten Veränderungen deutlich übersteigen und stellt somit ein Risiko für die Entwicklung der Finanzsituation des Unternehmens dar.

Ein finanzielles und leistungsbezogenes Risiko besteht weiterhin in der personellen und fachlichen Besetzung des ärztlichen und auch nichtärztlichen Dienstes, denn die Akquirierung benötigter Fachkräfte ist vor allem für den Standort Spreewaldklinik schwierig.

Die weitere Entwicklung ist auch eng mit der demografischen Entwicklung im Landkreis verbunden. Die prognostizierte Entwicklung der Bevölkerungs- und Altersstruktur im Berliner Umland lässt positive Effekte erwarten. Diese Entwicklungen werden engmaschig beobachtet, um strategische Entscheidungen zur

Ergänzung oder Umstrukturierung des bestehenden klinischen Leistungsportfolios vorzunehmen. So wird insbesondere für die Spreewaldklinik infolge der demografischen Entwicklung eine deutliche Verschiebung zu älteren, polymorbiden Patienten erwartet. Diesen Herausforderungen begegnete das Klinikum bereits mit der Etablierung der Bereiche Palliativmedizin und Schmerztherapie. Am Standort Königs Wusterhausen reagierte man entsprechend mit dem Ausbau der Kardiologie und Gefäßmedizin.

Insgesamt erwartet die Geschäftsleitung im Jahr 2018 leicht steigende Fallzahlen und somit einen leicht steigenden Umsatz, auch die Personalkosten werden leicht steigend angenommen – insgesamt soll ein leicht steigendes Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr erreicht werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	Gemäß dem bestehenden Konsortialvertrag zahlt die Sana Kliniken AG eine unbefristete jährliche Ausgleichszahlung i. H. v. 200 TEUR jeweils am 30. Juni eines jeden Jahres, erstmalig am 30. Juni 2011.	
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der KDS GmbH.		

Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2017	2016	2015
Stammkapital in EUR	25.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	25.000	100
Datum der Gründung	06.05.2008		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von Dienstleistungen, die nicht zum Kernbereich der Aufgaben von Krankenhäusern gehören, insbesondere der Speiserversorgung		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Michael Kabiersch Herr Jürgen Schulte		

Bilanz der KDSD mbH (Tochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	83.524	128.254	158.511
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	2.380	4.761
	Entgeltlich erworbene Software	0	2.380	4.761
II.	Sachanlagen	52.042	94.392	122.269
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	52.042	93.912	122.269
2.	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	480	0
III.	Finanzanlagen	31.482	31.482	31.482
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	31.482	31.482	31.482
B.	Umlaufvermögen	278.879	213.281	142.893
I.	Vorräte	29.327	28.397	23.826
1.	Fertige Erzeugnisse	29.327	28.397	23.826
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	244.570	179.874	116.680
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.283	1.339	868
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	235.176	174.219	101.710
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	2.110	4.317	14.102
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	4.982	5.010	2.387
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	362.402	341.535	301.404
Passiva				
A.	Eigenkapital	197.828	190.668	186.828
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II.	Gewinnrücklage	165.668	161.828	152.664
III.	Bilanzgewinn	7.161	3.840	9.164
B.	Rückstellungen	90.331	77.974	84.785
1.	Steuerrückstellungen	1.531	6.110	4.340
2.	Sonstige Rückstellungen	88.800	71.864	80.445
C.	Verbindlichkeiten	74.242	72.893	29.792
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	66.855	65.084	18.960
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	4.700
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	7.388	7.809	6.132
	Bilanzsumme	362.402	341.535	301.404

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen reduzierte sich im Berichtsjahr um 45 TEUR auf 84 TEUR. Im Wesentlichen waren hier die Vermögenswerte der Sachanlagen in Form von Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

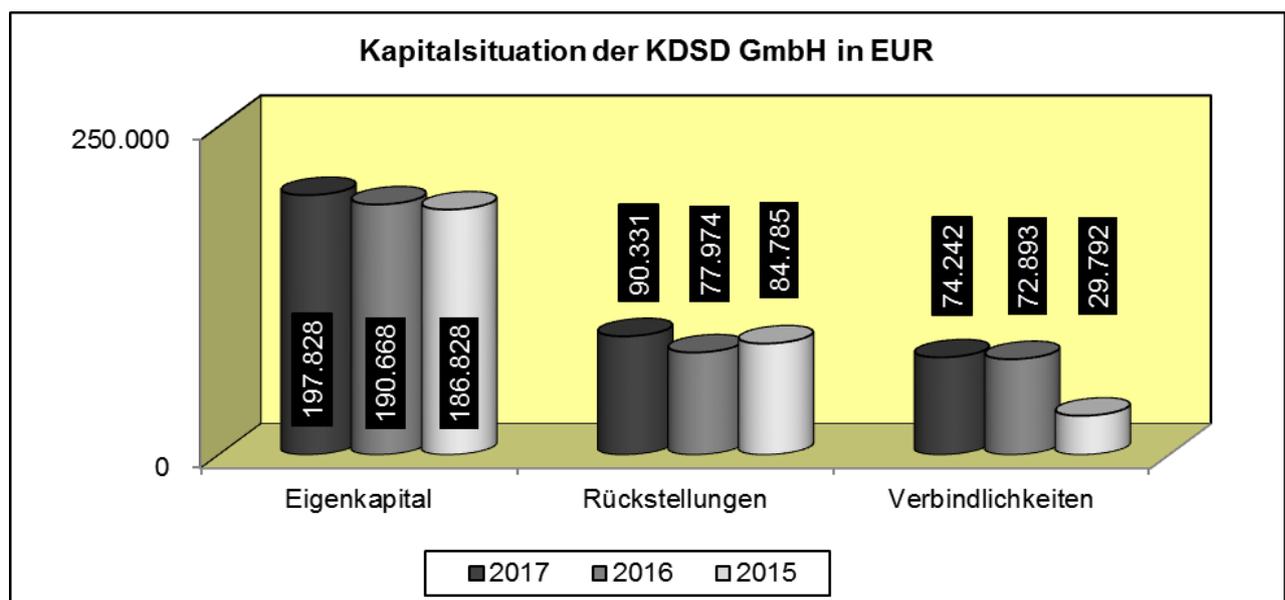
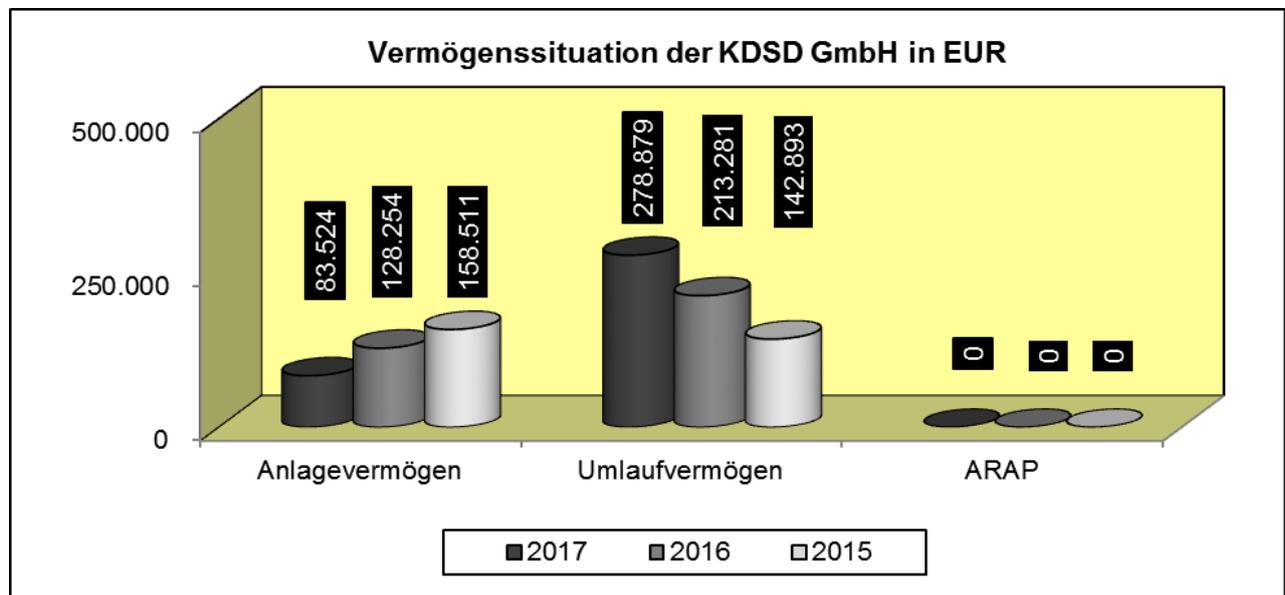
dargestellt. Die Position Finanzanlagen zeigte die Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaft KDSR mbH.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 66 TEUR auf 279 TEUR, was hauptsächlich auf die Erhöhung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen war. Hierbei handelt es sich um Forderungen aus einem Cash-Pooling-Guthaben bei der Sana Kliniken AG i. H. v. 186 TEUR sowie einer Forderung aus Ergebnisabführung gegenüber der KDSR mbH i. H. v. 49 TEUR.

Die Erhöhung des Eigenkapitals um 7 TEUR auf 198 TEUR resultierte aus dem im Geschäftsjahr erzielten Jahresüberschuss.

Die sonstigen Rückstellungen wurden zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 90 TEUR bilanziert und beinhalteten im Wesentlichen Rückstellungen für Personalaufwendungen in Höhe von 39 TEUR sowie für ausstehende Rechnungen in Höhe von 50 TEUR.

Die Verbindlichkeiten stellten sich etwa auf dem Niveau des Vorjahres dar.



Gewinn- und Verlustrechnung der KDSD mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Umsatzerlöse	2.307.790	2.283.123	2.261.913
2.	Sonstige betriebliche Erträge	21.415	59.660	27.000
3.	Personalaufwand	-1.163.187	-1.223.319	-1.240.344
	a) Löhne und Gehälter	-957.865	-986.321	-1.011.737
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-205.322	-236.997	-228.607
4.	Materialaufwand	-941.908	-883.796	-754.728
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	-849.887	-796.954	-726.745
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-92.021	-86.843	-27.983
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-39.315	-40.288	-40.907
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-223.409	-197.217	-277.991
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	184
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-38.614	-1.837	-24.873
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.092	-1.795	-4.164
11.	Sonstige Steuern	-160	-432	-432
12.	Aufwand aus EAV	0	0	0
13.	Ertrag aus EAV	49.027	7.904	38.581
14.	Jahresüberschuss	7.161	3.840	9.112

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse ergab sich im Wesentlichen aus der Bereitstellung der Patientenverpflegung mit einem Volumen von 1.516 TEUR.

Erträge aus Personalkostenerstattungen, Auflösung von Rückstellungen und Sachbezüge bildeten die Sonstigen betrieblichen Erträge.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten insbesondere die Aufwendungen für Beratungsleistungen sowie Serviceleistungen für die Verwaltung.

Analysedaten der KDSD mbH

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	23%	38%	53%
Eigenkapitalquote	55%	56%	62%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	237%	149%	118%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	169%	141%	125%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	46 TEUR	40 TEUR	50 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	4%	2%	5%
Gesamtkapitalrentabilität	2%	1%	3%
Umsatz	2.308 TEUR	2.283 TEUR	2.262 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	2.308 TEUR	2.283 TEUR	2.262 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	7 TEUR	4 TEUR	9 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	50%	54%	55%
Anzahl der Mitarbeiter	41	46	47

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der KDSD mbH.

Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH

Schillerstraße 29
 15907 Lübben (Spreewald)
 Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0
 Fax: +49 (0) 3546 / 75-314

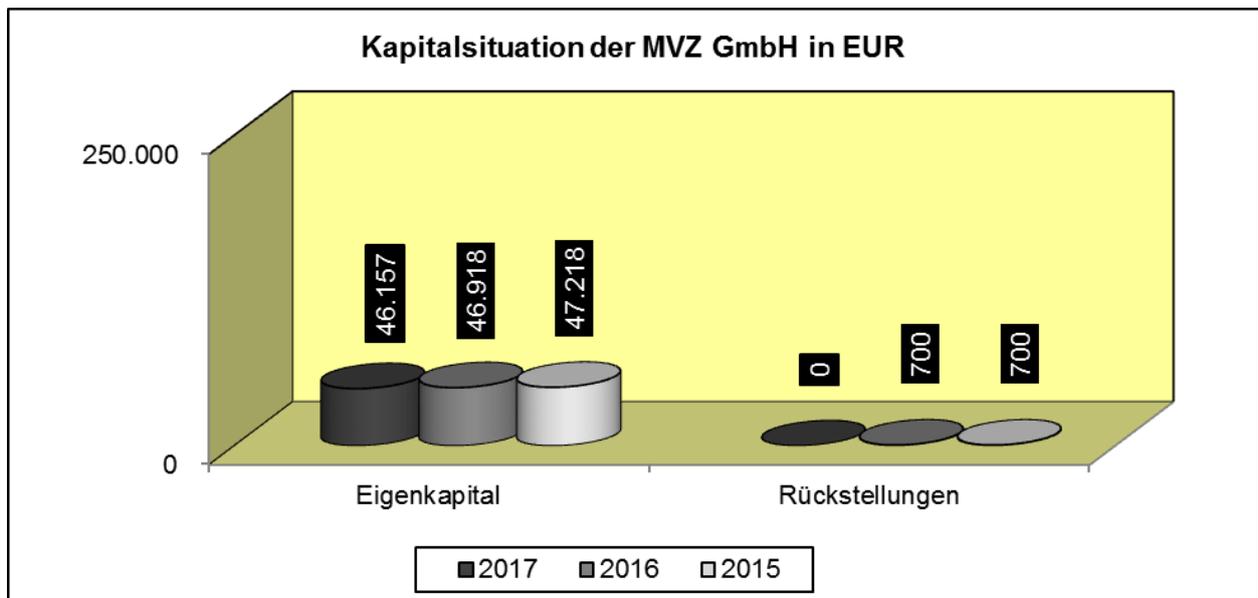
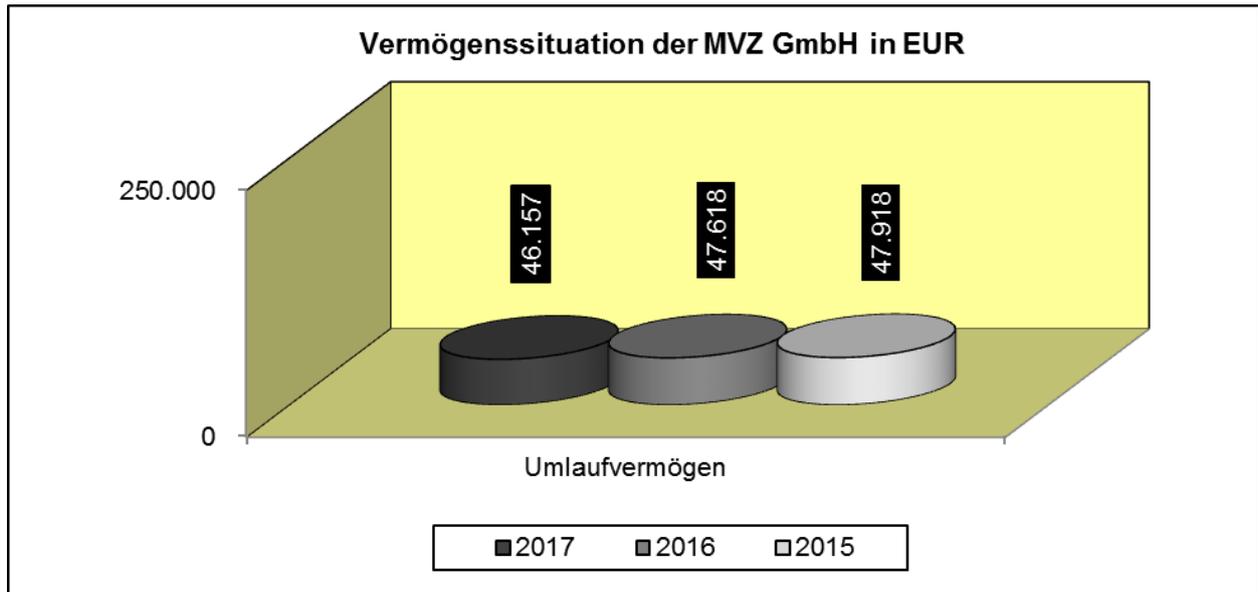


	2017	2016	2015
Stammkapital in EUR	50.000	50.000	50.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	50.000	100
Datum der Gründung	01.01.2013		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 des Sozialgesetzbuches Fünftes Buch zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringungen der Krankenhausbehandlung und der Versorgung und Rehabilitation und nicht ärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie der integrierten Versorgung.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Michael Kabiersch		

Hinweis: Da die MVZ GmbH auch im Jahr 2017 kein operatives Geschäft ausübte, wird auf eine Auswertung der Daten im Folgenden verzichtet.

Bilanz der MVZ GmbH (Tochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum	31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva			
A. Umlaufvermögen	46.157	47.618	47.918
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	46.157	47.618	47.918
1. Forderungen gegen Gesellschafter	46.157	47.618	46.683
2. Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	1.235
Bilanzsumme	46.157	47.618	47.918
Passiva			
A. Eigenkapital	46.157	46.918	47.218
I. Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II. Gewinnvortrag	-3.082	-2.782	-2.138
III. Jahresergebnis	-761	-300	-644
B. Rückstellungen	0	700	700
1. Sonstige Rückstellungen	0	700	700
Bilanzsumme	46.157	47.618	47.918



Gewinn- und Verlustrechnung der MVZ GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Sonstige betriebliche Erträge	700	0	0
2.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.461	-300	-846
3.	Steuern von Einkommen und Ertrag	0	0	202
4.	Ergebnis nach Steuern	-761	-300	-644
5.	Jahresergebnis	-761	-300	-644

Analysedaten der MVZ GmbH

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	0%	0%	0%
Eigenkapitalquote	100%	99%	101%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	-	-	-
Zinsaufwandsquote	-	-	-
Liquidität 3. Grades	-	-	-
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	-761 EUR	-300 EUR	-644 EUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	-2%	-1%	-1%
Gesamtkapitalrentabilität	-2%	-1%	-1%
Umsatz	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	0 EUR	0 EUR	0 EUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-761 EUR	-300 EUR	-644 EUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	-	-	-
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der MVZ GmbH.

Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2017	2016	2015
Stammkapital in EUR	25.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH	25.000	100
Datum der Gründung	03.05.2010		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung aller nichtmedizinischen Dienstleistungen, insbesondere Reinigungstätigkeiten, Tätigkeit des klinischen Hauspersonals, allgemeine hauswirtschaftliche Tätigkeiten, Hol- und Bringendienste, Transporte sowie Funktions- und Servicedienste.		
Organe der Gesellschaft	Geschäftsführung: Herr Michael Kabiersch Herr Jürgen Schulte		

Bilanz der KDSR mbH (Tochterunternehmen der KDSB mbH)

Bilanz zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	48.999	63.878	61.094
I.	Sachanlagen	48.999	63.878	61.094
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	48.999	63.878	61.094
2.	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	186.720	139.242	180.644
I.	Vorräte	2.226	2.226	2.397
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	184.494	137.016	178.247
1.	Forderungen aus Lieferung und Leistungen	22.746	1.173	0
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	157.417	128.073	177.135
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	4.331	7.770	1.112
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	0	0	0
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	3.138	0	0
	Bilanzsumme	238.857	203.120	241.738
Passiva				
A.	Eigenkapital	25.000	25.000	25.000
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II.	Gewinnrücklage	0	0	0
III.	Bilanzgewinn	0	0	0
B.	Rückstellungen	14.000	5.700	16.350
1.	Sonstige Rückstellungen	14.000	5.700	16.350
C.	Verbindlichkeiten	199.857	172.420	200.388
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.081	9.219	13.381
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	49.027	7.904	38.581
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	133.749	155.297	148.426
	Bilanzsumme	238.857	203.120	241.738

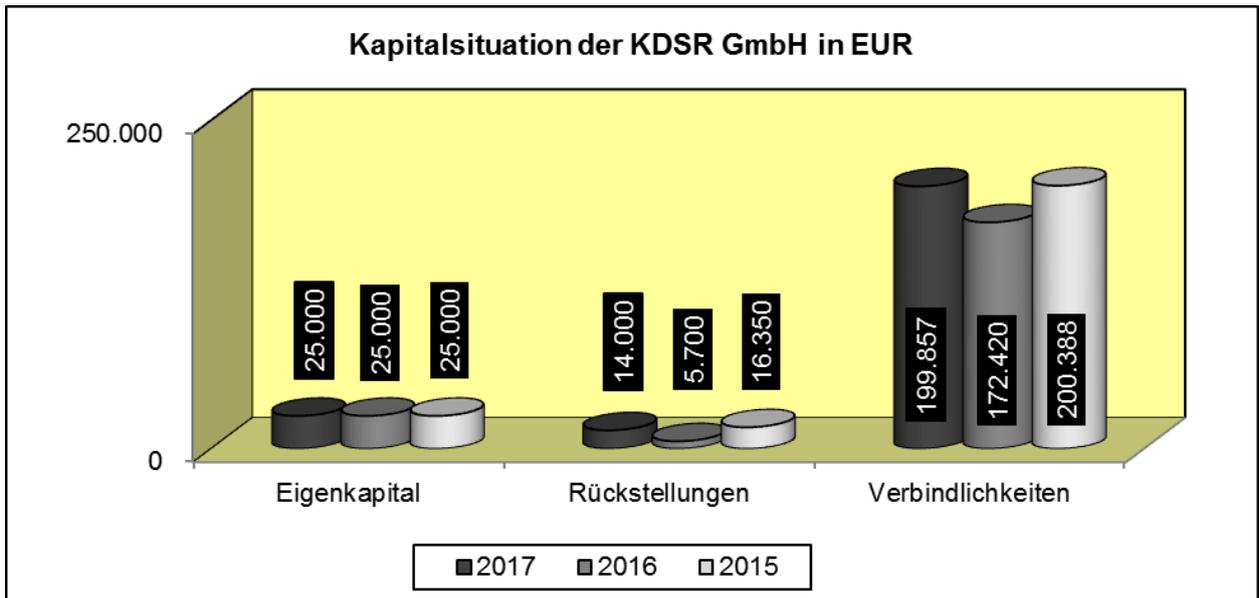
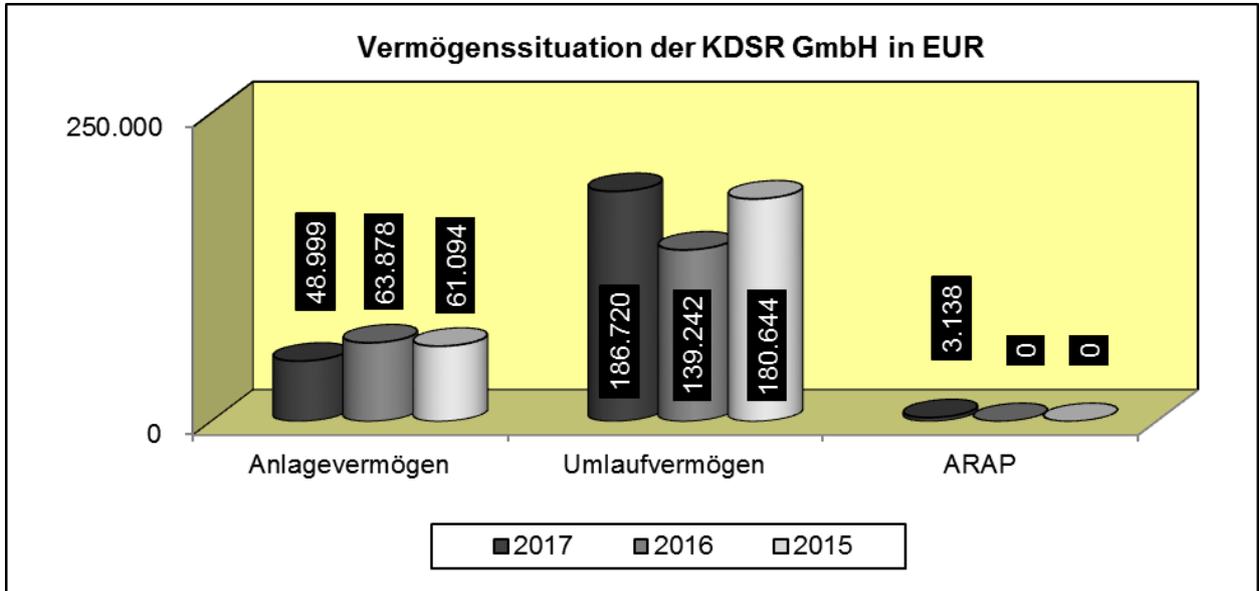
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das *Anlagevermögen* reduzierte sich im Berichtsjahr um 15 TEUR auf 49 TEUR. Im Wesentlichen waren hier die Vermögenswerte der Sachanlagen in Form von Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung dargestellt.

Das *Umlaufvermögen* erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 47 TEUR auf 187 TEUR, was hauptsächlich auf eine Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie einer Erhöhung von Forderungen gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen war. Hierbei handelt es sich um Forderungen aus einem Cash-Pooling-Guthaben bei der Sana Kliniken AG i. H. v. 157 TEUR.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für Personalaufwendungen gebildet.

Die Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen resultierten aus dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der KDSD mbH.



Gewinn- und Verlustrechnung der KDSR mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Umsatzerlöse	2.969.073	2.813.334	2.971.609
2.	Sonstige betriebliche Erträge	51.810	25.184	27.783
3.	Personalaufwand	-2.624.838	-2.491.625	-2.606.440
	a) Löhne und Gehälter	-2.176.212	-2.063.911	-2.161.409
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-448.626	-427.714	-445.030
4.	Materialaufwand	-82.932	-66.814	-64.834
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	-46.361	-34.357	-35.135
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-36.571	-32.457	-29.699
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-15.278	-17.500	-19.708
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-248.785	-254.512	-269.670
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-3	0
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	49.050	8.064	38.741
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
11.	Sonstige Steuern	-23	-160	-160
12.	Aufwand aus EAV	-49.027	-7.904	-38.581
13.	Ertrag aus EAV	0	0	0
14.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse resultierten fast ausschließlich aus der Erbringung von Reinigungsleistungen im Klinikum (2.935 TEUR).

Erträge aus Personalkostenerstattungen bildeten im Wesentlichen die Sonstigen betrieblichen Erträge.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten insbesondere die Aufwendungen für Beratungsleistungen sowie Serviceleistungen für die Verwaltung.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 49 TEUR wird im Rahmen eines Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die KDSD mbH abgeführt.

Analysedaten der KDSR mbH

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	21%	31%	25%
Eigenkapitalquote	10%	12%	10%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	51%	39%	41%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	87%	78%	83%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	15 TEUR	18 TEUR	20 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	2.969 TEUR	2.813 TEUR	2.972 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	2.969 TEUR	2.813 TEUR	2.972 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	88%	89%	88%
Anzahl der Mitarbeiter	114	114	118

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der KDSR mbH.

Teltower Kreiswerke GmbH

Wallstraße 35

10179 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 8060 2206

Fax: +49 (0) 30 / 8060 2207

E-Mail: TKWBERLIN@t-online.de

	2017	2016	2015
Stammkapital in EUR	200.000	200.000	200.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Landkreis Dahme-Spreewald	81.400	40,7
	Landkreis Teltow-Fläming	79.000	39,5
	Landkreis Potsdam-Mittelmark	39.600	19,8
Datum der Gründung	29.05.1929		
aktueller Gesellschaftsvertrag	27.10.2016		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Erwerb, soweit dieser für gesellschaftseigene und kommunale Zwecke erforderlich ist, sowie die Verwaltung, Vermietung, Verpachtung, Instandsetzung, Instandhaltung und Erweiterung von gesellschaftseigenen und sonstigen Grundstücken</p> <p>Verwaltung des eigenen Vermögens, Erbringung von Leistungen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vom 16. Januar 1997 in Form der Verwaltung von Immobilien des ehemaligen Teltowvermögens in Berlin, die sich im Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark als Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow befinden</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Mit der Übertragung der Anteile gemäß § 27 Rechtsträger-Abwicklungsgesetz nach 1990 vom ehemaligen Kreis Teltow auf die Landkreise sind die Gesellschafter der TKW GmbH die Landkreise Dahme-Spreewald mit 40,7 %, Teltow-Fläming mit 39,5 % und Potsdam-Mittelmark mit 19,8 %.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführerin:</u> Frau Annette Hansel</p> <p>Die Geschäftsführerin ist Beschäftigte der WSC GmbH, die mit Vertrag vom 11.12.2001 die Geschäftsbesorgung übernommen hat. Die Vergütung vorgenannter Organe ist mit der Geschäftsbesorgungsvergütung der WSC GmbH vollständig abgegolten.</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Marion Degenhardt Dezerntin für Rechtsangelegenheiten und Verbraucherschutz</p> <p><u>Stellvertreter LDS:</u> Herr Heiko Jahn Dezernt für Kreisentwicklung, Wirtschaft, Finanzen und Sicherheit</p>		

Bilanz der TKW GmbH

Bilanz zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	176.878	177.128	177.465
I.	Sachanlagen	176.878	177.128	177.465
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	176.873	176.873	176.873
2.	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	5	255	592
II.	Finanzanlagen	0	0	0
1.	Wertpapiere des Anlagevermögens	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	980.852	934.127	874.927
I.	Vorräte	6.035	5.761	6.767
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.035	5.761	6.767
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.035	2.168	4.032
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	7.035	2.168	4.032
III.	Wertpapiere	0	0	0
1.	Sonstige Wertpapiere	0	0	0
IV.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	967.782	926.198	864.128
C	Rechnungsabgrenzungsposten	2.379	2.560	2.467
	Bilanzsumme	1.160.109	1.113.814	1.054.859
Passiva				
A.	Eigenkapital	1.121.620	1.078.488	1.020.697
I.	Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000
II.	Kapitalrücklage	34.461	34.461	34.461
III.	Gewinnvortrag	844.028	784.285	727.102
IV.	Jahresüberschuss	43.131	59.743	59.134
B.	Rückstellungen	16.122	17.465	17.464
1.	Steuerrückstellungen	5.755	7.229	8.925
2.	Sonstige Rückstellungen	10.367	10.236	8.539
C.	Verbindlichkeiten	21.701	14.541	13.223
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.461	2.327	711
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	13.240	12.214	12.511
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	666	3.320	3.476
	Bilanzsumme	1.160.109	1.113.814	1.054.859

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen der Gesellschaft i. H. v. ca. 177 TEUR umfasst im Wesentlichen die Grundstücke Wohn- und Geschäftshaus in der Sachlebenstraße 64/66 sowie das Gewerbegrundstück „Am Stichkanal“ in Berlin. Das Sachanlagevermögen reduzierte sich geringfügig um 250 EUR aufgrund von planmäßigen Abschreibungen der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 47 TEUR auf 981 TEUR.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände i. H. v. 7 TEUR erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 5 TEUR. Bei den Forderungen handelt es sich überwiegend um Steuerrückforderungen gegenüber dem Finanzamt. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen nicht.

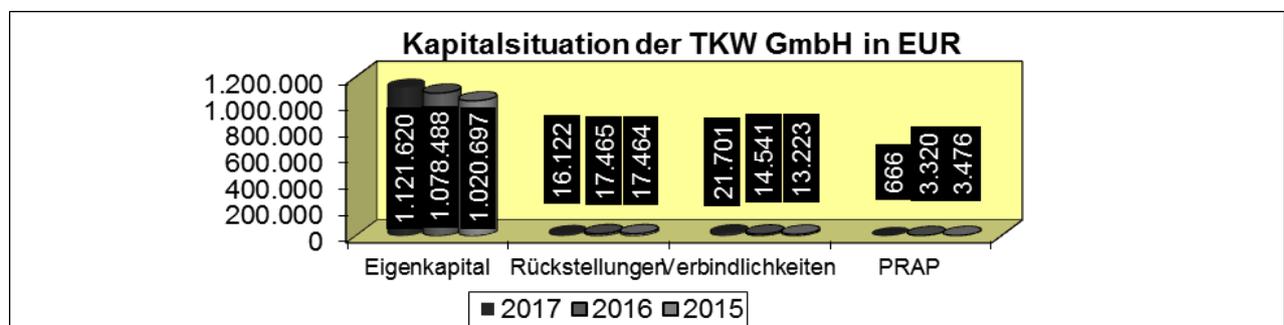
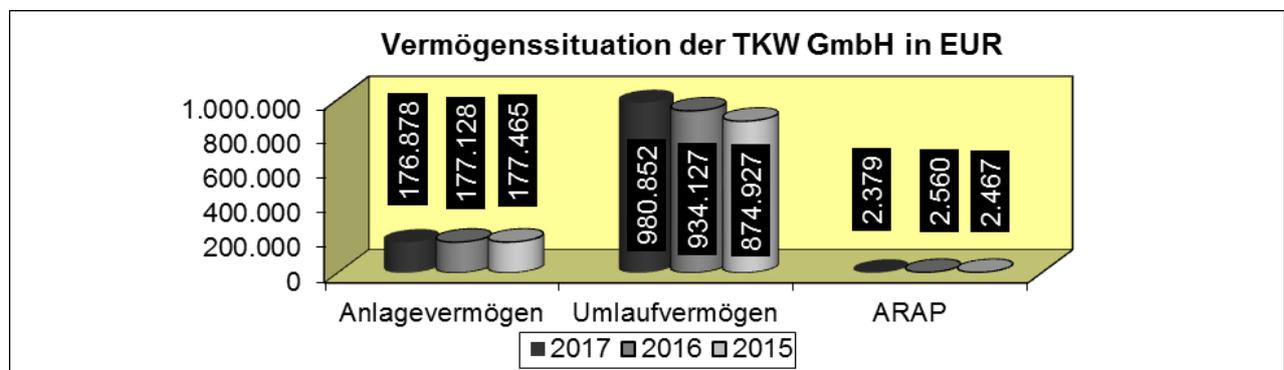
Der Kassenbestand und das Bankguthaben wies zum Bilanzstichtag liquide Mittel i. H. v. 968 TEUR auf. Dies entsprach einer Steigerung um ca. 41 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die Liquidität der Gesellschaft ist sehr hoch.

Das Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahreswert planmäßig um den Jahresüberschuss von 43 TEUR. Zum Bilanzstichtag belief sich das Eigenkapital auf ca. 1.122 TEUR. Gemessen an der Bilanzsumme entsprach das einer Eigenkapitalquote von 97 %.

Die Rückstellungen in Höhe von 16 TEUR sind um 1 TEUR niedriger als im Vorjahr. Sie wurden für Abschluss- und Prüfungskosten, für Archivierungsmaßnahmen und für Steuerrückstellungen gebildet.

Die Verbindlichkeiten wurden mit 22 TEUR ausgewiesen. Der Anteil an sonstigen Verbindlichkeiten betrug dabei 13,2 TEUR und bezog sich im Wesentlichen auf Mietkautionen und Verbindlichkeiten aus der Umsatzsteuer. Es bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 46 TEUR auf 1.160 TEUR.



Gewinn- und Verlustrechnung der TKW GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2017 in EUR	31.12.2016 in EUR	31.12.2015 in EUR
1.	Umsatzerlöse	215.522	184.618	182.676
2.	Sonstige betriebliche Erträge	413	27.131	27.383
3.	Materialaufwand	-55.015	-23.482	-24.843
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-9.402	-9.976	-12.530
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-45.613	-13.505	-12.313
4.	Personalaufwand	-29.379	-27.031	-27.383
	a) Löhne und Gehälter	-24.000	-22.200	-22.500
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-5.379	-4.831	-4.883
5.	Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-250	-525	-365
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-74.231	-75.646	-78.209
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34	71	266
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-29	-96
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9.522	-20.923	-17.804
10.	Ergebnis nach Steuern	47.572	64.184	61.624
11.	Sonstige Steuern	-4.441	-4.441	-4.441
12.	Jahresüberschuss	43.131	59.743	57.183

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse wurden gegenüber dem Vorjahr um ca. 31 TEUR gesteigert. Diese wurden im Wesentlichen aus der Immobilienverwaltung und den Mieteinnahmen generiert. Die Erhöhung ist begründet durch die Berechnung der Tätigkeiten des bei der TKW GmbH angestellten Hausmeisters für die Eigentümergemeinschaft.

Der Materialaufwand stieg auf 55 TEUR (Vorjahr 23 TEUR) durch Reparatur- und Umbaumaßnahmen im Rahmen des Brandschutzes im Mietshaus der Sachlebenstraße.

Die Position Personalaufwand betrifft ausschließlich das Gehalt des Hausmeisters.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 74 TEUR wurden allgemeine Betriebs- und Verwaltungskosten erfasst. Davon waren 61 TEUR den Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung und die Erfüllung der Geschäftsführertätigkeiten durch die WSC GmbH zuzuschreiben.

Die Position Steuern vom Einkommen und vom Ertrag konnten auf 9,5 TEUR reduziert werden. Diese umfasste im Wesentlichen die Körperschafts- und Gewerbesteuer, die ggü. dem Vorjahr reduziert wurden.

Die sonstigen Steuern in Höhe von 4 TEUR betreffen die zu entrichtende Grundsteuer.

Insgesamt schloss das Wirtschaftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 43 TEUR ab.

Analysedaten

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage war entsprechend der Tätigkeit der Gesellschaft geordnet und stabil.

Der vergleichsweise geringe Anteil von Anlagevermögen im Verhältnis zur Bilanzsumme sowie der untypisch hohe Anteil des Umlaufvermögens, vorwiegend aus liquiden Mitteln resultierend, ist für ein Unternehmen der Immobilienbranche eher unüblich, hier aber bedingt durch Ansparung von Mitteln zur Objektertüchtigung. Die Anlagenintensität belief sich auf 15 %.

Die Eigenkapitalquote von 97 % ist als überdurchschnittlich hoch einzustufen. Diese ergab sich durch die fast durchgängige Erzielung von jährlichen Überschüssen, welche das Eigenkapital erhöhten. Eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgte bisher nicht.

Der Liquidität 3. Grades reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahresniveau um 97%-Punkte. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist weiterhin gesichert.

Die Eigenkapital- sowie die Gesamtkapitalrentabilität liegen bei 4 % und haben sich nicht nennenswert zum Vorjahr verändert.

Der Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 17 TEUR.

In die Personalaufwandsquote flossen nicht die Kosten für die Geschäftsbesorgung durch die WSC GmbH ein sondern nur die Personalkosten für die Beschäftigung des direkt bei der TKW GmbH beschäftigten Mitarbeiters für Hausmeisterarbeiten. Daher kann die Quote von 14 % als sehr gut beurteilt werden.

Kennzahl	2017	2016	2015
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	15%	16%	17%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	97%	97%	97%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	634%	609%	575%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	2555%	2652%	2561%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	43 TEUR	60 TEUR	59 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	4%	6%	6%
Gesamtkapitalrentabilität	4%	5%	5%
Umsatz	216 TEUR	185 TEUR	183 TEUR
Gesamtleistung	216 TEUR	212 TEUR	210 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	43 TEUR	60 TEUR	57 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	14%	13%	13%
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	1

Geschäftsverlauf 2017

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasste die Verwaltung der eigenen Immobilien und der Immobilien, welche im Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark stehen.

Zu den eigenen Immobilien gehören das durch die TKW GmbH ehemals betriebene E-Werk in Berlin-Steglitz in der Sachtlebenstraße (ehemalige Teltow-Werft) sowie die ehemaligen Werkwohnungen bzw. Lagerräume, die heute von Enkeln/Urenkeln der ehemaligen TKW-Mitarbeiter bewohnt bzw. genutzt werden.

Die Umsatzerlöse aus der Verwaltungstätigkeit und aus Vermietung und Verpachtung entwickelten sich ähnlich dem Vorjahr. In 2017 konnte die TKW GmbH weitere Umsatzerlöse akquirieren, die durch die Anstellung des Hausmeisters bei der TKW GmbH und der Weiterberechnung seiner Leistungen mit 19 % Umsatzsteuer an die Eigentümergemeinschaft i.H.v. 30 TEUR verbucht werden konnten. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2017 betrug 43 TEUR und lag mit ca. 25 TEUR über dem von der Gesellschafterversammlung bestätigten Wirtschaftsplan.

Im Geschäftsjahr wurden Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten sowie Brandschutzmaßnahmen im Wohnhaus und in den Althallen durchgeführt.

Die Sanierung bzw. der Neubau der Grundstückszufahrt Nr. 66 bis einschließlich Wohnhausecke wurde in Abhängigkeit der Projektentwicklung auf dem Nachbargrundstück und vor dem Hintergrund einer geplanten Fassadensanierung des Wohnhauses und der angrenzenden Hallen zurückgestellt.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet und die Liquidität gesichert.

Das Eigenkapital der Gesellschaft konnte durch den positiven Geschäftsverlauf auf 1.122 TEUR gesteigert werden.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Geschäftstätigkeit der TKW GmbH bezieht sich auf die Verwaltung von eigenen Immobilien sowie auf die Verwaltung des sogenannten Teltowvermögens. Dabei handelt es sich um 11 Objekte bzw. Liegenschaften der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus dem Landkreis Dahme-Spreewald, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und dem Landkreis Teltow-Fläming. Die Verwaltung des Teltowvermögens erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TKW GmbH und der Eigentümergemeinschaft.

Wesentliche Risiken könnten sich bei vollständigem Abkauf der verwalteten Immobilien oder Entzug des Geschäftsbesorgungsauftrages durch die Gesellschafter ergeben.

Chancen künftiger Entwicklungen könnten im Anstieg des Mietpreises und der Entwicklung der eigenen Immobilien gesehen werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2017	0
	2016	0
	2015	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2017	keine
	2016	keine
	2015	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2017	366
	2016	366
	2015	366

Darüber hinaus bestanden keine Kapitalzuführungen und -entnahmen, Verlustausgleiche, gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen sowie sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können (z.B. Betriebskostenzuschüsse).

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Equity-Konsolidierung der TKW GmbH.

Geschäftsbesorgungsbericht über die Verwaltung von Grundstücken

Aufgrund des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrages vom 16. Januar 1997, nebst 1. Änderung vom 10.07.2017 hat die Teltower Kreiswerke GmbH im Geschäftsjahr 2017 für die Eigentümergemeinschaft nach dem Kreis Teltow, angehörend die Landkreise Dahme-Spreewald (40,7 %), Teltow-Fläming (39,5 %) und Potsdam-Mittelmark,(19,8 %), die Verwaltung der im Eigentum stehenden Grundstücke durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurde aus der Grundstücksverwaltung ein Überschuss in Höhe von 949,2 TEUR erzielt. Der erzielte Überschuss lag um 29,3 TEUR über dem Planwert und ist auf Mehreinnahmen aus dem Grundstück „Am Stichkanal“ und dem Grundstück inkl. Mietshaus Sarrazinstraße erzielt worden.

An die Eigentümer wurde beteiligungsquotale eine Ausschüttung von insgesamt 900 TEUR vorgenommen, wovon der Landkreis Dahme-Spreewald 366 TEUR erhalten hat.

Der Gesamtbestand erhöhte sich durch den erwirtschafteten Überschuss abzüglich der Ausschüttung um 49,2 TEUR zum 31.12.2017.

Verwaltung von Grundstücken in Berlin:

- Das Grundstück Berlin-Lichterfelde in der Bäkestraße 13 ist an den Tennisclub „Grün-Weiss“ verpachtet. Es bestanden keine Pachtrückstände. (Haftpflcht- und Gebäudeversicherung werden regelmäßig kontrolliert.
- Das Grundstück Berlin-Britz am Delfter Ufer wird als Kleingartenfläche genutzt. Im Berichtsjahr waren alle Gärten verpachtet.
- Das Grundstück Berlin-Lichterfelde „Am Stichkanal“ besteht aus Industrieflächen und Kleingärten. Es waren alle Parzellen vollständig verpachtet. Im Berichtsjahr stammten ca. 79 % der gesamten Mieteinnahmen aus diesem Objekt.
- Beim Grundstück Berlin-Tiergarten in der Körnerstraße handelt es sich um ein Grundstück mit Erbbaurecht. Im Wege der Zwangsvollstreckung wurde das Erbbaurecht verkauft und das darauf befindliche Mietshaus wird vom Erbbaurechtsnehmer vermietet.
- Mit dem Grundstück Berlin-Wannsee am Stölpchensee wurden Einnahmen aus Verpachtungen, Stegzinsen, Angelkartenverkauf etc. erwirtschaftet.
- Das Grundstück Späthstraße in Berlin-Neukölln ist eine Straßenrandfläche ohne Nutzungsmöglichkeit.
- Das Grundstück in Berlin-Friedenau in der Sarrazinstraße ist mit einem zu 100 % vermieteten Geschäftshaus bebaut. Modernisierungen wie Rollstuhl-Schrägaufzug, Sanitärarbeiten, Dacharbeiten u. weitere wurden vorgenommen.
- Bei dem Grundstück in Berlin-Wannsee am Königsweg handelt es sich um Wald- und Wegeflächen (3.380 qm), die als Verkehrsfläche genutzt werden. Es wurden Einnahmen aus einem Gestattungsvertrag mit der Senatsverwaltung generiert.
- Das Grundstück in Berlin-Steglitz am Maulbronner Ufer ist ein nicht nutzbarer Geländestreifen (437 qm) am Teltow-Kanal. Einnahmen und Ausgaben entstanden daher nicht.
- Für das Grundstück in Berlin-Wannsee im Jagen 61 (1 qm Waldstreifen) sind weder Ausgaben noch Einnahmen angefallen.
- Das Grundstück Berlin-Zehlendorf am Teltower Damm hat eine Größe von 439 m², für das weder Einnahmen noch Ausgaben geplant bzw. angefallen sind.

Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Zweckverbände

Die Jahresabschlussdaten von Zweckverbänden werden im Beteiligungsbericht nicht zwingend erfasst (vgl. § 61 KomHKV). Der Landkreis Dahme-Spreewald ist in folgenden Zweckverbänden Mitglied:

- Kommunalen Abfallzweckverband „Niederlausitz“ (KAEV)
- Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)
- Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut (NLSI),
- Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA),
- Zweckverband für die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam.

Die nachfolgenden Zweckverbände KAEV und SBAZV zählen jedoch zum Konsolidierungskreis des Landkreises Dahme-Spreewald. Daher soll ein kurzer Einblick in diese Zweckverbände gegeben werden.

Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ (KAEV)

Frankfurter Straße 45

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 - 27 04 11

Fax: +49 (0) 3546 - 27 04 44

E-Mail: info@kaev.de

www.kaev.de



Der KAEV ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für Teile des Landkreises Dahme-Spreewald und Teile des Landkreises Oberspreewald-Lausitz. Verbandsmitglieder sind somit die Landkreise Dahme-Spreewald und Oberspreewald-Lausitz.

Die Gründung erfolgte am 02.10.1991.

Die Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verbandsvorstand und der Verbandsvorsteher.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Verbandsmitglieder Stimmenverteilung:

Landkreis Dahme-Spreewald	50 %
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	50 %

Dem Kommunalen Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ obliegen die Aufgaben der Abfallwirtschaft gemäß deren Gesetzmäßigkeiten.

Der KAEV ist Eigentümer, Betreiber und Inhaber der Siedlungsabfalldeponien Lübben-Ratsvorwerk Deponieabschnitt I und Deponieabschnitt II, Görzitz (b. Vetschau), Luckau-Wittmannsdorf sowie Bergen und ist verantwortlich für deren Sicherung, Rekultivierung und Nachsorge. Er betreibt eine Anlage zur mechanisch-biologischen Aufbereitung von Ersatzbrennstoff (MBV/EBS-Anlage) am Standort des Entsorgungszentrums in Lübben-Ratsvorwerk.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2017 auf 28.495 TEUR. Es wurde ein positiver Bilanzgewinn von 61 TEUR ausgewiesen.

Südbrandenburgischer Abfallzweckverband

Teltowkehre 20

14974 Ludwigsfelde

Tel.: +49 (0) 3378 / 51 80 0

Fax: +49 (0) 3378 / 51 80 101

E-Mail: verband@sbazv.de

www.sbazv.de



Der SBAZV ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für den Landkreis Teltow Fläming und Teile des Landkreises Dahme-Spreewald (Amt Schenkenländchen, den amtsfreien Gemeinden Bestensee, Eichwalde, Heidensee, Schönefeld, Schulzendorf, Zeuthen und den Städten Königs Wusterhausen, Wildau und Mittenwalde).

Die Gründung erfolgte am 27.08.1993.

Die Organe des Zweckverbandes sind die Versammlung, der Vorstand und der Vorsitzende.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Verbandsmitglieder Stimmenverteilung:

Landkreis Dahme - Spreewald	7
Landkreis Teltow-Fläming	10

Dem SBAZV obliegen die Aufgaben der Abfallwirtschaft gemäß deren Gesetzmäßigkeiten.

Der SBAZV ist Inhaber von 5 Deponien (Deponie "Frankenfelder Berg" in Luckenwalde, Deponie Senzig, Deponie Horstfelde, Deponie "Markendorfer Chaussee" bei Jüterbog und Deponie Oehna), die nicht mehr zur Annahme von Abfällen genutzt werden. Es besteht für die geschlossenen Deponien eine langfristige Nachsorge und Sicherungspflicht. Die REST Regionale Entsorgungsservice und Transport GmbH, eine 100 %ige Tochter des SBAZV, übernimmt u. a. die Aufgabe der Nachfolgenutzung der Deponien.

Neben der haushaltsnahen Abfallsammlung im Holsystem erfolgt die Abfallannahme im Bringsystem über die 3 Recyclinghöfe des SBAZV an den Standorten in Luckenwalde, Niederlehme und Ludwigsfelde.

Der SBAZV ist Mitglied im Zweckverband Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB), dessen Aufgaben der Bau und der Betrieb einer Restabfallbehandlungsanlage sowie die Abfallaufbereitung zur weiteren Verwertung bzw. Beseitigung sind.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2017 auf 64.787 TEUR. Es wurde ein Jahresergebnis in Höhe von 363 TEUR erwirtschaftet.

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald

Regionale Planungsstelle

Gulbener Straße 24

03046 Cottbus

Tel.: +49 (0) 3555 / 49 49 24 10

Fax: +49 (0) 3555 / 49 49 24 18

E-Mail: poststelle@rpgls.brandenburg.de

www.region-lausitz-spreewald.de



Die Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Wirkungskreis der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz Spreewald erstreckt sich auf das Gebiet der kreisfreien Stadt Cottbus und der Landkreise Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster.

Die Organe der Regionalen Planungsgemeinschaft sind die Regionalversammlung und der Regionalvorstand.

Seit dem Jahr 2000 wird eine Umlage auf der Basis der Einwohnerzahlen erhoben. Der Anteil des Landkreises beträgt ca. 11 TEUR. Die Stimmenverteilung in der Regionalversammlung richtet sich ebenfalls nach der Einwohnerzahl zum Stand der Kommunalwahl.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Mitglieder	Stimmenverteilung
Stadt Cottbus	5
Landkreis Dahme-Spreewald	9
Landkreis Elbe-Elster	6
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	7
Landkreis Spree-Neiße	7
Vertreter Braunkohlenausschuss	1

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AKKW	Achenbach- Krankenhaus Königs Wusterhausen
ARAP	Aktive(r) Rechnungsabgrenzungsposten
ARGE CNB	Arbeitsgemeinschaft Center Nahverkehr Berlin
ATZ	Altersteilzeit
AV	Anlagevermögen
BADC	Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BER	Flughafen Berlin Brandenburg
CB	Cottbus
DMBILG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutsche Mark und die Kapitalneufestsetzung
EAV	Ergebnisabführungsvertrag
EBEG GmbH	Entwicklungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Königs Wusterhausen
EK-Charakter	Eigenkapitalcharakter
EK-Quote	Eigenkapitalquote
ELS	Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH
EU	Europäische Union
GF	Geschäftsführer
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HRB	Handelsregisterblatt
i. H. v.	in Höhe von
i. L.	in Liquidation
IBA	Internationale Bauausstellung Fürst - Pückler - Land GmbH
IHK Cottbus	Industrie- und Handelskammer Cottbus
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
imm.	immaterielle
I.N.A.	Internationale Naturausstellung Lieberoser Heide GmbH
KAEV	Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“
KDS	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH
KDSD	Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH
KDSR	Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KHG	Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze
KomHKV	Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung
KW	Königs Wusterhausen
LDS	Landkreis Dahme- Spreewald
LEP FS	Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung vom 16.06.2006
LKGBbg	Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg
mbH	mit beschränkter Haftung
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖV- Netz	Öffentliches Verkehrsnetz
P	Potsdam
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PRAP	Passive(r) Rechnungsabgrenzungsposten
QM-System	Qualitätsmanagementsystem
RVS	Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
SBAZV	Südbrandenburgischer Abfallzweckverband
SMB-Gelände	Schwermaschinenbau-Gelände
SoPo	Sonderposten

SPNV	Schienenpersonennahverkehr
stellver.	stellvertretende
SWKL	Spreewaldklinik Lübben
TAZV	Trink- und Abwasserzweckverband Luckau
TF	Teltow-Fläming
TGZ	Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH
TH Wildau	Technische Hochschule Wildau
TKW	Teltower Kreiswerke GmbH
VBB	Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH
Vj.	Vorjahr
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
Wgkm	Wagenkilometer
WRL	Wirtschaftsregion Lausitz GmbH
ZLR	Zentrum für Luft- und Raumfahrt
ZFZ	Zentrum für Zukunftstechnologien